

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Der  
planmäßige Untergang  
der US-Kolonie  
BRD**

**Sonderheft Nr. 59**



# Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

## Sonderheft Nr. 59

### Energiewende vom 23.10.2023-20.06.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 23.10.2023-20.06.2024	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-98

#### Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Energiewende vom 23.10.2023-20.06.2024

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>**Kostenanstieg um 10 Millionen Euro**

**Wegen zu hoher Energiekosten: Uni Stuttgart schickt Studenten wieder in den Lock-down**

Die Universität Stuttgart schickt seine Studenten für zwei Wochen wieder in den Lockdown. Grund sind zu hohe Energiekosten - sie seien um 10 Millionen Euro angestiegen. ...

Nach Weihnachten will die Universität Stuttgart ihre Hörsäle geschlossen lassen. Statt in Präsenz sollen die Vorlesungen digital stattfinden. Dem SWR berichtet die Universitäts-Leitung, daß man diese Maßnahme wegen der gestiegenen Energiekosten ergreife. Die seien um 10 Millionen Euro angestiegen, zugleich aber der Etat der Universität Stuttgart um 20 Prozent gesunken.

Für zwei Wochen soll die Hörsaal-Schließung gelten. Damit hofft die Uni genügend Geld einzusparen, um ihre Hörsäle danach dauerhaft wieder zu öffnen. Das Vorgehen erinnert an ähnliche Maßnahmen, die verschiedene Universitäten im vergangenen Winter ergriffen: Auch damals verlegte man wegen den extrem gestiegenen Heizkosten Vorlesungen ins Netz.

Die Praxis kennen viele Studenten aus der Corona-Zeit. Damals waren die Universitäten jahrelang geschlossen und es etablierte sich Vorlesungen, Seminare und andere Veranstaltung online - oft per Video-Konferenz oder aufgezeichneten Videos - stattfinden zu lassen. Diese Uni-Lockdowns wurden dann in ähnlicher Form wegen Heizkosten reaktiviert.

Alle 21.500 Studenten der Universität Stuttgart werden nun wieder von einem solchen "Lock-down" betroffen sein. Auch wenn die Uni-Leitung grundsätzlich betont, die Universität selbst bleibe weiterhin offen, werden trotzdem alle Lehrveranstaltungen in dem Zeitraum nur digital stattfinden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 24. Oktober 2023 (x1.334/...): >>**Wüst sieht Laufzeit-Verlängerung für Braunkohle kritisch**

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) ist bereit für eine Laufzeit-Verlängerung der Braunkohle, fordert aber einen langfristigen Plan. "Natürlich muß die deutsche Energieversorgung zu jeder Zeit gesichert sein, Nordrhein-Westfalen ist deshalb immer bereit, seinen Bei-

trag zur Versorgungssicherheit zu leisten, kurzfristig veranlasste Laufzeitverlängerung sind aber keine Dauerlösung, dieses energiepolitische Durchhangeln der Bundesregierung muß ein Ende haben", sagte er der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe). "Es ist nicht nur unfair gegenüber den Arbeitnehmern an den Kraftwerksstandorten, unserer Wirtschaft nimmt es auch jede Planungssicherheit."

Das gefährde Arbeitsplätze und Investitionen in die Transformation. Wüst sagte weiter: "Statt Ampel-Chaos braucht es einen durchdachten Plan und mehr Tempo bei der Vorbereitung auf die Nach-Kohle-Ära. Die Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke muß der Bund jetzt starten." Ebenso müsse der Netzentwicklungsplan Gas schnell vorgelegt werden. Für die neuen Gaskraftwerke und die Umstellung auf eine Wasserstoffwirtschaft würden neue Pipelines zum Beispiel von den Terminals in Zeebrugge nach Deutschland gebraucht.

"Das Industrieland Nordrhein-Westfalen kann sich keine weiteren Verzögerungen leisten", sagte Wüst. Hintergrund ist, daß der Bund derzeit für zwei RWE-Braunkohle-Blöcke mit je 600 Megawatt eine Verlängerung der Laufzeit prüft. "Wenn die Regierung in Absprache mit der Netzagentur der Meinung ist, daß man die Laufzeit der Blöcke Neurath D und E um ein weiteres Jahr bis März 2025 verlängern sollte, um einen Sicherheitspuffer zu haben, werden wir die Anlagen länger laufen lassen", hatte die RWE-Sprecherin zuvor gesagt. Das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz erlaubt eine Verlängerung bis März 2025.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 24. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**Die beste "Industriestrategie" wäre Habecks Rücktritt!**

Es ist die reinste Realsatire: Ausgerechnet der grüne Wirtschaftsminister Habeck hat ein Papier für eine neue "Industrie-Strategie" vorgestellt. Habeck verkündet, er wolle die deutsche Industrie "in ganzer Vielfalt erhalten". Das sagt ausgerechnet ein Minister, der unsere Industrie in ganzer Vielfalt zerstört hat. Es war Habeck, der das EU-Verbrennerverbot klaglos zugelassen hat und damit unsere Auto-Industrie ruiniert. Es war Habeck, der die Energiepreise mit seinem Windrad- und Solar-Kult explodieren ließ. Zahlreiche Industriezweige von der Stahl-Industrie bis zur Chemiebranche befinden sich infolgedessen im Sinkflug.

Was will man auch von einem Wirtschaftsminister erwarten, der noch nicht einmal weiß, was eine Insolvenz ist? Die beste "Industriestrategie" wären der Rücktritt von Robert Habeck und eine umgehende Regierungsbeteiligung der AfD! Die AfD wird die Energiepreise wieder senken, indem wir die sogenannte "Energiewende" rückgängig machen, Kernkraftwerke wieder ans Netz gehen lassen und die Nord-Stream-Leitungen reparieren.

Wir werden außerdem Steuern und Abgaben senken und den sogenannten "Fachkräftemangel" nicht mit Sozialmigration, sondern mit einer Reform unserer Bildungspolitik bekämpfen. Die Industrie unseres Landes muß endlich in die Hände einer Partei gelegt werden, die sich auch mit Deutschland und seinen industriepolitischen Interessen identifiziert. Und diese Identifikation gewährleistet nur die AfD!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 44/23" berichtete am 27. Oktober 2023 (x1.387/...): >>**Neue Kernkraftwerke dürfen gefördert werden**

Energiepolitik: Die Regierungen der Mitgliedsländer haben sich auf eine Reform des EU-Strommarktes geeinigt / "Zweiseitige Differenzverträge"

*Marc Schmidt*

Wie innerhalb der EU üblich, stand am Ende der Verhandlungen der EU-Energieminister über ein neues Strommarktdesign ein unklarer Kompromiß, den alle beteiligten zunächst als Sieg deuten konnten. Dabei ist die geplante Neuregelung eigentlich keine große Veränderung, sondern eher eine Freigabe der Mechanismen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für alle Länder, welche den Bau von Ökostromanlagen "fördern" wollen. Diese Subvention erfolgt durch eine Bevorteilung der neuen Anlage gegenüber den bestehenden, die bereits steuerlich

abgeschrieben sind und sich amortisiert haben.

Das EEG verwendet für diese Subventionen Garantiepreise in Form einer Einspeisevergütung, die Windräder und PV-Module an Standorten ermöglicht haben, die sonst energie- wie betriebswirtschaftlich nicht rentabel gewesen wären. Damit dies EU-weit möglich wird, sollen in Zukunft zweiseitige Differenzverträge für neue Anlagen obligatorisch werden. Dieses Instrument muß man sich als eine Art EEG-Einspeisegarantiepreis mit Rückzahlungsoption vorstellen.

Der Staat nutzt Steuergelder, um Investoren nach Fertigstellung der Anlage einen Abnahmepreis zu garantieren. Liegt der Börsenpreis, zu dem weiterhin gehandelt werden soll, unter dem Garantiepreis, zahlt der Steuerzahler, der meist auch der Stromverbraucher ist, die Differenz über die staatlich garantierten Ausgleichszahlungen. Liegt der Börsenpreis über einer vereinbarten Preisobergrenze, müssen die Anlagenbetreiber ihre Mehreinnahmen aus dem Börsenverkauf an den Staat überweisen.

### **Langfristige Garantiepreise für "erneuerbare" Energien und AKW**

Die Neuregelung ist insbesondere für die deutschen Verbraucher keine gute Nachricht. Die Regelung wird nicht dafür sorgen, daß die höchsten Strompreise der Welt in Zukunft nicht mehr aus Deutschland kommen. Auch in Zukunft wird Deutschland mindestens ein Dutzend weitere Steuern und Abgaben erheben sowie von den Verbrauchern die höchsten Netzentgelte fordern. Auch sind in Ausschreibungen für Ökostromanlagen verankerte, langfristige Garantiepreise das Gegenteil von Maßnahmen, welche die Gesamtkosten senken.

Bereits 2021 unter der Merkel-Regierung wurde eine fällige Erhöhung der EEG-Umlage aus 10,8 Milliarden Euro Steuergeld bestritten. Diese falsche Entwicklung wird fortgesetzt, und durch die subventionierten neuen Anlagen steigen die Kosten der als Reserve benötigten konventionellen Anlagen und somit der Börsenpreis für die Verbraucher.

Dem Haushalt wie dem Unternehmen ist es egal, ob er für die Energie einen Strompreis oder Steuern bezahlt, der Standort Deutschland hat mit der vorläufigen ersten Einigung die Chance auf sinkende Strompreise verspielt.

Bei einem hohen Börsenpreis müssen die Stromkunden weiterhin eben diesen Preis an die Stromversorger zahlen, die an der Börse einkaufen müssen. Die Tatsache, daß der Staat die hohen Einnahmen der Anlagenbetreiber an der Börse abschöpft, senkt den Preis für die Haushalte nicht.

Selbst wenn diese Abschöpfung vom Staat an die Bürger in Form eines "Energiegeldes" gezahlt werden sollte, blieben die umfangreichen Kosten bei der Verwaltung wie den Unternehmen sowie zahlreiche Steuertatbestände bei den Firmen wie den Haushalten.

Das Zustandekommen des schlechten Formelkompromisses ist auch der Tatsache geschuldet, daß Deutschland und Frankreich nach dem Formelkompromiß und vor den Verhandlungen mit dem EU-Parlament weiterhin darüber streiten, ob die französischen AKW über eine solche Regelung gefördert werden dürfen. Während sich Kernkraftwerksneubauten europaweit aus der Regelung kaum ausnehmen lassen werden, drängt Frankreich darauf, auch seine 56 bestehenden Kernreaktoren über die Garantiepreise der zweiseitigen Differenzverträge abzusichern.

Neben diesem offenen Streit über etwas, was beide Seiten als Einigung bezeichnen, droht Wirtschaftsminister Robert Habeck, der den verbraucherfeindlichen Kompromiß in Brüssel ausgehandelt hat, auch innerhalb der Ampelkoalition massiver Ärger. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Lukas Köhler, betonte, die Bundesregierung habe in mehreren Abstimmungen und Papieren festgelegt, das EEG nicht durch zweiseitige Differenzverträge zu ersetzen, sondern diese Vertragsform abzulehnen.

Derzeit sieht der EU-Rahmenentwurf, der ohne den Bundestag verhandelt wird, allerdings die neue Vertragsform als obligatorischen Ersatz auch für das EEG vor, so daß sich die FDP-

Drohung mit einem vorzeitigen Ende von garantierten Erzeugerpreisen bei einem Wegfall des EEG ohne Ersatz als leere Drohung im politischen Betrieb erweisen wird.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. Oktober 2023 (x1.333/...):  
>>"**Danke Habeck!**"

### **Deutsche Wirtschaft wächst? Grüner EU-Abgeordneter täuscht mit Wirtschaftsdaten**

Deutschland steckt in der Rezession. Einen Grünen-Europaabgeordneten hält das nicht davon ab, das Gegenteil zu verbreiten: Er impliziert, die deutsche Wirtschaft wachse wegen Habeck. Damit zeigt er entweder sein Unwissen - oder er täuscht mit Vorsatz. ...

*Max Roland*

Laut Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird Deutschland dieses Jahr zur drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Gemessen am BIP schickt sich die Bundesrepublik an, Japan zu überholen. Ein scheinbarer Fakt, der insbesondere bei den Claqueuren der Ampel für Feierstimmung sorgt - mit Verweis auf die Berechnungen werden die Warnungen vor der realen Wirtschaftskrise als Unkenrufe abgetan.

Die Rezession scheint vergessen. So feiert zum Beispiel der Grüne Europaparlamentarier Michael Bloss die Daten als Beweis für die gute Wirtschaftspolitik der Ampel. "Konservative versuchen uns einzureden, daß alles den Bach runtergeht und deindustrialisiert", schreibt er. Das sei Falsch. "Danke Habeck!", schreibt er dazu.

Tatsächlich übernimmt Deutschland den weltweit dritten Platz der Japaner, was die Höhe des Bruttoinlandsproduktes angeht: Während die Prognosen des IWF das diesjährige BIP der Bundesrepublik auf 4,43 Billionen US-Dollar beziffern, kommt Japan nur auf 4,23 Billionen US-Dollar. Aber: Diese Entwicklung hat primär nicht mit deutschem Wachstum zu tun - und schon gar nichts mit der Politik Robert Habecks.

Die Ursachen für diese Veränderung liegen hauptsächlich in Japan. Deutschlands Aufstieg wird durch die Abwertung des Yen gegenüber dem Euro und dem Dollar begünstigt, schreibt das Portal Bloomberg. Bereits vor einem Jahr war Japan deswegen auf Rang vier zurückgefallen. Die japanische Zentralbank wertet die Währung des Kaiserreiches zum Teil auch gezielt ab.

So verzichtet man in Japan unter anderem auf Zinserhöhungen wie in den USA und Europa. Preissteigerungen sind nach einer Zeit der Deflation in Japan durchaus gewünscht - und auch die exportorientierte Wirtschaft des Landes profitiert von der Abwertung. Denn eine billige Währung kurbelt den Verkauf von Waren ins Ausland oft an. Unter'm Strich überholt Deutschland Japan nicht - eher fällt Japan hinter Deutschland zurück.

Japans Wirtschaft wächst aktuell: In der ersten Hälfte des laufenden Jahres sprach man sogar von einem wirtschaftlichen "Boom". Deutschland hingegen befindet sich nach wie vor als einzige G7-Nation in der Rezession - daran ändert auch die Berechnung des IWF nichts.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 3. November 2023 (x1.346/...): >>**Regierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe**

Trotz teurer und knapper Energie und Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und Energie vernichtende Energiewende im Namen der Weltklimarettung weiter getrieben.

*von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Inzwischen sollte es jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, sie wird mit jedem Schritt teurer. Ohne zunehmende Subventionen geht es nicht. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn die staatlichen Subventionen nicht mehr gezahlt werden können.

### **Energiewende-Gesetze verstoßen gegen die Physik**

Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter. Gesetze dazu werden von den rot-grünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind nicht durchsetzbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

### **Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Kosten**

Auch das Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten wird weitgehend fossile Energie, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Kohle für die Metallherstellung, gebraucht.

Nach frühesten 10 Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird mehr Energie durch das Heizungsgesetz verbraucht. Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostensparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung nicht möglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist keine Rede.

### **Erhöhte Autobahn-Maut verteuert Lebensmittel**

Die Verdopplung der Autobahn-Maut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO<sub>2</sub> im nächsten Jahr führt zu einer empfindlichen Vertéuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Vertéuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit LKW führen. Werden wir das auch Deutschland erleben?

### **CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten**

Ganz schlimme Wirkung hat die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen soll dadurch fossile Energie unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für unser Industrieland würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser schwankende Strom, der weder planbar noch regelbar ist (Fakepower), ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie.

Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von grünem Wasserstoff sind nicht tragbar. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO<sub>2</sub> erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %).

Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO<sub>2</sub>-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muß. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

"Experten" glauben, mit einer Abscheidung von CO<sub>2</sub> und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus fossil gefeuerten Kraftwerken wieder billiger werden, denn dann würden keine CO<sub>2</sub>-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee fordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Wirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

### **Steigende Stromverluste durch die Energiewende**

Die immer teurer werdende Energiewende wird weiter getrieben mit immer mehr Energieverlusten. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz nicht zu überlasten, muß der überschüssige Strom kostenpflichtig entsorgt werden (negative Börsenpreise).

In diesem Jahr war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits an mehr als 190 Stunden der Fall. Die Entsorgungskosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der nicht brauchbare Überschußstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

### **Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten**

Der größte Teil unserer Energiekosten sind staatliche Abgaben, und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, Deutschland wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig.

Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen nach Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimarettung notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 10. November 2023 (x1.345/...):

### **>>Energiewende bringt die nächste Strom-Teuerung: Netzentgelte für Stromkunden steigen 2024 drastisch**

Als Folge der Energiewende werden die Stromkosten 2024 noch weiter steigen, das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Union hervor. Kostentreiber sind dabei vor allem die "Redispatch-Kosten" - also die Kosten der Regulierung, die dank wetterabhängigen Energieerzeugern anfallen.

Im nächsten Jahr werden die privaten Haushalte in Deutschland fast elf Prozent mehr für die Netzentgelte beim Strom bezahlen müssen. Laut einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Unions-Bundestagsfraktion werden die Netzentgelte für normale Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden im Jahr 2024 voraussichtlich um 10,6 Prozent oder 1,03 Cent pro Kilowattstunde steigen - so die Rheinische Post, welche die Antwort veröffentlicht hatte.

Netzentgelte sind die Kosten der Netzdurchleitung und machen etwas mehr als ein Viertel des gesamten Strompreises für den Endverbraucher aus. In der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums heißt es: "In der ausgewerteten Stichprobe zahlt ein Haushaltskunde mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch im Jahr 2023 ein durchschnittliches Netzentgelt in Höhe von 341 Euro netto, im Jahr 2024 in Höhe von 377 Euro netto".

### **"Redispatch-Kosten" als Kostentreiber**

Der Grund für die Teuerung: Nebenerscheinungen der Energiewende. Denn die sogenannten "Redispatch-Kosten" sind auf Rekordniveau und lassen das Netzentgelt in die Höhe schießen. Unter Redispatch versteht man Eingriffe in die Erzeugungsleistung von Kraftwerken, um Leitungsabschnitte vor einer Überlastung zu schützen.

Also netzbedingte Abriegelungen von Kraftwerken, damit das Netz nicht überlastet bzw. unterlastet wird. Die Übertragungsnetzbetreiber greifen also bei Netzengpässen regulierend ein, losgelöst von den Regeln des Stromhandels. Sie weisen Kraftwerksbetreiber dort, wo zu viel

Strom anfällt, zur Reduzierung ihrer Erzeugung an und dort, wo Strom fehlt, zur Mehrerzeugung. Diese Eingriffe müssen sie entschädigen.

Und das kommt nun immer häufiger vor: Denn das schrittweise Aussteigen aus der Kernenergie und die vermehrte Nutzung von Strom aus erneuerbaren und fluktuierenden Energien wie Solar- und Windkraft wirken sich auf die Lastflüsse im Netz aus und führen dazu, daß Netzbetreiber viel häufiger als bisher Redispatch-Maßnahmen vornehmen müssen. Und das wird für den Kunden teuer, den allein er trägt die Redispatch-Kosten.

Laut dem Ministerium würden im nächsten Jahr 27 Prozent der gesamten Netzentgelte bei den Übertragungsnetzbetreibern auf die sogenannten Redispatch-Kosten entfallen. Es handele sich um einen neuen Rekordwert von drei Milliarden Euro. Im letzten Jahr betrug die Ausgaben für die Wiederausgabe noch 2,2 Milliarden Euro.

### **Ampel will der Industrie unter die Arme greifen, kürzt aber Stabilisierungsfonds**

Nicht nur private Haushalte, sondern auch gewerbliche Kunden und die Industrie werden durch den weiteren Anstieg der Entgelte belastet. Schon dieses Jahr ächzten viele Unternehmen unter den hohen Energiepreisen und der wackeligen Versorgungslage.

Die Ampel-Regierung will daher nun mit einer weiteren finanziellen Aufwendung die Industrie zumindest ein wenig entlasten. Um die Kostendynamik zu verringern, gewährt der Staat den Übertragungsnetzbetreibern einen finanziellen Zuschuß. Laut der Antwort wird der Wirtschaftsstabilisierungsfonds aber mit 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2024 um etwa 300 Millionen Euro geringer sein als im Jahr 2023. Keine gute Nachricht für die Industrie.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 15. November 2023 (x1.346/...): >>>Deutsche Privathaushalte zahlen EU-weite Spitzenpreise für Strom

Die deutschen Strompreise für Privathaushalte zählen zu den höchsten im EU-Vergleich. Besonders hohe Kosten fallen für kleine und mittlere Haushalte mit einem Jahresverbrauch unter 5.000 Kilowattstunden an. Das geht aus einer Datenabfrage des Statistischen Bundesamtes hervor, die die Linksfraktion in Auftrag gegeben hat und über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochausgaben) berichtet.

Demnach war der Verbraucherstrompreis für Ein-Personen-Haushalte im ersten Halbjahr 2023 nur in Liechtenstein und Belgien höher. Konkret zahlten deutsche Haushalte mit einem Jahresverbrauch von weniger als 2.500 Kilowattstunden, in der Regel Ein-Personen-Haushalte oder zu zweit lebende Rentner, einen kWh-Preis von 45,36 Cent. In Liechtenstein fielen 46,35 Cent/kWh an, in Spanien dagegen weniger als die Hälfte. Von Deutschlands Nachbarn weist in dieser Kategorie lediglich Belgien mit 45,59 Cent/kWh höhere Preise auf, während sie in Polen (19,92), Frankreich (27,35) und auch Österreich (29,88 Cent) deutlich unter dem deutschen Preis lagen.

Der Durchschnitt aller 27 EU-Länder lag bei 31,88 Cent pro Kilowattstunde. Auch bei einem jährlichen Stromverbrauch zwischen 2.500 und 5.000 Kilowattstunden, was für durchschnittliche Familien zutrifft, rangierten die deutschen Strompreise mit 41,25 Cent pro kWh EU-weit weit vorn: Nur in den Niederlanden, Liechtenstein, Belgien und Rumänien war der Strom für Privatverbraucher teurer.

Der EU-Schnitt lag in der ersten Jahreshälfte bei 28,9 Cent/kWh. "Privathaushalte in Deutschland zahlen die dritthöchsten Strompreise in Europa, Stromkonzerne wie RWE melden satte Gewinne", sagte Linksfraktionschef Dietmar Bartsch dem RND. "Das ist die beschämende Bilanz der Ampel, insbesondere von Wirtschaftsminister Habeck."

Wenn der Strom vor allem bei kleinem und mittlerem Verbrauch sehr teuer sei, treffe das besonders Rentner und Familien hart, monierte Bartsch. "Die Zahlen zeigen, daß die Strompreisbremse der Bundesregierung weitgehend wirkungslos blieb. Fast alle europäischen Länder haben es besser gemacht." Dringend notwendig sei nach der angekündigten Stromsteuersenkung für Unternehmen nun auch "preiswerte Energie für Otto Normalverbraucher", forder-

te Bartsch. "Wir brauchen endlich ein kostengünstiges Grundkontingent pro Haushalt und pro Person."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 18. November 2023 (x1.345/...):

### >>**Ende für Hoffnungsträger der Energiewende**

#### **Bund förderte es mit Millionen: Wasserstoff-Vorzeigeprojekt muß eingestampft werden**

Die Öl-Raffinerie in Heide beschloß vor drei Jahren auf grünen Energien zu setzen. Hierzu wurde der Bau einer Elektrolyse-Anlage geplant. Der Bund förderte den Bau mit Millionen. Doch nun erweist sich das Projekt als unwirtschaftlich und muß eingestampft werden.

*Jonas Aston*

Die Raffinerie Heide stellt aus Erdöl Flüssiggas, Treibstoffe oder Heizöl her, womit Tankstellen, Flughäfen und Chemiebetriebe im ganzen Norden Deutschlands beliefert werden. Vor drei Jahren beschloß das Unternehmen außerdem auf grünen Wasserstoff zu setzen - und wurde damit Vorreiter der Energiewende.

Doch jetzt wurde bekannt: Das Projekt ist gescheitert.

Die Raffinerie hatte sich für ihr Projekt mit zwei weiteren Unternehmen zusammengesgeschlossen, um eine Elektrolyse-Anlage zu errichten. Am Donnerstag verkündete das Unternehmensbündnis bestehend aus Raffinerie Heide, Orsted Deutschland und Hynamics Deutschland in einer gemeinsamen Presseerklärung dann, daß sie im Rahmen des Projektes "Reallabor Westküste 100" keine Elektrolyseur-Anlage errichten werden.

Wegen der hohen Investitionskosten und wirtschaftlicher Risiken, müsse das Projekt abgeblasen werden, so das Unternehmensbündnis. Ein dauerhafter Betrieb der Anlage sei ineffizient.

#### **In der Entwicklung kein Stück weiter als vor drei Jahren**

Der Bau der Elektrolyse-Anlage galt als Hoffnungsträger in der Etablierung von Wasserstoff als Energieträger. Die Bundesregierung förderte im Rahmen des Programms "Reallabore der Energiewende" unter dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) das Projekt mit 36 Millionen Euro. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein stand ebenfalls hinter dem Bau. Das Projekt war wichtiger Teil der landesweiten Wasserstoff-Strategie.

Auch die Stadtwerke Heide wollten sich an dem Projekt beteiligen. Zunächst sollte in einem Heidener Stadtteil Wasserstoff dem Erdgas beigemischt werden. Andreas Hein, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Heide erklärte gegenüber dem NDR: "Ich bin sauer auf den Bund, weil es 2020 die Wasserstoff-Strategie des Bundes mit insgesamt sieben Milliarden Euro an Förderung gegeben hat, um solche Projekte wie das hier in Heide zu fördern. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um Projekte dieser Art umzusetzen, seien aber nicht vorhanden", so der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Hein. Bei dem Thema Wasserstoff sei man kein Stück weiter als vor drei Jahren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 25. November 2023

### (x1.346/...): >>**Wir können auf Kohlekraftwerke nicht verzichten**

Kohlekraftwerke liefern bedarfsgerecht den preisgünstigsten Strom und sorgen für Netzstabilität. Wind- und Solarstrom schwanken mit dem Wetter. Sie sind nicht regelbar und können nur begrenzt in ein stabiles Stromnetz eingespeist werden.

*von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

In unserer Lokalzeitung wurde kürzlich über das Onyx-Kraftwerk in Wilhelmshaven berichtet, das seit 15 Jahren fast rund um die Uhr in Betrieb ist. Dies kleine Jubiläum soll Anlaß sein, die Leistungen und Kosten von Wind- und Kohlestrom zu vergleichen.

#### **Zur Geschichte**

Das Onyx-Kraftwerk mit einer Leistung von 731 Megawatt und einem Wirkungsgrad von 46 Prozent gehört zu den modernsten Anlagen in Deutschland. Es verwandelt 46 Prozent der Verbrennungswärme in Strom, braucht also weniger Kohle als ältere Kraftwerke mit einem Wirkungsgrad um 40 %. Weltweit werden häufig nur 35 % erreicht. Das Werk wurde als Er-

satz für die deutschen Kernkraftwerke geplant, die nach massiven grünen Protesten stillgelegt werden sollten.

Damals wurde sachlich mit den Stromversorgern diskutiert, wie man den Atomausstieg schaffen kann, ohne die Stromversorgung zu gefährden. Die Lösung war: Die Kernkraftwerke werden durch Kohlekraftwerke ersetzt. Der Strom wird dadurch zwar etwas teurer. Der Preisanstieg um ca. ein Cent/Kilowattstunde sollte aber verkraftbar sein.

So wurden zu dem damals bereits vorhandenen E.ON-Kraftwerk. noch 3 weitere Kohlekraftwerke am tiefen Fahrwasser von Wilhelmshaven geplant, die die Kernkraftwerke in Norddeutschland ersetzen sollten. Nur das Onyx wurde gebaut. Dann war die grüne Bewegung gegen die Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdöl so stark geworden, daß die Energieversorgung ausschließlich aus regenerativen Quellen kommen sollte. Wind und Sonne sollten den Hauptanteil liefern.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wurde gestartet. Dieses Mal wurde nicht zusammen mit Fachleuten ein möglicher Weg gesucht. Eine von der Bundesregierung ernannte Kommission aus Politikern, Gewerkschaftlern und lokalen Vertretern der Kohleregionen sollte einen Terminplan für den Ausstieg empfehlen, der dann auch zum Gesetz wurde. Kosten und Versorgungssicherheit wurden nicht beachtet.

Eine treibende Kraft hinter dieser Entwicklung war Rainer Baake. Als grüner Staatssekretär unter Jürgen Trittin hat er den Atomausstieg verhandelt, um wenige Jahre später den Kohleausstieg voranzutreiben. Dazu hat er nach seiner Freistellung als Staatssekretär mit US-Kapital die Agora-Energiewende gegründet, einen Lobby-Verein zur Durchsetzung der Energiewende. Dieser Verein wird inzwischen auch mit deutschen Steuergeldern finanziert. Er ist in den Parteien, die das Weltklima mit der Energiewende retten wollen, gut vernetzt.

Die Ernennung des Geschäftsführers von Agora-Energiewende, Patrick Graichen, zum Staatssekretär durch den Minister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, ist dafür ein deutlicher Beleg. Auch nach der Entlassung von Graichen wegen Bevorzugung seines Trauzeugen bei einer Ämtervergabe bleibt der Einfluß von Agora und des Graichen-Clans erhalten. Enge Verwandte von Ihm sind weiter an führenden Stellen im Ministerium. Sie setzen die Agora-Vorstellungen in Gesetze um.

### **Kohlekraftwerke sind das Rückgrat der Stromversorgung**

Der hohe Auslastungsgrad von dem Onyx-Kraftwerk zeigt, wie wichtig der Kraftwerkstrom für eine sichere Versorgung ist. Es läuft auch dann, wenn bei Starkwind und Sonnenschein die umliegenden Windgeneratoren abgeschaltet werden, um das Stromnetz nicht zu überlasten. Die Kraftwerke werden für ein stabiles Wechselstromnetz gebraucht. Mit ihren großen rotierenden Massen stabilisieren sie die Netzfrequenz. Ein solches Netz kann maximal 60 Prozent Wind- und Solarleistung aufnehmen. Darüber hinaus regeln die Kraftwerke die Netzleistung auf den Bedarf und ergänzen die Leistung bei schwachen Winden und Dunkelheit. Bei Dunkelflaute müssen sie die gesamte Leistung übernehmen.

Die Leistung des Wind- und Solarstrom wird vom Wetter bestimmt und ist weder plan- noch regelbar. Allein mit dem nicht planbaren Wind- und Solarstrom kann keine sichere und bezahlbare Stromversorgung aufgebaut werden. Viele Politiker behaupten das aber. Das ist eine Täuschung der Bevölkerung. Um das zu verdeutlichen, nennt der Stromverbraucherschutz NAEB diesen Strom FAKEPOWER (Fake = Täuschung).

Kohlestrom ist auf fast allen Gebieten günstiger als Windstrom.

Das Kraftwerk Wilhelmshaven hat eine Leistung von 731 Megawatt (MW), die ganzjährig (bis auf planbare Revisionen) verfügbar ist. Für die gleiche mittlere Jahresleistung müssen Windstromanlagen mit 3.700 MW installiert werden, denn sie liefern im Mittel nur 20 Prozent ihrer installierten Leistung mit Schwankungen zwischen Null und 60 Prozent. Knapp 2.000 von den 6.131 Windgeneratoren in Niedersachsen (Zahlen für 2021) können zwar die gleiche

Jahresstrommenge wie das Kraftwerk erzeugen, aber nicht bedarfsgerecht und nicht als eine die Netzstabilität sichernde Grundlast.

Das Kraftwerk Wilhelmshaven hat eine Fläche von ca. 65 Hektar. Davon ist rund die Hälfte versiegelt. Vom Kraftwerk wurde auf eine Bitte um genaue Flächenangaben keine Auskunft gegeben. Die Arbeitsgruppe Windenergie-Freigericht gibt pro Windgenerator 350 Quadratmeter versiegelte Fläche und ca. 4.000 Quadratmeter geschotterte Betriebsfläche an. Hinzu kommt noch die Zuwegung in unterschiedlicher Ausführung. Damit versiegeln die 2.000 Windgeneratoren 70 Hektar, also rund doppelt so viel wie das Kraftwerk. Die benötigte Betriebsfläche übersteigt deutlich das 10-fache der Kraftwerksfläche.

Der Bau des Kraftwerks kostete etwa eine Milliarde Euro. Für die Windgeneratoren mußten 3,7 Milliarden aufgewendet werden, um jeweils 5,5 Milliarden kWh Strom im Jahr zu erzeugen (ca. 1 % des Strombedarfs). Mit Abschreibungen über 20 Jahre plus Zinsen und Betriebskosten liegen die Gestehungskosten des Windstroms bei 6,6 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh).

Der Aufwand für die Entsorgung des Überschußstroms, die Regelungskosten von 2,3 Milliarden Euro/Jahr, sowie die Kosten für die Demontage und Entsorgung der Anlagen nach 20 Jahren sind hier nicht enthalten. Kraftwerke werden über 30 Jahre abgeschrieben. Einschließlich Zinsen liegen die Gestehungskosten bei 1,2 ct/kWh. Hinzu kommen 3,3 ct für den Brennstoff Kohle (120 Euro/Tonne). Der zuverlässige Kraftwerkstrom wird mit 4,5 ct/kWh deutlich günstiger produziert als der unzuverlässige Windstrom mit 6,6 ct.

### **Holz als Brennstoff ist keine Lösung**

Es gibt Pläne, das Onyx-Kraftwerk auf Holzfeuerung umzustellen. Dagegen hat kürzlich die örtliche Organisation des NABU demonstriert. Zu Recht. Für die Feuerung nur dieses Kraftwerks brauchte man den Ertrag von tausend Quadratkilometer Wald, wenn Raubbau vermieden werden soll. Die Transportkosten würden verdoppelt, weil der Brennwert von Holz nur halb so hoch ist wie von Kohle. Statt 15 Kohleschiffe müßten jährlich 30 Holzfrachter mit je 100.000 Tonnen Ladung Wilhelmshaven anlaufen. Diese Planung würde den Strom deutlich verteuern und viel Energie vergeuden, die uns fehlt.

### **Ergebnis**

Kohlestrom ist günstiger und sicherer als Fakepower.

Der Strom aus dem Onyx-Kraftwerk kann 2.000 Windgeneratoren ersetzen.

Beliebig viele Windgeneratoren können aber kein einziges Kraftwerk ersetzen.

Es können alle Fakepower-Anlagen abgeschaltet werden, ohne die Stromversorgung zu gefährden. Das Abschalten nur weniger Kraftwerke kann jedoch zum Blackout führen.

Egal wie man ihn bezeichnet: Ökostrom, Windstrom, Voltaik- oder Solarstrom, Biogasstrom, EE-Strom, Strom aus erneuerbaren Energien, so lange er Kraftwerkstrom ersetzen soll, also direkt ins Stromnetz eingespeist wird ohne "Veredelung" durch ein Kraftwerk, ist es Fakepower.<<

### **Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 6. Dezember 2023 (x1.344/...): >>CDU hilft grüner Windkraft-Lobby bei der Zerstörung unserer Umwelt**

Berlin, 6. Dezember 2023. Die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, fordert angesichts von Haushalts- und Regierungskrise einen sofortigen Stopp des Windkraft-Ausbaus und verweist auf nicht wieder gutzumachende Naturzerstörungen beispielsweise durch die Errichtung von Windkraftanlagen im hessischen Reinhardswald:

"Die Haushaltskrise hat die Fragwürdigkeit der hochsubventionierten planwirtschaftlichen 'Energiewende' für jedermann sichtbar an den Tag gebracht. Dennoch wird die Errichtung neuer Windkraftparks mit Hochdruck vorangetrieben. Die kürzlich begonnene Rodung großer Teile des hessischen Reinhardswaldes für den Bau von 241 Meter hohen Windindustrieanlagen ist ein Menetekel dieser ideologisch irreführenden Politik.

Mit dem weltberühmten 'Märchenwald' wird ein einzigartiges Naturdenkmal vernichtet und der Lebensraum seltener Tierarten zerstört, um die Profitinteressen der Windkraft-Lobby zu bedienen. Der von Vizekanzler Robert Habeck forcierte grüne Windkraftwahn zerstört Wald, Natur und Umwelt und versündigt sich an der Zukunft unseres Landes und den kommenden Generationen.

Daß ein CDU-Ministerpräsident diesen grünen Irrsinn auch ohne Grüne in der Regierung weiter vorantreibt, ist ein besonderes Armutszeugnis. Fiskalisch ist der grüne 'Energiewende-Wahn' bereits krachend gescheitert. Es ist höchste Zeit, zur Vernunft zurückzukehren. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert, den weiteren Ausbau der Windkraft unverzüglich zu stoppen, bevor noch mehr irreparabler Schaden am Erbe unseres Landes angerichtet wird."<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 12. Dezember 2023 (x1.344/...): >>Wertloser "Ökostrom" kostet Steuerzahler jährlich fast 11 Milliarden Euro: Energiewende stoppen!

Für den früheren grünen Umweltminister Jürgen Trittin war die Sache klar: Die Energiewende würde pro Haushalt monatlich "eine Kugel Eis" kosten, behauptete Trittin in einer Pressemitteilung. Doch aktuelle Zahlen zeigen den krassen Unterschied zwischen grüner Traumtänzerie und Realität: Laut einem Gutachten der Übertragungsnetzbetreiber werden im Jahr 2024 rund 10,6 Milliarden Euro fällig, um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) umzusetzen. Der absurde Hintergrund: Netzbetreiber müssen den Produzenten von sogenannten "Erneuerbaren Energien" Strom zu einem festen Preis abkaufen (Einspeisevergütung) - selbst wenn der Strom zu diesem Zeitpunkt wenig oder nichts wert ist.

In der Vergangenheit kam es immer öfters vor, daß so viel Strom aus Wind und Sonne im Netz war, daß der Strom mit 0 Euro oder gar mit negativen Preisen gehandelt wurde. Im übertragenen Sinne könnte man also sagen: Deutschland wird nicht nur ausverkauft, sondern es wird sogar zu einem negativen Preis verscherbelt. Teilt man die 10,6 Milliarden durch die rund 34,4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, dann ergibt sich eine Summe von rund 308 Euro pro Jahr - für nichts und wieder nichts.

Die ganze Sinnlosigkeit des Milliardengrabs "Energiewende" wird damit immer offenkundiger - Experten, die von Anfang an vor diesem Ideologie-Projekt gewarnt haben, wurden difamiert und verhöhnt. Wir werden diesen Wahnsinn schnellstmöglich beenden und uns an einer Erkenntnis orientieren, die auf der ganzen Welt - abgesehen von Deutschland - längst verstanden wurde: Kernenergie und fossile Energien sind auf absehbare Zeit unverzichtbarer Bestandteil einer soliden und bezahlbaren Energieversorgung!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27652" berichtete am 12. Dezember 2023 (x1.343/...): >>Windräder - Gesundheitsrisiko im grünen Deckmantel

Studien belegen: Windkraftanlagen schaden der Gesundheit. Doch warum schweigen die Behörden dazu und setzen ungebremst den Ausbau ganzer Windparks fort? Daß die Bundesregierung den Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebieten nun aufgehoben hat und sich nicht mit den Gefahren dieser Technik auseinandersetzt, sollte zu denken geben.

Im August 2023 beschloß der Landtag in Nordrhein-Westfalen, den Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebieten aufzuheben. Mit dieser Maßnahme soll der Ausbau der Grünen Energie vorangetrieben werden.

Anwohner von Windkraftanlagen berichten jedoch seit Jahren über Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Herzprobleme, Ängste und Depressionen. Sogar Klagen gegen die Betreiber der Anlagen wurden eingereicht.

Tatsächlich vertraten aber bis 2014 sowohl Windenergieindustrie als auch deutsche Behörden den Standpunkt, daß der Infraschall der Windräder ungefährlich sei.

Dabei hat schon der australische Akustik-Ingenieur und Wissenschaftler Steven Cooper die

Gesundheitsgefährdung durch Windräder im Jahr 2014 bewiesen, indem er Probanden windradgeneriertem Infraschall aussetzte.

Beschwerden wie Schlaflosigkeit, Druckgefühle im Kopf, im Ohr oder in der Brust, Tinnitus und Herzrasen tauchten parallel zum Einschalten der Windräder auf.

Auch die Meteorologin Dr. Eva Wanka bewies 2005 in ihrer Studie, daß Infraschall zu einer Steigerung von schweren Depressionen bis hin zum Suizid führt. Am Beispiel von 1,8 Mio. Probanden in München und Umgebung zeigte sie auf, daß Infraschall zu einer Verdreifachung der Rettungseinsätze führte, die durch schwere Depressionen, Suizidversuche und Suizid ausgelöst wurden.

Obwohl weitere Studien existieren und Wissenschaftler auf die nähere Erforschung der Gesundheitsrisiken durch Windräder drängen, werden sämtliche Ergebnisse ignoriert und – wie jetzt in NRW – die Mindestabstände zu Wohngebieten sogar aufgehoben.

Die Situation geht so weit, daß Förderungen für Forschungsanträge zu diesem Thema abgelehnt werden. Es ist nicht überraschend, daß gerade Länder, die zu den größten Windparkbetreibern weltweit gehören, wenig Ehrgeiz in die Erforschung der damit verbundenen Gesundheitsrisiken zeigen. Bis zum Jahr 2019 steuerte China eine einzige Studie bei und in Deutschland waren es zwei, obwohl Deutschland die dritthöchste Windenergie-Erzeugungskapazität der Welt besitzt.

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, sagte dazu in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung:

"Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um."

Aber wenn man sich die Sachlage anschaut, geht es dann nicht um weit mehr als um reine Profitgier?

Die Vehemenz, mit der die Klimapolitik vorangetrieben wird, erinnert schon sehr an Coronazeiten. Denn auch bei der sogenannten "Grünen Energie" ist die Forschungslage dünn, wichtige Fakten fehlen oder werden gar ignoriert. Dennoch werden zweifelhafte Maßnahmen verordnet und das alles ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. Offensichtlich wird auch in der Klimapolitik eine Agenda umgesetzt, in der es nicht ausschließlich um wirtschaftliche Interessen geht, geschweige denn daß das Wohl der Menschen im Mittelpunkt steht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 15. Dezember 2023 (x1.345/...):

**>>Weiter Flaute: Nur Frankreichs Atomstrom sichert aktuell Deutschlands Energieversorgung**

Wieder reichen die Erneuerbaren nicht ansatzweise aus: In den letzten Tage konnte die Energieversorgung in Deutschland nur mit Hilfe von importierten französischen Atomstroms aufrechterhalten werden.

*Jerome Wnuk*

Merci Frankreich! Das müßte eigentlich jeder deutscher Stromverbraucher heute denken, wenn er sorglos die Zimmerlampe anknipst oder sein Handyakku lädt. Denn trotz milliardenteurer Energiewende rettet französischer Atomstrom in den vergangenen Tagen, wie schon mehrmals diesen Winter, die deutsche Stromversorgung. Denn, ohne den Import von großen Strommengen aus unserem Nachbarland, würde Deutschland mit seinen erneuerbaren Energien schnurstracks in die Stromnotlage rasen.

Die Resultate der deutschen Energiewende kann man beinah wöchentlich in einer gruseligen Regelmäßigkeit an den Strommarktdaten ablesen, die die Bundesnetzagentur stündlich aktualisiert herausgibt. Schaut man sich diese Kurven an, könnte man denken, Deutschland wäre ein unterentwickeltes Entwicklungsland, welches nicht auf eigenen Beinen stehen kann und deswegen die Hilfe seiner Nachbarn benötigt. Auch die CO-Ausstoßwerte Deutschlands ähneln eher Südafrika und Indien als modernen Nationen wie Kanada oder den USA.

**Ein Industrieland, das sich selbst nicht versorgen kann**

Daß sich aber hinter diesen Zahlen, die größte Industrienation Europas verbirgt, muß für den ahnungslosen Beobachter absurd wirken. Daß diese Zahlen aus einem Land stammen, daß sich auf internationaler Bühne immer wieder, zuletzt vor ein paar Tagen beim Internationalen Klimagipfel in Dubai, für die Verringerung der Emissionen stark macht und andere Länder zum Klimaschutz missionieren möchte, müßte noch absurder sein.

Doch so sehen die harten Fakten aus. In den letzten 24 Stunden mußte Deutschland zeitweise bis zu zehn Gigawattstunden aus anderen Ländern importieren, um den Stromverbrauch zu decken. Zehn Gigawattstunden sind etwa 15 Prozent des gesamten Stromverbrauchs Deutschlands.

Und dieser importierte Strom kommt in den letzten Tagen fast ausschließlich aus Atomkraftwerken in Frankreich. Selbst Atomkraftwerke an das Netz zu bringen - in Deutschland Tabu. Aber importieren, damit uns nicht das Licht ausgeht? Das geht.

Das deutsche Versorgungsloch, das ausschließlich dadurch entsteht, daß die erneuerbaren Energien konsequent zu wenig Strom liefern, um auch nur annähernd den Stromverbrauch des Landes zu stemmen, wird jetzt also immer wieder durch Atomstrom gelöst. Atomstrom, den Deutschland einst selbst in modernster Weise produziert hat.

Das Ergebnis ist bitter: Es gibt schlichtweg nicht genug Strom in Deutschland und den Strom, den wir noch selber produzieren, stammt aus den doch gerade so verpönten Kohlekraftwerken. Ist das ein Vorbild für andere Industrieländer?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 51/23" berichtete am 15. Dezember 2023 (x1.387/...): >>Industriestandort Deutschland in Gefahr

**Energiepolitik: Studie über die Stromkostensituation zeigt die politisch gewollte Benachteiligung für heimische Firmen**

*Marc Schmidt*

Das Bundesverfassungsgericht hat das zweite Nachtragshaushaltsgesetz der Bundesregierung von 2021 für "mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig" erklärt. Doch die Ampelminister hatten für diesen Fall keinen Plan B. Aber auch viele Unternehmen, die seit Jahren die "Energiewende", die Dekarbonisierung und die "grüne" Klimapolitik der Bundesregierungen jeglicher Couleur bejubelten oder für alternativlos erklärten, wurden vom Karlsruher Urteil kalt erwischt: Was wird nun aus den Milliardensubventionen für die "Transformation" zur "Klimaneutralität"?

Auch die Rußland-Sanktionen, der freiwillige Abschied von Pipelineöl- und Gas aus dem Putin-Reich sowie der milliardenteure Atom- und Kohleausstieg wurden von Konzernführern und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) widerspruchslos mitgetragen. Warum? Hier sollten ebenfalls Milliardensubventionen fließen, um den Energiepreisanstieg erträglicher zu gestalten.

Doch das "Strompreispaket", das Industrieunternehmen je nach Strombedarf in fünf Gruppen unterteilt und unterschiedlich stark "entlasten" soll, ist nun unsicher geworden. Daher stellen nicht nur SPD-Sozialpolitiker, sondern auch das arbeitgeberfinanzierte Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die Schuldenbremse in Frage.

Die Forderung Beibehaltung der beschlossenen Maßnahmen und weiteren Entlastungen unterstützt der BDI mit einem Standortgutachten zu den deutschen Industriestrompreisen im internationalen Vergleich. Die Studie "Transformationspfade für das Industrieland Deutschland", die zusammen mit der Boston Consulting Group und dem IW erstellt wurde, erscheint passend zu den Hiobsbotschaften beispielsweise der Reifenindustrie (JF 50/23), die sich angesichts der explodierten Energiekosten schrittweise von ihren deutschen Produktionswerken trennt.

Oberflächlich und im Durchschnitt betrachtet hat sich seit 2019 der Energiepreis für viele Industrieunternehmen gar nicht so sehr verändert: Damals mußten Firmen im Schnitt 179 Euro

pro Megawattstunde (MWh; das sind 11,5 Cent pro Kilowattstunde/kWh) bezahlen. 2023 waren es 190 Euro pro MWh - also nur sechs Prozent mehr.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit, denn schon unter Angela Merkel gab es umfangreiche "Entlastungen" - sprich: Firmen, die einen guten Draht zur Politik hatten und als "energieintensiv" erklärt wurden, mußten einige der diversen Abgaben, Entgelte, Steuern und Umlagen nicht oder nur in geringem Maße tragen.

Den Einnahmeausfall mußten die "gering entlasteten" Firmen und die Privathaushalte tragen: 2019 lag der Haushaltsstrompreis laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) bei 30,46 Cent pro kWh, also umgerechnet der 304,60 Euro pro MWh - 70 Prozent über dem teuersten Firmenstrompreis.

### **Energiapolitische Schieflage im deutschen Strommarkt**

2019 mußten "maximal entlastete" Industriestromverbraucher hingegen nur 37 Euro pro MWh zahlen - nur ein Fünftel der "gering entlasteten" Firmen oder ein Achtel des Haushaltsstrompreises. Natürlich erhalten Großkunden immer Rabatte, aber der internationale Vergleich zeigt, daß die Strompreisspanne nirgends so groß ist wie in Deutschland.

Es ist auch keine EU-Schikane: In Spanien war und ist der Industriestrompreis nicht nur ein Drittel bis ein Viertel billiger, sondern auch die Preisspanne ist viel geringer. Noch viel größer ist der Kontrast zu den USA und China. Die MWh kostet einen in Amerika produzierenden Hersteller nicht 124 bis 190 Euro, sondern aktuell nur 15 bis 70 Euro, einen chinesischen Wettbewerber etwa 25 bis 85 Euro.

Zudem wird beim Strompreis zusätzlich getrickst: Die Umlage für die "Erneuerbaren Energien" (zweistellige Milliardensubvention für Biogas-, Solar- und Windkraft) wird seit Juli 2022 vollständig vom Bund übernommen. Der refinanziert das via Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), die teure "CO<sub>2</sub>-Bepreisung" von Benzin, Diesel, Gas und Heizöl.

Das macht den Industrie- und Haushaltsstrompreis um etwa 60 Euro pro MWh billiger, dafür Heizen und Transport entsprechend teurer. Das ist zwar ungerecht und Wettbewerbsverzerrung, aber von der Industrie werden etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet.

Am produzierenden Gewerbes und ihren Arbeitnehmern hängen statistisch zwei bis drei Arbeitsplätze pro Mitarbeiter in nachgelagerten Firmen. Zudem sind die dortigen Stellen vergleichsweise hoch entlohnt, sie zahlen überproportional stark in die Steuer- und Sozialversicherungskassen ein. Drohende Produktionsverlagerungen haben daher ungeahnte Folgen. Ziel des "Strompreispaketes" ist die Absenkung des deutschen Energiepreisniveaus von 190 auf 165 Euro pro MWh. Und wegen der Planungs- und Investitionssicherheit fordert der BDI in seinem Papier die Beibehaltung dieses Ziels - trotz der Haushaltszwangslage der Ampelregierung.

### **Verzicht auf staatliche Gebühren und Preismechanismen?**

Auch bezüglich der Versorgungssicherheit sieht der BDI die energieintensiven - und auf Kosten anderer Marktteilnehmer bevorzugten - Unternehmen in ihrer Produktionsfähigkeit bedroht. Doch vom logischen Ausstieg aus dem deutschen Atom- und Kohleausstieg findet sich weder beim BDI noch beim IW ein Wort.

Dafür beklagt man sich darüber, daß Unternehmen, die "abwerfbaren Lasten" (etwa Aluminiumschmelzen) bereitstellen, künftig kein Geld dafür zu bekommen sollen. Doch die so realisierte Netzstabilisierung bei Strommangelsituationen ist um so mehr notwendig, wenn mehr Solar- und Windstrom die Lücken von Atom, Gas und Kohle schließen sollen.

War diese Bereitschaft jahrzehntelang ein profitables Geschäft, das selten in Anspruch genommen worden ist, befürchten diese Industrieunternehmen zunehmend Opfer der angespannten Versorgungslagen bei Dunkelflauten zu werden. Das erschwert die Anwerbung internationaler Investitionen abseits stark subventionierter Leuchtturmprojekte wie dem Tesla-Werk in

Grünheide oder den beiden Chipfabriken in Mitteldeutschland. Entsprechend fordert der BDI in seinem Energiepositionspapier weitere finanzielle Entlastungen für bisher wenig von den politischen Hilfestellungen profitierenden Unternehmen, die das Gros der industriellen Produktion in Deutschland ausmachen.

Dabei läßt der BDI interessanterweise offen, welchen Ausweg er der zerstrittenen Ampelkoalition zur Zielerreichung empfehlen würde. Neben einer Subventionierung und damit noch mehr Schuldenaufnahme könnte auch der Verzicht auf die vielen staatlichen Gebühren, Preismechanismen an der Leipziger Stromböse EEX, die CO2-Bepreisung oder das Ende der teuren Förderung der "Erneuerbaren Energien" die Strompreise senken.

Doch wer soll dann beispielsweise den Netzausbau für die "erneuerbaren Energien" und die angekündigte "Wasserstoffwirtschaft ohne Markt" (JF 49/23) bezahlen? Gleichzeitig werden funktionierende AKW und Kohlekraftwerke, die jahrzehntelang preisgünstig Strom liefern könnten, mutwillig zerstört. Das würde Energiewende und Klimapolitik grundsätzlich in Frage stellen - doch solche ketzerischen Gedanken finden sich nicht im Positionspapier.

Auch für Privatverbraucher gibt es keine guten Nachrichten. Die staatlichen Gas- und Strompreisbremsen werden zum Jahresende eingestellt. Gleichzeitig werden Benzin, Diesel, Gas und Heizöl durch das Anziehen der BEHG-Schraube teurer. Und das trifft auch die Industrie. In China, den USA und den meisten Ländern der Welt gibt es all das nicht. Daher wird sich die Deindustrialisierung Deutschlands fortsetzen. Und der BDI wird künftig nicht mehr 100.000 Unternehmen mit ihren acht Millionen Beschäftigten vertreten.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 21. Dezember 2023: >>**Fake News des Jahres: Schon 52 Prozent unseres Stroms sind "grün"!**

52 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland werde im Jahr 2023 aus "Erneuerbaren Energien" sein. Diese irreführende Propagandameldung verbreitete zum Jahresausklang die vom Bundespresseamt subventionierte Deutsche Presse-Agentur (dpa). Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus: viel Wind um nichts! Polit-Insider Einar Koch geht der Sache auf den Grund.

*VON EINAR KOCH*

"Erstmals entfiel mehr als die Hälfte des Bruttostromverbrauchs in Deutschland auf Erneuerbare Energien. Insgesamt wird so viel Strom klimaneutral erzeugt wie noch nie zuvor." Das posaunte die halbamtliche Deutsche Presse-Agentur (dpa) am Montag (18. Dezember) unter Berufung auf das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

ZSW und BDEW gehen 2023 dabei von einem Bruttostromverbrauch von rund 517,3 Milliarden Kilowattstunden aus. Davon werde "im zu Ende gehenden Jahr knapp 52 Prozent des Bruttostromverbrauchs auf Erneuerbare Energien" entfallen. Das seien fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. "Die Zahlen zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind", trompetete die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Kerstin Andreae.

### **Eine Milchmädchenrechnung**

Tatsächlich ist die Aussage, über die Hälfte des Stromverbrauchs sei "grün", eine irreführende Milchmädchen-Rechnung. Genau genommen handelt es sich sogar um eine Art Geldwäsche, bei der aus (teil)fossilem Importstrom plötzlich "grüner" Inlandsstrom wird. Denn: "Grün" erzeugter Strom wird in Deutschland mangels Leitungskapazitäten nicht nur nicht genutzt, sondern auch für hohe Geldbeträge gegen "bunten" Strom aus dem Ausland (Kernkraft, Kohle) getauscht, der dann in Deutschland verbraucht wird. Gleichwohl wird dieser Strom dann in der Bilanz indirekt den "Erneuerbaren" zugeschlagen.

### **Strom ist nicht gleich Energie**

Zudem erweckt die dpa-Meldung bei vielen Menschen den sorglosen Eindruck, Wind und Sonne sowie in weit geringerem Maße auch Biomasse würden bereits zur Hälfte Deutschlands

Energieversorgung decken. Dabei wird unterschlagen, daß elektrische Energie nur etwa ein Sechstel des sogenannten Primärenergieverbrauches ausmacht!

2022 betrug dieser laut Umweltbundesamt insgesamt 3.264 Terawattstunden (TWh), wovon nur etwa 552 TWh auf Strom entfielen. Der Großteil des Energiebedarfs hierzulande entfällt aufs Heizen - meist in Form von Gas, Öl und Kohle - sowie Treib- und Kraftstoffe. Die Aussage "50 Prozent grüner Strom" ist daher ungefähr gleichbedeutend mit "8,5 Prozent grüne Primärenergie" - was wiederum die Jubelmeldung der Deutschen Presse-Agentur deutlich relativiert.

### **Äpfel und Birnen**

Die physikalische Realität ist aber noch komplizierter, als es die windige dpa-Meldung suggeriert. Denn: Im April 2023 wurden auch die letzten deutschen Kernkraftwerke vom Netz genommen, so daß der Anteil an CO<sub>2</sub>-freiem Kernstrom in der Folge auf null sinken wird. Kernkraftwerke sind jedoch nicht die einzigen abgeschalteten Kraftwerke. Solange es für diese keinen Ersatz gibt, kommt der fehlende Strom aus unseren Nachbarländern.

Bedeutet: Werden deutsche Kraftwerke abgeschaltet, sinkt aber auch eine wichtige Bezugsgröße - die inländische Stromerzeugung. Hinter dem steigenden Anteil des "in Deutschland erzeugten Stroms" steckt also in Wirklichkeit vor allem der gestiegene Stromimport seit dem endgültigen AKW-Aus in Deutschland.

Importierter Strom fließt allerdings nicht in die deutsche Statistik ein, so daß die Bezugsgröße - die Stromerzeugung insgesamt - real gesunken ist.

Das wiederum bedeutet nach Adam Riese: Solange die Erzeugung der "Erneuerbaren" aber weniger stark sinkt als die der konventionellen heimischen Quellen, steigt der "erneuerbare" Anteil sogar dann, wenn Wind, Sonne & Co. weniger Strom liefern würden.

Der guten Vollständigkeit halber: Die Industrie betreibt vielfach eigene Kraftwerke. Diese zählen ebenfalls nicht zur statistisch erfaßten innerdeutschen Stromerzeugung. Ebenso wenig in den Statistiken daher weniger schädlich als solcher aus deutschen Kohlekraftwerken.

Mit anderen Worten: Die vermeintliche Jubelmeldung der Deutschen Presse-Agentur entspricht dem sprichwörtlichen Vergleich von Äpfel und Birnen!

*Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 3. Januar 2024 (x1.351/...): >>>**Energiewende verschlingt weitere 60 Milliarden für Reserve-Kraftwerke: Zurück zur Kernkraft!**

Die Haushaltskrise war nur der Anfang: Für die Bereithaltung von Reservekraftwerken, die wegen den sogenannten "Erneuerbaren Energien" zur Vermeidung von Stromausfällen unabdingbar sind, fehlen dem Bund 60 Milliarden Euro! Das ergab eine Berechnung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln (EWI).

Demnach würde diese enorme Summe für den Neubau von Gaskraftwerken bis zum Jahr 2030 erforderlich werden. Die Kernkraft-Ausstiegsparteien CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP werden wohl so tun, als ob sie davon völlig überrascht wären - dabei war das Desaster von Anfang an absehbar.

Die technischen Fakten lassen sich eben nicht aus der Welt schaffen: Wind- und Solarenergie gewährleisten wegen ihrer Abhängigkeit vom Wetter keine Versorgungssicherheit, weshalb nun Gaskraftwerke als Notlösung einspringen sollen.

Das Problem mit der 60-Milliarden-Lücke hätten wir aber gar nicht, wenn wir wie zahlreiche andere Staaten an der bewährten und inzwischen auch sicheren Kernenergie festgehalten hätten. Doch während unsere polnischen Nachbarn in die Kernkraft einsteigen und Frankreich ein Kernkraftwerk pro Jahr errichten will, betreibt das grüne Geisterfahrer-Land im Herzen Euro-

pas wirtschaftlichen Selbstmord.

Noch ist es nicht zu spät - wenn die AfD schnellstmöglich an die Regierung gelangt. Wir werden zur Kernkraft zurückkehren und somit dafür sorgen, daß die Versorgungssicherheit wiederhergestellt wird. Damit werden zugleich auch die Strompreise gesenkt und der Haushalt wird wieder auf solidere Füße gestellt!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 5. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Gigantische Investitionen in Gaskraftwerke vakant - Habeck fehlen 60 Milliarden Euro zur Rettung der Energiewende**

Mit einer "Kraftwerksstrategie" muß die Bundesregierung Gaskraftwerke in großer Kapazität aufstellen lassen, um die Energiewende aufzufangen. Doch der Weg dahin ist offen - eine Analyse zeigt jetzt die enorme Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Von *Redaktion*

Das neue Jahr ist bestimmt von Jubelmeldungen der Grünen: So viel wie nie zuvor haben Erneuerbare Energien an der Energieversorgung ausgemacht.

Das Problem: Das nur, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Gerade der Dezember war von langen Phasen der Dunkelflaute bestimmt, in denen der Anteil von Wind- und Solarenergie am Strommix teils unter 5 Prozent rutschte und Deutschlands Energiesicherheit an Kohlekraftwerken und Importen hing.

Gegen diese Schwankungen hat die Bundesregierung schon seit Merkel-Jahren nur eine Strategie: Gaskraftwerke als Backup, die im Zweifel die gigantischen Lücken auffangen sollen. Faktisch bräuchte man neben der "regulären" Stromerzeugung, ein komplettes Schattensystem in gleicher Dimension. Diese Infrastrukturaufgabe stellt sich als kaum lösbar heraus. Jedenfalls steckt Wirtschaftsminister Habeck fest.

Eine ausführliche Untersuchung durch das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität Köln (EWI) im Auftrag des Handelsblatts zeigt nun die Ausmaße des Problems. EWI-Experte Philipp Kienscherf sagte dem Handelsblatt, bis 2030 könnten "für den Neubau von Kraftwerken in Deutschland rechnerische Deckungsbeiträge in Höhe von rund 60 Milliarden Euro fehlen". Der Markt würde diese Investition nicht von sich aus tätigen, der Bund müßte massive Summen investieren. Geld, das nicht da ist.

Seit Monaten arbeitet Habeck an der Kraftwerksstrategie. Bis 2030 sollen Gaskraftwerke mit einer installierten Leistung von 25 Gigawatt bereitstehen - der Weg dahin ist aber völlig offen. Offensichtlich sind Investitionen in enormem Ausmaß nötig, um die Volatilität der Energiewende abzufangen.

Anfang Dezember konnte Deutschland fast genau drei durchgängige Tage lang seinen Strombedarf nicht selbst decken. In dieser Zeit gab es einen permanenten Netto-Import von Strom überwiegend aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Tschechien und Polen. Dabei war polnischer Kohlestrom zwischenzeitlich der größte Posten. Zwischenzeitlich fehlten Deutschland annähernd 20 Prozent des Strombedarfs, der dann importiert werden mußte.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 24. Januar 2024 (x1.356/...): >>**Kolumnist Martenstein über die Kostenexplosion der Energiewende: "Realismus ist vollkommen verloren gegangen"**

Kolumnist Harald Martenstein bei "Stimmt!"

*Redaktion*

Die grüne Energiewende der Ampel-Regierung verlangt den Menschen immer mehr ab. Bis zu 800 Euro mehr kostet das Vorhaben jede Familie im Jahr. Insgesamt rechnet die Bundesnetzagentur mit bis zu 500 Milliarden Euro zusätzlichen Kosten für den Netzausbau nur bis 2030. Zahlen, deren Dimensionen für den normalen Menschen schwer begreiflich sind.

Hier offenbaren Bundesnetzagentur-Chef Klaus Müller und seine Stellvertreterin Barbie Kornelia Haller die wahren Kosten der Energiewende:

Kolumnist Harald Martenstein ordnet sie im Nachrichten-Talk "Stimmt!" ein: "500 Milliarden, das ist ein bißchen mehr als ein Jahres-Etat im Bund". Und das sei nur ein kleiner Teil der Kosten insgesamt. "Wir haben ja noch überhaupt nicht über den Ausbau der Ladesäulen gesprochen, der auch dringend aussteht."

### **Erst Haushalts-Krise, jetzt Energiekosten-Explosion**

Erst das 60 Milliarden-Loch im Haushalt, nun der nächste Schock. "Und wir müssen das im Kontext betrachten, der anderen gigantischen Aufgaben, die wir uns teils selbst aufgehalst haben", so der Kolumnist und Autor im NIUS-Talk. Die Kosten für die daniederliegende Infrastruktur, die Zahlungen an die Ukraine, das marode Schulsystem und "die Migration, die mit etwa 50 Milliarden pro Jahr" beziffert wird.

"Das, was wir im Moment vor uns sehen, ist eine Regierung, die vollkommen den Kontakt zur Realität verloren hat", analysiert Martenstein. Jetzt müßte es einen Plan geben, sollten Prioritäten gesetzt werden. Welche der Aufgaben könnte man beiseitelassen?

"Ich sehe drei Wege". Der erste sei eine extreme Besteuerung der Leute, so daß kaum etwas von ihren Einkünften übrigbleibt. Der zweite eine extrem hohe Besteuerung der Unternehmen, so daß sich Unternehmertum in Deutschland nicht mehr lohnt und das dritte eine so hohe Verschuldung, "daß kommende Generationen keine Sonne mehr am Horizont sehen." Im wahren Sinne des Wortes: Düstere Aussichten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 25. Januar 2024 (x1.353/...): >>>Strom: Bald unbezahlbar?

Strom ist nicht nur für die Industrie zu teuer, sondern auch für alle Bewohner unseres Landes. Die Energiewende treibt die Strompreise in Unermeßliche. Ihre Beendigung würde sie halbieren.

von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, will ein weiteres Abwandern der Industrie aus Deutschland infolge zu hoher Strompreise durch die Energiewende verhindern. Dazu soll ein subventionierter Strompreis für die Industrie eingeführt werden. Die Subventionen sollten aus dem aufgestockten Klima- und Transformationsfonds fließen.

Diese Aufstockung ist aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verfassungskonform. Damit steht nicht hinreichend Geld aus diesem Fonds zur Verfügung. Zwangsläufig müßten die anderen Strom-Verbraucher über höhere Strompreise, die sich noch zusätzlich aus gleichem Grund wegen der wegfallenden Strompreisbremse, was ebenfalls eine Subvention ist, diese Subvention der Industrieunternehmen aufbringen. Nach Berichten im Deutschlandfunk hat der Minister bereits höhere Stromkosten angekündigt.

### **Die Energiewende treibt die Stromkosten in die Höhe**

Die Energiewende, die die hohen Stromkosten in Deutschland hauptsächlich verursacht, soll nicht hinterfragt, sondern planmäßig weitergeführt werden. Damit steigen die CO2-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe Anfang des nächsten Jahres um über 30 Prozent und die Maut für Kraftwagen um mehr als 80 Prozent. Der weitere Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung erhöht die Strompreise, vergrößert den Stromüberschuß bei Starkwind und Sonnenschein, der kostenpflichtig entsorgt werden muß, und verlangt den Ausbau der Stromnetze.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Bundestagsdrucksache 20/9166) zu der Entwicklung der Netzkosten prognostiziert einen Anstieg um mehr als 10 Prozent für Haushalts- und Gewerbekunden in 2024 gegenüber dem Vorjahr. Über die Kostenentwicklung in den nächsten 10 Jahren gibt es nur nebulöse Vorstellungen. Sicher ist nur, es wird teurer. Dies alles müssen die Stromkunden letztlich bezahlen.

Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt entsprechend. Wie die Regierung mit diesen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln will, bleibt rätselhaft. Nach einer Rechnung der "Jungen Freiheit" kassiert der Staat jetzt schon 60 Prozent des Brutto-Arbeitslohns. Da bleibt kaum noch

Kaufkraft.

### **Die heilige Kuh. Energiewende zur Klimarettung**

Wir brauchen bezahlbaren Strom für alle. Nur so kann es mit Deutschlands Wirtschaft wieder aufwärts gehen. Dazu muß die heilige Kuh der Regierungsparteien und auch der CDU hinterfragt werden: die Energiewende zur Klimarettung.

Allein aus dem Klima- und Transformationsfonds sollten dazu jährlich 60 Milliarden Euro aufgewendet werden. Hinzu kommen nach Aussagen von Bundeskanzler Scholz weitere 50 Milliarden aus anderen öffentlichen Töpfen.

Mit einer Beendigung der Energiewende würde die staatliche Belastung also um mehr als 100 Milliarden Euro jährlich verringert. Das wären 1.300 Euro pro Einwohner. Um diesen Betrag würde deren Kaufkraft steigen und der Strompreis auf die Hälfte fallen. Die Industrie in Deutschland würde wieder wettbewerbsfähig werden.

Mit Beendigung der Energiewende steigt die Kaufkraft, und die Verwaltung wird verschlankt. Es werden keine Energie- und Klimaberater mehr gebraucht. Der Aufwand für die Genehmigung von Wind- und Solaranlagen in den Gemeinden, Kreisen und Ländern entfällt. Gesetze mit vielen tausend Seiten, die nur den Profiteuren der Energiewende nutzen, können eingestampft werden. Es werden wieder Kräfte frei für den Erhalt und die Verbesserung von Straßen, Schulen und anderer Infrastruktur.

### **Keine staatlichen Investitionszuschüsse**

Staatliche Investitionszuschüsse für neue Industrieansiedlungen sind mit einem wettbewerbsfähigen Strompreis auch nicht mehr erforderlich. Dann finden sich genügend Investoren, die sich mit einer Ansiedlung in Deutschland eine gute Rendite ausrechnen. Zurzeit versucht die Industrie, mit Subventionen zu überleben. Dies führt dazu, daß die Wirtschaft die grüne Energiepolitik verbal unterstützt, weil nur so der Subventionstopf erreicht werden kann.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wäre für die Regierung eine gute Gelegenheit, die Energiewende zu beenden. Dazu müßten Ideologien verlassen und Fakten akzeptiert werden. Es ist fraglich, ob sich die Regierung und die Parteien auf diesen Weg begeben. Die Profiteure, zu denen sicher auch viele Bundestagsmitglieder zählen, die Anteile an grünen Stromanlagen haben, sind eine mächtige Lobby, die das verhindern will. Sie sind gut vernetzt in Deutschland wie in der EU. Die Wendegesetze sind weitgehend ihr Werk. Es wird spannend, ob die Regierung das Rückgrat besitzt, sich gegen die Energiewende-Lobby zum Wohle Deutschlands durchzusetzen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 26. Januar 2024 (x1.352/...):

### **>>Wind und Solar liefern zu wenig: Wieder ist Deutschland auf massive Stromimporte angewiesen**

12.690 MWh mußte Deutschland am Donnerstag zwischenzeitlich importieren. Fast 20 Prozent seines Strombedarfs konnte Deutschland nur mit Hilfe seiner Nachbarländer decken.

*Jerome Wnuk*

Ein Donnerstag der Offenbarung: Den gesamten Tag lang war Deutschland auf Stromlieferung seiner Nachbarn, besonders Frankreich, angewiesen, um den eigenen Strombedarf zu decken. Zwischenzeitlich stammten 19,4 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus dem Ausland, bis in die Nacht hinein waren es konstant über 10 Prozent an Stromimporten.

Die Windenergie konnte lediglich 15.000 MWh liefern - der deutsche Bedarf lag aber bei 65.000 MWh. Und da Photovoltaik praktisch null lieferte, stand Deutschland plötzlich vor einem nicht unwesentlichen Stromloch.

Die Auflistung die das Loch in der Stromgewinnung zeigt: Deutschland konnte nur 52.539 MWh von den notwendigen 65.499 MWh liefern. Das sind 19,4 Prozent. (Quelle: Bundesnetzagentur)

Deutschlands Retter in der Not hießen dann Frankreich, Norwegen, Dänemark und die Nie-

derlande. Alle vier Staaten, zusammen mit kleinen Anteilen auch aus Belgien, Österreich und der Schweiz, konnten Deutschland so beliefern, daß es zu keinen Engpässen kam. Frankreich deckte teilweise bis zu fünf Prozent des Strombedarfes.

Hier das deutsche Stromminus visualisiert. Der Anteil zwischen der roten Linie (Realverbrauch) und den überaneinanderliegenden Schichten (Realer Stromgewinn) mußte Deutschland gestern mit Importen decken. (Quelle: Bundesnetzagentur)

Zur selben Zeit hatte Deutschland ironischerweise nach Polen und Tschechien auch die dritt-CO2-intensivste Energieerzeugung.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 26. Januar 2024 (x1.352/...):

**>>Die teuerste "Kugel Eis" der Welt - was die grüne Energiewende Deutschland jetzt wirklich kostet**

Jürgen Trittins berühmte "Kugel Eis", die die Energiewende kosten sollte, ist mittlerweile wohl die teuerste Süßigkeit der Welt. Die Bundesnetzagentur setzte die Kosten nochmal um ein paar hundert Milliarden Euro nach oben.

*Max Roland*

Im Frühling letzten Jahres zahlte der Schweizer Rentner Erwin S. 600 Franken für eine Kugel Eis. Bei unseren südlichen Nachbarn war das schnell als Buchungsfehler erkannt. 600 Franken für eine Kugel Eis ist immerhin absolut abnormal, sofort als Fehler im System zu erkennen - für Schweizer.

In Deutschland hingegen sind 600 Euro für eine "Kugel Eis" inzwischen so etwas wie normale Preise. Zumindest, wenn man dem Ur-Grünen Jürgen Trittin und seinem alten Versprechen glaubt, die Energiewende würde die Menschen "nicht mehr als eine Kugel Eis" kosten. Auf diesem Versprechen baute eine Energiewendepolitik auf, deren stolzes Ergebnis mittlerweile das vielleicht teuerste Eis aller Zeiten ist.

Berichte und Meldungen der letzten Tage zeigen den endgültigen Kollaps der vielleicht größten Lüge in der deutschen Politik. Die Idee einer sicheren, billigen Stromversorgung aus den erneuerbaren Energien wurde über Jahrzehnte propagiert, Regierungen von Union bis Grüne machten sich diese Politik zu eigen. Doch sie ist nur heiße Luft.

### **Fast eine Billion für die Energiewende**

Allein der für die Energiewende unverzichtbare Ausbau der Netzinfrastruktur wird viel mehr kosten als ursprünglich angekündigt - und das zulasten der Bürger. Statt rund 250 Milliarden Euro Investitionsvolumen bis 2035 wird der Ausbau von Stromtrassen und weiterer Energiewende-Infrastruktur schon bis 2030 zwischen 550 und 750 Milliarden Euro kosten. Das ist mehr als eine Verdopplung der Kosten in einem kürzeren Zeitraum.

Wörtlich sprach Barbie Kornelia Haller, Vizepräsidentin der Netzagentur, von einem "dreistelligen Milliarden-Betrag, und zwar ein niedriger für die Verteilnetzbetreiber, konkret können wir eine Zahl nennen: 150 Milliarden Euro bis 2030. Und zusätzlich ein höherer dreistelliger Milliarden-Betrag für die Übertragungsnetzbetreiber, der sich möglicherweise im mittleren dreistelligen Milliarden-Betrag aufhält."

Einen Tag später sprach die Bundesnetzagentur bereits von anderen Zahlen, die aber kaum weniger beunruhigend sind. "Belastbare Zahlen zum Investitionsbedarf in die Strom-Verteilernetze erhalten wir Ende April aus den Netzausbauplänen", sagt Fiete Wulff, Pressesprecher der Bundesnetzagentur, gegenüber Focus Online. Konkret sagt er: "Aktuell halten wir unter erheblichen Unsicherheiten einen Investitionsbedarf von gut 150 Milliarden Euro bis 2045 für plausibel."

Und auch der Investitionsbedarf in die Strom-Übertragungsnetze betrage laut Netzentwicklungsplan 300 Milliarden Euro bis 2045, so Wulff. Bis 2045 könnte der gesamte Investitionsbedarf in die Stromnetze laut Netzagentur also bei rund 450 Milliarden Euro liegen. Zuvor war man von 250 Milliarden Euro ausgegangen.

Die Bundesnetzagentur erklärt das Kostendesaster ganz lapidar: "Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Im Strombereich bedeutet dies, erneuerbare Stromerzeugung auszuweiten und viele Sektoren zu elektrifizieren. Die Folge für das Netz ist ein nochmal deutlich zu beschleunigender Netzausbau. Außerdem muß erneuerbare Erzeugung ans Netz. Auch Wärmepumpen und Ladesäulen brauchen Netzanschlüsse."

Insgesamt kosten die grünen Transformationsfantasien das Land in den kommenden Jahren etwa eine Billion Euro - das sind Tausend Milliarden Euro, eine Eins mit zwölf Nullen.

Stromlücke von umgerechnet 20 Großkraftwerken

Nach Prognosen der Unternehmensberatung McKinsey hängt Deutschland in den Stunden des höchsten Stromverbrauchs mit bis zu 30 GW Leistung - umgerechnet 20 Großkraftwerken - von Stromimporten aus dem Ausland ab. Bereits jetzt führt diese sogenannte "Stromlücke" immer wieder zu Engpässen, etwa in Baden-Württemberg. Dort mußte der Netzbetreiber des Landes Aufforderungen zum Stromsparen öffentlich verbreiten, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Energiewende - das ist teurer Strom, der nicht mal verlässlich fließt.

Grüne Ideologen haben es schon offen erklärt: Die Energiewende führt am Ende nicht zur verlässlichen, umweltfreundlichen Stromversorgung der Zukunft. Sie ist nur mit Verzicht realisierbar: "Angebotsorientiert" nannte Grünen-Politikerin Kottling-Uhl diese Energieversorgung einmal im Bundestag.

Die taz-Journalistin Ulrike Herrmann erklärt seit Jahren offen und ehrlich, wo die grüne Strom-Ideologie hinführt - zu "Degrowth" und Verarmung. Immerhin ist "Energiearmut" auch ein Wort, daß sich erst in Energiewende-Deutschland gebildet hat - es beschreibt, daß Menschen wegen hoher Energiekosten ärmer werden. Erwartbares - und gewolltes - Nebenprodukt einer Energiewende, wie sie Deutschland vorantreibt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Die Energiewende der Ampel stürzt uns in den Ruin!**

Auch im Haushalt für dieses Jahr muß die Ampel ihre Milliardenlöcher mit Sondervermögen und Umschichtungen kaschieren, um nicht zu offensichtlich die Schuldenbremse zu verletzen. Ein beträchtlicher Batzen Geld geht für die sogenannte Energiewende drauf. Die kostet eben nicht nur so viel wie "eine Kugel Eis", wie der frühere grüne Umweltminister Trittin vor 20 Jahren behauptete, sondern mehrere Billionen Euro. Warum man sich das ganze sparen sollte, darüber sprechen wir mit dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wiehle.

Und: Der vom Staatsfunk und der Investigativstasi "Correctiv" konstruierte Skandal um ein Geheimgespräch wird weiterhin dazu genutzt, um Bürger gegen die Opposition aufzupeitschen. Es sind die linken Altparteien selbst, die die sogenannten "Demos gegen rechts" - die nichts anderes sind als Fackelmärsche gegen die Opposition - anmelden und organisieren und dafür sogar auf Steuermittel zurückgreifen.

Die Ampelregierung freut es, da so von den eigentlichen Brennpunkten abgelenkt wird. Auch weiterhin begehren Bauern, Transportunternehmen, Handwerker und Bürger gegen die desaströse Politik auf - und damit wird es auch weitergehen. Denn die Forderungen nach Rücknahme der Steuerbelastungen wurden alle in den Wind geschlagen. Wie die Ampel den sozialen Frieden gefährdet, darüber sprechen wir mit AfD-Bundes- und Fraktionschef Tino Chrupalla.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/24" berichtete am 2. Februar 2024 (x1.387/...): >>**Milliarden für neue Leitungen**

Der energiepolitische Irrweg wird fortgesetzt / 2030 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen

*Marc Schmidt*

Strom aus Sonne, Wind und Pipeline-Erdgas statt Atom- und Kohlekraft - das war der Energiewende-Plan. Mit den Sanktionen, dem Anschlag auf drei der vier Nord-Stream-Pipelines und der Ankündigung der Ukraine, ab 2025 kein russisches Gas mehr nach Europa weiterzuleiten, ist dieses Konzept gescheitert.

Nun kommt die nächste Hiobsbotschaft: Der Import von teurem Flüssigerdgas (LNG) via Supertanker ist nicht so zuverlässig wie gehofft. Denn während Donald Trump noch das amerikanische Fracking-Gas anpries, hat nun Joe Biden verkündet, wegen der "Klimakrise" vorerst keine neuen LNG-Export-Terminals mehr zu genehmigen

"Während dieser Zeit werden wir die Auswirkungen von LNG-Exporten auf die Energiekosten, die Energiesicherheit Amerikas und unsere Umwelt genau unter die Lupe nehmen", so der US-Präsident vorigen Freitag. "Dies könnte für die bis zu 17 neu geplanten Terminals in den USA das Aus bedeuten", hofft Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Das "gigantische Terminal Calcasieu Pass 2" in Louisiana "mit seinen Verbindungen nach Deutschland" sei wohl das erste auf der Liste, das Bidens Klima-Prüfung durchlaufen müsse.

### **Privatinvestoren mit Subventionen und Garantien locken**

Laut dem Energieverband BDEW kamen bislang 83 Prozent der LNG-Importe aus den USA. Aber wie sieht es im Winter 2024/25 aus? Die Golfstaaten können nicht kurzfristig einspringen.

Als Folge ist international ein Preisanstieg für LNG erkennbar. Greenpeace sieht das hingegen als Chance: "Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck sollte dem Vorbild von Präsident Biden folgen und weitere LNG-Terminals an der deutschen Küste stoppen", erklärte die Geographin und "Campact-Campaignerin" Mira Jäger, die seit 2009 bei Greenpeace aktiv ist. "Verlässliche Energiesicherheit" schüfen nur "erneuerbare Energien", so die Berufsaktivistin, die auch schon Blockaden gegen die "Braunkohleinfrastruktur" mitorganisierte.

Doch trotz veränderter Genehmigungsverfahren und reduzierter Umweltauflagen gelingt es nicht, die Ausbauziele bei der Windenergie zu erreichen. Dabei sollen laut Ampelkoalitionsvertrag bis 2030 80 Prozent des deutschen Stroms aus "erneuerbaren" Quellen stammen. Doch selbst dann klafft bei der gleichzeitigen Abschaltung der Kohlekraftwerke eine Versorgungslücke von zehn Gigawatt (GW; entspricht sieben AKW à la Isar 2 oder vier Braunkohlekraftwerke wie Boxberg in der Oberlausitz) - bei optimalen Wetterbedingungen und einer nur geringen Gesamtverbrauchssteigerung. Bei mehr Elektromobilität und der Umstellung auf Wärmepumpen wäre die Stromlücke noch größer.

Deshalb sieht Habecks Kraftwerksstrategie von 2023 den Bau von 50 Gaskraftwerken mit einer Leistung von 25 GW bis 2030 vor. Knapp neun GW sollen Kraftwerke liefern, die ausschließlich mit Wasserstoff (H<sub>2</sub>) betrieben werden können. Die benötigte H<sub>2</sub>-Menge steht aber gar nicht zur Verfügung (JF 49/23).

Da diese milliardenteueren Kraftwerke nur dem Ausgleich der schwankenden Ökostromproduktion dienen und den Import von ausländischem Strom senken sollen, würden sie nur eine relativ geringe jährliche Laufleistung aufweisen - deshalb rechnen sich Bau und Betrieb nicht. Daher muß Habeck Investoren mit umfangreichen Subventionen und Garantien locken - zu Lasten der Steuerzahler und/oder der Stromverbraucher.

Doch in Deutschland ist es illusorisch, ein 500-Megawatt-Kraftwerk in sechs Jahren zu planen, zu bauen und ans Stromnetz anzuschließen. Sie sollen dezentral gebaut werden. Doch bei den in Frage kommenden Gegenden ist oft weder eine für den H<sub>2</sub>-Transport geeignete Infrastruktur noch ein ausreichender Stromnetzanschluß vorhanden.

Für den Ausbau der Gasinfrastruktur kalkuliert die Bundesnetzagentur mit etwas weniger als 200 Milliarden Euro, was Experten für zu wenig halten. Je mehr Kommunen bei den ansteh-

henden Wärmeplanungen (Folge des "Heizhammers" Gebäudeenergiegesetz/GEG) mangels Fernwärme auf H2 setzen wollen, desto höher der Bedarf an der Ertüchtigung der Gasnetze und der Preis für H2.

Nicht 209 Milliarden Euro bis 2037, sondern voraussichtlich 300 Milliarden bis 2045 sind laut jüngsten Aussagen der Bundesnetzagentur für den Ausbau der Stromübertragungsnetze notwendig. Dabei sind noch nicht einmal die Nord-Süd-Trassen fertig, die überschüssigen Windstrom von der Küste in die süddeutschen Industriegebiete übertragen sollen.

Das 700 Kilometer lange Vier-GW-Projekt SuedLink setzt auf effiziente, aber teure unterirdische Gleichstromkabel - mit unabsehbaren Mehrkosten bis zur geplanten Fertigstellung 2028. Zu den Kosten der Großprojekte der vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz, Amprion, TenneT und TransnetBW kommen allerdings noch die Kosten für die Ertüchtigung und den Ausbau der engmaschigen Verteilnetze der Hoch-, Mittel- und Niederspannungsebenen darunter hinzu.

### **Allein der Stromnetzausbau kostet bis 2045 etwa 450 Milliarden Euro**

Laut einem Bericht der Bundesnetzagentur von 2022 ging es hier bislang "nur" um 42,27 Milliarden Euro: Insgesamt seien von den 82 befragten Verteilernetzbetreibern "3.337 Einzelmaßnahmen mit einem Netzausbaubedarf in Höhe von 16,42 Milliarden Euro sowie zusätzlich durch die Zehn-Jahres-Planung der unteren Netzebenen ein Netzausbaubedarf in Höhe von 25,84 Milliarden Euro gemeldet".

Doch bereits heute ist es Stadtwerken und Tankstellen oft nicht möglich, die angefragten E-Auto-Ladesäulen zu errichten, weil dies die bestehenden Netze, insbesondere deren Steuerung, überfordert. Daher ist nun von 150 Milliarden Euro die Rede - also zusammen 450 Milliarden Euro.

Insgesamt gab es 2023 bundesweit 862 große, mittlere und kleine Verteilernetzbetreiber, die durch Umspannwerke untereinander und mit den vier Übertragungsnetzbetreibern verbunden sind. Daher gibt es regional unterschiedlich hohe Netzentgelte - aber einen klaren Trend: 2011, im Jahr des beschleunigten Atomausstiegs, lagen sie im bundesweiten Schnitt bei 5,75 Cent pro Kilowattstunde (kWh), 2023 bei 9,35 Cent.

Und da die Ampel die versprochene Subventionierung der Netzentgelte von 5,5 Milliarden Euro für 2024 gestrichen hat, dürften es nun über zwölf Cent sein. Allein das wären etwa 120 bis 150 Euro mehr auf der jährlichen Stromrechnung für eine Durchschnittsfamilie.

Eckpunktepapier zur Kosten- und Anreizregulierung im Strom- und Gasbereich: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 5. Februar 2024 (x1.361/...):

### **>>Tschechien plant Bau neuer Atomreaktoren zur Versorgung von Deutschland**

In Tschechien plant die Regierung den Bau von vier neuen Atomreaktoren - mehr als gebraucht werden. Gegenüber Apollo News erklärt Energieökonom Dr. Björn Peters das auch mit der angespannten Energiesituation in Deutschland: Tschechien plane einen Ausbau auch, um den Strom nach Deutschland zu verkaufen.

Von *Max Mannhart und Henry Albrecht*

Die tschechische Regierung setzt weiterhin auf Atomstrom und hat nun die eigenen Vorhaben zur Erweiterung der Versorgung durch Nuklearenergie ausgebaut. In Prag plant man jetzt den Bau von bis zu vier neuen Atomreaktoren - ursprünglich war nur einer geplant. Dem Land stehen aktuell zwei Atomkraftwerke mit insgesamt sechs Reaktorblöcken zur Verfügung - vier davon im süd-mährischen Kraftwerk Dukovany, die anderen zwei im südböhmischen Kraftwerk Temelin. Knapp 40 Prozent des tschechischen Stroms wird hier produziert.

Während in Deutschland Atomenergie ein nie endendes Streitthema ist, ist man sich in Tschechien über die Sinnhaftigkeit von Nuklearenergie einig. Keine große Partei stellt sich gegen den nuklearen Ausbau. Auf europäischer und internationaler Ebene ist Tschechien eine der

treibenden Kräfte, die sich für den Ausbau und die Nutzung von Atomenergie einsetzt. Auch in der Bevölkerung wird das Thema Atomstrom mehrheitlich positiv aufgenommen.

### **"Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden"**

Deutschland ist durch die Schwankungen durch Wind- und Solarenergie immer stärker auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Ein entscheidender Teil kommt dabei auch aus Tschechien - ein lukratives Geschäft. Auch damit könnte der drastische tschechische Ausbauplan zu erklären sein, der deutlich mehr Kapazität schafft, als Tschechien selbst benötigen würde.

Apollo News fragte den renommierten Energie-Ökonomen Dr. Björn Peters. Der erklärt: "Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden, um die heimische Braunkohle zu ersetzen. Die anderen zwei Kraftwerke werden nach Deutschland und Österreich liefern. Beide Länder verzichten auf Kernkraft, wollen aber dennoch ihren Strommarkt von Kohle und Gas befreien."

Zum Hintergrund: "Deutschland ist der dominante Strommarkt in Europa, daher ist es rational, daß sich unsere Nachbarn in ihrer Energiepolitik am deutschen Markt ausrichten. Deutschland hat sich durch seine Energiewendepolitik aus dem europäischen Markt einseitig ausgeklinkt. Große Preissprünge werden die natürlichen Folgen des Ausbaus wetterabhängiger Solar- und Windkraft sein. Für unsere Nachbarn bedeutet dies auch eine Chance. In gut der Hälfte der Jahresstunden, wenn in Deutschland Strom wetterbedingt knapp ist, können sie Deutschland beliefern, auch mit Atomstrom, dessen Produktion in Deutschland gesetzlich verboten ist."

Die Tschechen machen dabei, laut Dr. Peters, alles richtig: "Sie fordern von den Anbietern Festpreisangebote, um das eigene finanzielle Risiko niedrig zu halten. Durch staatliche Garantien für den Betreiber CEZ werden Zinskosten deutlich verringert. Der Strom aus diesen vier Kernkraftwerken wird für 5 bis 7 Cent pro kWh mit einer auskömmlichen Gewinnmarge verkauft werden können. Da Deutschland auf lange Sicht Kohle- und Gaskraftwerke betreiben wird, deren Strom durch steigende CO<sub>2</sub>-Kosten immer teurer und teurer werden wird, ist es sehr wahrscheinlich, daß die tschechische Strategie lohnt und aufgeht. Ein wirtschaftliches Risiko besteht für die Tschechen nur in einem politischen Schwenk Deutschlands zurück zur Kernkraft." <<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 6. Februar 2024 (x1.362/...): >>>**Wo bleibt der Aufschrei der Industrie gegen die Energiewende?**

Die schnell weiter steigenden Energiekosten durch die Energiewende treiben die deutsche Industrie in Länder mit einer günstigen, sicheren und berechenbaren Energieversorgung. Viele kleinere Betriebe ohne Kontakte ins Ausland gehen pleite.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Doch Industriemanager und Industrieverbände wie auch die Gewerkschaftsführungen stehen im Namen der Weltklimarettung weiter hinter der Energiewende. Warum wehren sie sich nicht massiv gegen die Politiker, die mit dem Weitertreiben der Energiewende ihre Betriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze vernichten?

Die Daten der deutschen Wirtschaft sind deutlich genug. Die Wirtschaftsleistung hat im letzten Jahr abgenommen. Für das laufende Jahr soll es laut den "Wirtschaftsweisen" wieder leicht aufwärts gehen. Doch das dürfte ein frommer Wunsch sein. Die Daten sprechen dagegen. Der Energieverbrauch in allen Wirtschaftssparten hat abgenommen, das heißt, die Produktion wurde heruntergefahren. Nur der Energiebedarf der Immigranten ist gestiegen. Das sind kurzgefaßt die Daten von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, eines Vereins unter dem Schirm des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der sehr sorgfältig recherchiert.

### **Die Wirtschaft schrumpft**

Die Investitionsquote (Investitionen zu Abschreibungen) liegt weit unter 100 Prozent. Das heißt, viele alte Anlagen werden nicht mehr ersetzt. Die Wirtschaft schrumpft. Doch das stört den Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht. Er will den Bau von Fakepower-Erzeugern (Wind- und Solaranlagen) beschleunigen und die Energiewende mit vielen Milliarden Steuergeldern stützen, die die Strompreise in nicht mehr bezahlbare Höhen treibt.

"Grüner Wasserstoff (mit Fakepower elektrolytisch erzeugt) soll dazu ein Hauptpfeiler als Energieträger werden. Mit dem Wasserstoff soll in Gaskraftwerken Grundlaststrom zur Netzstabilität und Regelstrom zum Ergänzen der schwankenden Fakepower auf den Bedarf erzeugt werden. Darüber hinaus soll Wasserstoff die Kohle zur Stahlherstellung ersetzen. Auch zur Herstellung von Treibstoffen und Kunststoffen soll Wasserstoff statt Erdöl und Erdgas dienen. Im Labormaßstab ist dies alles möglich. Doch die Kosten und der Energieaufwand übersteigen die vorhandenen Möglichkeiten bei Weitem. Eine Überschlagsrechnung zeigt, die aus Wind und Sonne über Deutschland gewinnbare Energie reicht nicht für alle Prozesse.

### **Die Energiewende vernichtet viel Energie**

Bei genauerem Hinsehen führt der Wasserstoffplan auf dem Weg zum Verbraucher zu riesigen Energieverlusten. Mit der Elektrolyse geht bereits ein Drittel der eingesetzten Fakepower verloren. Wasserstoff hat einen Brennwert von 3,5 kWh/m<sup>3</sup>. Das ist ein Drittel der des Erdgases. Es müßte also das dreifache Volumen im Vergleich zum Erdgas transportiert und gelagert werden. Das bedeutet zusätzliche Gasleitungen und die dreifache Menge an Gaskavernen, die wahrscheinlich in Deutschland nicht realisiert werden können. Dazu kommen Wasserstoffverluste durch Diffusion, denn die sehr kleinen Wasserstoffatome dringen in alle Kristalle ein und durchdringen Metallwände.

Bei der Wiederverstromung des Wasserstoffs gehen 40 bis 70 Prozent der dann noch vorhandenen Energie verloren. Einfache Gasturbine mit Wasserstoff haben 70 Prozent Verlust. GuD-Kraftwerke (Gasturbine mit nachgeschalteter Dampfturbine) sind mit Verlusten von ca. 40 Prozent zwar günstiger, aber zum Regeln der schwankenden Fakepower wenig geeignet, weil Leistungsänderungen lange dauern. Von der eingesetzten Fakepower landen letztlich nur 10 Prozent beim Verbraucher. Zum Vergleich: Ein Kohlekraftwerk setzt über 40 Prozent des Brennwertes in Strom um.

### **Fakten der Energiewende**

Diese Fakten sind allen Managern zugänglich. Als Ingenieure sollten sie zu ihrem Grundwissen gehören. Wirtschaftler und Juristen haben genügend Ingenieure als Mitarbeiter, die ihnen die Fakten erläutern können. Die Erkenntnis kann nur lauten:

Die Fortsetzung der Energiewende führt zwangsläufig in den wirtschaftlichen Niedergang.

Jede weitere Fakepower-Anlage treibt die Stromkosten noch höher.

Sonne und Wind über Deutschland reichen nicht aus, um für die geplante Energiewende den deutschen Energiebedarf zu decken.

Wir müssen die fossilen Brennstoffe nutzen, wenn wir nicht auf das Niveau eines Entwicklungslandes absinken wollen.

Es ist schwer verständlich, warum Manager und Gewerkschaftsfunktionäre hinter der Energiewende stehen und nur in Einzelfällen von der Politik geringere Energiekosten für ihren Betrieb fordern. Was könnte die Motivation sein?

- Glauben die Manager, nur so das Weltklima retten zu können?
- Wollen die Manager ihre Vergütungen bis zum Ende der Vertragszeit retten?
- Oder gehört ihr Betrieb zu den Profiteuren der Energiewende?
- Glauben die Manager an die politische Prognose, mit dem Fortschreiten der Energiewende werde Energie günstiger?
- Stehen Manager und Gewerkschaftsfunktionäre hinter der These, die Energiewende trage zur Wertschöpfung bei und schaffe Arbeitsplätze?

- Oder schwimmen sie als Gutmenschen in der politisch proklamierten Welle der Weltklimaretter mit, ohne zu hinterfragen, ob der Mensch das Klima überhaupt retten kann?

Wir wissen es nicht.

### **Kritiker der Energiewende haben Nachteile**

Ein wesentlicher Grund, die Energiewende nicht zu kritisieren, ist der sonst drohende Verlust staatlicher Zuwendungen. Die werden nur vergeben an Betriebe und Hochschulen, die öffentlich hinter der Energiepolitik der Bundesregierung stehen. Daher sind die Kritiker der Energiewende fast ausnahmslos Rentner und Pensionäre. Aktive Ingenieure werden von den Betriebsleitungen und von den Präsidenten der Hochschulen ermahnt, mit Kritik an der Energiewende nicht an die Öffentlichkeit zu gehen, weil sonst keine öffentlichen Gelder mehr fließen würden. Wer sich an solche Ermahnungen nicht hält, muß um seinen Job bangen.

### **Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand**

Wir müssen wieder faktenbewußt handeln. Energie ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Wer Energie mutwillig verteuert und verknappert, zerstört unsere Wirtschaft und damit unseren Sozialstaat. Soziale Leistungen sind nur durch eine effiziente Industrie mit einem hohen Automatisierungsgrad möglich. Menschen werden durch Automaten ersetzt. Die Automaten arbeiten schneller und sind billiger als der Mensch, wenn die Antriebsenergie günstig ist. Dann fallen die Preise der Produkte und es steigen Gewinne, Steuern und Löhne. Diesen Zusammenhang hat die deutsche Regierung für eine unwirksame Weltklimaretter mit Hilfe der Energiewende aufgegeben.

Wenn Deutschland nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken soll, müssen die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB e.V. erfüllt werden:

1. EE-Strom (Solar-/Wind-/Biogas-) und EEG beenden.
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoff (H<sub>2</sub>).
3. Weiterhin Kohle-Strom, Kraftwerke reaktivieren, keine CO<sub>2</sub>-Langzeitspeicherung.
4. CO<sub>2</sub>-Steuer beenden, Klima-Schutzgesetz aussetzen, Klima- und Transformationsfonds auflösen.
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995.
6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 6. Februar 2024 (x1.361/...):

### **>>Zur Rettung der Energiewende versenkt Habeck weitere 20 Milliarden Euro**

Nach langen Verhandlungen hat sich die Ampel auf eine Strategie für die Errichtung von Gaskraftwerken festgelegt. Geschätzten Gesamtkosten: 20 Milliarden Euro. All das zur Rettung der Energiewende.

*Henry Albrecht*

Die Bundesregierung hat sich nach intensiven Verhandlungen auf eine Strategie für den Bau neuer Gaskraftwerke in Deutschland verständigt. In einer gemeinsamen Mitteilung vom Montag gaben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) bekannt, daß sie die grundlegenden Elemente einer Kraftwerksstrategie sowie konkrete Festlegungen zu weiteren Vorhaben erfolgreich ausgehandelt haben.

Die geschätzten Kosten für dieses Projekt belaufen sich nach Zahlen der Bundesregierung auf etwa 16 bis 20 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Kurzfristig ist geplant, neue Kraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt für Gaskraftwerke auszu-schreiben. Die Finanzierung dieser Vorhaben soll aus dem Klima- und Transformationsfonds erfolgen, dessen Finanzierung sorgte in den letzten Monaten bereits für Aufregung.

Daß es nun neue Gaskraftwerke braucht, verdeutlicht eins: Die hochgelobte Energiewende funktioniert nicht ohne eine Absicherung der Energieversorgung durch nicht erneuerbare

Energiequellen. Durch die neue Kraftwerkstrategie gesteht man in Berlin das Scheitern der Energiewende ein.

Die Energiewirtschaft äußert seit Monaten ihren Unmut über die langwierigen Verzögerungen im Zusammenhang mit dem Bau neuer Gaskraftwerke. Der gesamte Prozeß, von der Planung über die Genehmigung bis hin zum Bau, wird auf etwa sechs Jahre geschätzt. Vor rund einem Jahr hatte Wirtschaftsminister Habeck versichert, bereits im Herbst mit den Ausschreibungen zu beginnen.

Nun steht lediglich eine grobe Einigung der Regierungsspitze, und der gesamte Prozeß muß von vorne beginnen. Ein detaillierter Plan fehlt noch, der zur Beratung vorgelegt werden muß. Zudem ist die Genehmigung der EU-Kommission erforderlich. Anschließend folgen Entscheidungen des Kabinetts, die Gesetzgebung im Bundestag und Bundesrat, und letztendlich muß die Bundesnetzagentur die Ausschreibungen für die Anlagen durchführen.

Im Zuge des Klimagipfels in Dubai Ende des vergangenen Jahres setzte sich eine bedeutende Allianz von 22 Staaten, darunter China, Kanada, Frankreich und Großbritannien, für einen drastischen Ausbau der Kernenergie ein. Obwohl Deutschland nicht zu den Unterzeichnern gehörte, wird auch hierzulande der Ruf nach einer Wiederbelebung der Kernenergie lauter. Besonders Union und AfD stellen sich hinter eine Wiederaufnahme der Kernenergie.

Weltweit erlebt die Kernenergie einen regelrechten Boom. Die Internationale Energieagentur (IEA) mit Sitz in Paris prognostiziert, daß die Atomstromerzeugung bis 2025 einen historischen Höchststand erreichen wird. Dies ist von großer Bedeutung, betont IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol, da der Energiesektor derzeit mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursache, als jeder andere in der Weltwirtschaft. Daher sei es ermutigend, daß das rasche Wachstum der erneuerbaren Energien und der kontinuierliche Ausbau der Kernenergie gemeinsam dazu beitragen, den gesamten Anstieg der weltweiten Stromnachfrage in den nächsten drei Jahren zu decken. Doch für die Bundesregierung ist Kernenergie keine Option.

Die IEA geht davon aus, daß bis 2050 die installierte Leistung im Bereich der Kernenergie auf beeindruckende 916 Gigawatt (GW) mehr als verdoppelt werden wird. Die Allianz von Dubai geht mit einer Planung von über 1.100 GW sogar noch einen Schritt weiter, was auf eine entschlossene globale Initiative für den Einsatz von Atomenergie hinweist.

Auch die tschechische Regierung setzt weiterhin auf Atomstrom und hat nun die eigenen Vorhaben zur Erweiterung der Versorgung durch Nuklearenergie ausgebaut. In Prag plant man jetzt den Bau von bis zu vier neuen Atomreaktoren - ursprünglich war nur einer geplant. Dem Land stehen aktuell zwei Atomkraftwerke mit insgesamt sechs Reaktorblöcken zur Verfügung - vier davon im südmährischen Kraftwerk Dukovany, die anderen zwei im südböhmischen Kraftwerk Temelin.

Knapp 40 Prozent des tschechischen Stroms wird hier produziert. Apollo News fragte den renommierten Energie-Ökonomen Dr. Björn Peters. Der erklärt: "Tschechien interessiert sich für vier Kernkraftwerke, wo zwei ausreichen würden, um die heimische Braunkohle zu ersetzen. Die anderen zwei Kraftwerke werden nach Deutschland und Österreich liefern." <<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 7. Februar 2024 (x1.365/...): >>**Zu viel Wind, zu wenig Sonne ... Alle 23 Minuten müssen die Netzbetreiber den FLATTER-STROM ausgleichen**

Die Erneuerbaren Energien machen jedes Jahr Tausende Eingriffe in die Stromproduktion notwendig, die Milliarden Euro kosten.

*Julius Böhm*

Alle 23 Minuten müssen die Übertragungsnetzbetreiber in die Stromproduktion eingreifen, damit uns das Stromnetz nicht um die Ohren fliegt ...

Weil Deutschland mehr und mehr auf Flatter-Strom aus Wind und Sonne zur Stromgewinnung setzt, müssen die Übertragungsnetzbetreiber immer häufiger und mit immer mehr

Kostenaufwand in die Stromproduktion eingreifen. Also Windmühlen abstellen und andernorts (meist) Kohlekraftwerke hochfahren - damit das Stromnetz nicht Gefahr läuft, zu überlasten.

Redispatch-Maßnahmen sollen eine regionale Überlastung des Stromnetzes verhindern.

1934 solcher "Redispatch-Eingriffe" waren allein im Januar dieses Jahres nötig, wie eine NI-US-Auswertung der Daten der Übertragungsnetzbetreiber zeigt. 1934 Mal mußten entweder Kraftwerke abgeschaltet oder in einer anderen Region hochgefahren werden, damit das Netz stabil bleibt. Und wenn Kraftwerke kurzfristig hochgefahren werden müssen, kostet das natürlich Geld: Allein im Januar waren das knapp 200 Millionen Euro.

Der Grund: Die Stromproduktion von Wind und Sonne - besonders die von Wind - sind zufällig, vom Wetter abhängig und daher nicht planbar. Nicht umsonst haben die Erneuerbaren Spitznamen wie Zappel-Strom oder Zitterenergie. An manchen Tagen, etwa an windigen Sommertagen, steht viel mehr Strom zur Verfügung, als je gebraucht würde - in manchen Winterwochen ("Dunkelflaute") können Wind und Sonne über Tage nicht einmal fünf Prozent des Strombedarfs decken.

Die produzierte Strommenge muß aber zu jedem Zeitpunkt der Stromnachfrage entsprechen. All diese riesigen Schwankungen (im Januar von bis zu 52 Gigawatt) müssen ausgeglichen, dem Stromverbrauch angepaßt und den regionalen Netz-Kapazitäten angepaßt werden.

Die Grafik zeigt die Stromproduktion von Wind (grün) und Sonne (gelb) im Januar 2024. Die schwarze Linie ist der Stromverbrauch. Die Stromerzeugung von Wind und Sonne schwankt zwischen 3 GW und 55 GW - also um den Faktor 18. All diese Schwankungen müssen mit anderen Kraftwerken und zum Teil Redispatch-Maßnahmen ausgeglichen werden. (Quelle: EnergyCharts)

Im Januar konnten insgesamt 1,7 Milliarden Kilowattstunden Strom wegen Netzüberlastung nicht eingespeist werden, insgesamt 1,9 Milliarden Kilowattstunden Strom mußten zum Ausgleich zugeschaltet werden. Das entspricht einer durchschnittlichen Leistung von 2,3 Gigawatt.

Zum Vergleich: Das entspricht der Leistung von 1,5 Atomkraftwerken, die in einem komplexen System aus Großkraftwerken und inzwischen Millionen Windpark und Kleinstkraftwerken auf Hausdächern ständig abgeregelt oder zugeschaltet werden muß.

Eingriffe werden immer mehr, Kosten immer höher

Mehr Eingriffe, Ab- und Zuschaltungen bedeuten freilich auch höhere Kosten: Lagen die Kosten für Netzanpassungsmaßnahmen vor zehn Jahren noch bei 210 Millionen Euro im Jahr, waren es 2022 4,2 Milliarden Euro - also mehr als 19 Mal so viel. Die Kosten finden sich später freilich auf der Stromrechnung wieder.

Eine Studie des Forums "Ökologisch Soziale Marktwirtschaft" hat gar gezeigt, daß die Redispatch-Maßnahmen, wegen des notwendigen Zuschaltens von schmutzigen Kohle- und Gaskraftwerken, mehr als 1 Million Tonnen an zusätzlichem CO<sub>2</sub> verursachen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 8. Februar 2024 (x1.361/...):  
>>**Nach Maßnahmen der Bundesregierung: Strompreise von Millionen Haushalten steigen wieder stark**

106 Stromanbieter haben angekündigt, die Preise für Verbraucher wieder stark ansteigen zu lassen. Weil die Strompreisbremse im Dezember auslief und die CO<sub>2</sub>-Steuer erhöht wird, müssen Haushalte mit dreistelligen Mehrausgaben pro Jahr rechnen.

Von *Redaktion*

Nachdem die Strompreisbremse im Dezember abgelaufen ist, müssen Kunden jetzt tiefer in die Tasche greifen. Ab März droht den Verbrauchern wieder ein Anstieg der zuletzt gesunkenen Strompreise. Bundesweit wollen ganze 106 Energieanbieter die Stromkosten um mehr als zehn Prozent erhöhen.

So kündigte beispielsweise der Energiekonzern EnBW an, die Preise für Strom in der Grund- und Ersatzversorgung um fast 16 Prozent anzuheben. Betroffen davon sind rund 5,5 Millionen Deutsche. Für einen dreiköpfigen Haushalt mit einem Verbrauch von 2.900 kWh könnte das einen monatlichen Aufpreis von 16 Euro bedeuten, also fast 200 Euro im Jahr, berichtet die Tagesschau.

Die Stromanbieter begründen die Erhöhung mit den gestiegenen Netzentgelten, die jetzt an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Strompreisbremse hatte außerdem einen maximalen Preis von 40 Cent pro Kilowattstunde für die Verbraucher festgelegt, lief dann aber am 31. Dezember 2023 aus. Somit wurden auch die staatlichen Zuschüsse für die Netzentgelte in Höhe von 5,5 Milliarden Euro von der Bundesregierung aufgekündigt. Seitdem müssen die Anbieter wieder die vollen Beträge für das Nutzen der Leitungen bezahlen.

Auch die neuen CO2-Steuern haben zur Erhöhung beigetragen: Weil die Energiekonzerne ursprünglich mit einem Preis von 40 Euro pro Tonne rechneten, führte die jetzt festgelegte Bepreisung von 45 Euro zu neuerlichen Preisanpassungen der Anbieter. Obwohl die Erhöhung des Gewerbestrompreises um fünf bis zehn Prozent antizipiert worden war, sind die neuerlichen Steigerungen für Millionen Privathaushalte eine Hiobsbotschaft.

Das führte bei einigen Netzanbietern zur Verdoppelung des Kilowatt-Preises: Laut Tagesschau erhöhten die vier großen Fernleitungsbetreiber in Deutschland - Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW - die Netzentgelte von 3,12 auf 6,34 Cent je Kilowattstunde.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 8. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Ampel treibt unsere Industrie aus dem Land: Nur die AfD stoppt den Ausverkauf!**

Der Letzte macht das Licht aus: Auch im Dezember - dem bislang letzten statistisch erfaßten Monat - haben deutsche Großunternehmen ihre Produktion deutlich gedrosselt. Die Chemiebranche meldet einen Rückgang um fast acht Prozent gegenüber dem Vormonat - die Produktion unserer chemischen Industrie ist damit auf den niedrigsten Wert seit 1995 gesunken. Aber auch bei Maschinenbauern und den Herstellern elektrischer Ausrüstungen sowie unzähligen weiteren Branchen wird immer weniger produziert. Die jüngste Hiobsbotschaft: Der Geräte-Hersteller Miele will am Standort Gütersloh 700 Stellen streichen, weil die dortige Produktion von Waschmaschinen wohl fast vollständig nach Polen verlagert wird.

Verwunderlich ist diese Entwicklung selbstverständlich nicht. Wir haben eine Bundesregierung, die die Energiepreise mit Kernkraft-Ausstieg und Nord-Stream-Reparaturverweigerung systematisch erhöht hat. Wenn man dann auch noch die Unternehmen mit einer unendlichen Steuern- und Abgaben-Flut drangsaliert, dann weiß man genau, was man tut und was das für Folgen hat. Die Ampel hat alles getan, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit nach Strich und Faden zu ruinieren. Die FDP, die sich einst als vermeintliche Wirtschaftspartei darstellte, hat die planwirtschaftliche Habeck-Politik im Bundestag durchgewunken und sich den Totengräbern des deutschen Wohlstands angeschlossen.

Mit kosmetischen Detailkorrekturen ist es nicht getan, wenn der endgültige wirtschaftliche Ruin unseres Landes noch aufgehalten werden soll. Nur die AfD stellt die Wirtschaftspolitik vom Kopf auf die Füße: Wir wollen mit dem Wiedereinstieg in die Kernkraft und der Reparatur der Nord-Stream-Leitungen die Energiepreise wieder senken. Wir wollen sinnlose Abgaben wie die CO2-Bepreisung streichen, überflüssige bürokratische Vorgaben abschaffen und mit einer ideologiefreien Bildungspolitik dafür sorgen, daß Deutschland genügend eigene Fachkräfte ausbildet. Die beste Wirtschaftsförderung wäre ein sofortiger Rücktritt der Ampel-Regierung und die Bildung einer AfD-Regierung - denn bei uns sind Fachleute und nicht Kinderbuch-Autoren oder Studienabbrecher für die Wirtschaftspolitik zuständig!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/24" berichtete am 9. Februar 2024 (x1.387/...): >>**Für Frieden und Wohlstand**

Wilfried Hahns Buch "Kernenergie jetzt?!" zeigt eine rationale Perspektive der Energieversorgung

*Marc Schmidt*

Als die deutsche Politik vor fünf Jahren entschied, nach dem Atomausstieg auch der Kohle ade zu sagen, betitelte das Wall Street Journal (WSJ) am 29. Januar seinen Leitartikel wenig schmeichelhaft: "World's Dumbest Energy Policy".

Von der "dümmsten Energiepolitik der Welt" durfte Fatih Birol als Direktor der Internationalen Energieagentur (IEA) natürlich nicht sprechen, doch inhaltlich drücken seine Worte das gleiche aus: "Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein historischer Fehler. Ich respektiere die Entscheidung, aber sie hat negative Auswirkungen auf das Stromangebot und die Möglichkeiten, die Emissionen zu verringern", erklärte der türkische Kraftwerksingenieur nun im Handelsblatt.

"Deutschland hätte wenigstens die noch verbliebenen AKW am Netz lassen können", so der 65jährige IAE-Chef. "Fakt ist: Wir erleben auf der ganzen Welt ein Comeback der Kernkraft." Doch von den Bundestagsparteien fordert das bislang ernsthaft nur die AfD. Im Entwurf zum neuen CDU-Grundsatzprogramm ist auf den Seiten 58/59 lediglich von der "Option" und nebulös von "Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation sowie Fusionskraftwerken" die Rede. Der Schwarzwälder Werkzeugfabrikant Wilfried Hahn ist hingegen wie das WSJ und die AfD für Klartext: "Kernenergie jetzt?!" betitelte er sein Sachbuch.

### **AKW verhindern den Kampf um die knappen Energieressourcen**

Und auf dessen 168 Seiten gelingt dem Wirtschaftsingenieur ein eindrucksvolles Plädoyer für eine wirtschaftliche, sichere und friedliche Nutzung der Atomenergie. Dies liegt vor allem daran, daß Hahn nicht nur technische und wirtschaftliche Aspekte aneinanderreicht, sondern diese sinnvoll in einen ganzheitlichen Ansatz einbindet.

Als Autor aus dem grün-schwarz regierten "Ländle" geht er gezielt auf die Motive und vorgebrachten Gründe zum Atomausstieg ein: das Risiko von Unfällen und das Endlagerproblem von radioaktivem Müll. Er spricht sogar von Klimakrise, Treibhausgasen und Erderwärmung - und spricht damit eben nicht nur die überzeugten Gegner der deutschen Energiewende an.

As vierfacher Großvater sorgt er sich um die Zukunft seiner Enkel - und er will ihnen keine mit Windrädern übersäten Landschaften hinterlassen. Hahn ist der Überzeugung, daß mittels AKW der IV. Generation Umweltschutz, Energiesicherheit, Preisstabilität, Biodiversität, Wohlstand und auch Frieden erreicht werden können - denn bei knapper werdenden fossilen Ressourcen drohe ein Kampf um die Energiequellen und damit Krieg. Das könne nur mit Kernenergie vermieden werden.

Seine Erkenntnis leitet er aus einer großen Bandbreite an Publikationen und aus den analytischen Fähigkeiten eines weltweit erfolgreichen Unternehmers ab. Seine Firma Wiha produziert und vertreibt ihre Werkzeuge in Europa, Asien und den USA. Und auch bei der energetischen Zukunft blickt er - obwohl traditionellen Familienwerten verpflichtet - über Deutschland hinaus und weit in die Zukunft.

Frankreich setzt derzeit auf große Druckwasserreaktoren der verbesserten dritten Generation (III+/EPR), die 2018 und 2019 in China (Taishan 1+2) und 2023 in Finnland (AKW Olkiluoto 3/Nettoleistung: 1.600 Megawatt/MW) erstmals ans Netz gingen.

Hahn setzt hingegen voller Optimismus auf die Potentiale der neuen Reaktortypen (Dual Fluid, Terra Power) sowie auch auf die Uran-Alternative Thorium (Th). Er präferiert den amerikanischen Ansatz der dezentralen, kleineren und modularen Kraftwerksstrukturen (SMR) gegenüber dem nicht berücksichtigten Ansatz der technisch analogen chinesischen Prototypen für Großanlagen. Hahn führt den Leser mittels umfangreichen Detailwissens zum Nachweis, daß diese Art der Energieversorgung ökologischer, nachhaltiger und kostengünstiger ist als alternative Energiequellen wie Windräder, die einen enormen Flächen- und Landschaftsver-

brauch haben.

Sein Detailwissen bezieht Hahn auch aus seinem Engagement in dem vor zehn Jahren gegründeten dänischen Unternehmen Copenhagen Atomics, das SMR-Thorium-Flüssigsalzreaktoren mit einer elektrischen Leistung von 40 MW entwickelt hat. Der Kleinreaktor der IV. Generation soll mit der Grundfläche eines 40-Fuß-Schiffscontainers auskommen, 100 MW thermische Leistung liefern und in einem Massenproduktionsszenario einen Strompreis von 20 Dollar pro MWh (entspricht 2 Cent pro Kilowattstunde/kWh) ermöglichen.

Objektiv betrachtet ist der Schwabe Hahn ein Unternehmer-Prototyp, wie man ihn sich wünscht - mit Visionen für die Zukunft, die er wirtschaftlich stützt. Seine fundierte Analyse zeigt auf, warum der SMR-Ansatz nicht nur technisch sicher, sondern auch kosteneffizienter in Produktion und Betrieb sein könnte.

Seine Vision von der Energieversorgung der Zukunft unterlegt Hahn auch mit einer umfangreichen Darstellung der Geschichte der Kernenergie - inklusive der Fehlschläge der Vergangenheit. Entsprechend fordert er weniger die Modernisierung des AKW-Parks der Reaktorgeneration II (wie die abgeschalteten deutschen AKW), sondern will die Investitionen in den Energiesektor natur- und wohlstandsschonend lenken: weg von einem Überangebot an Windkraft und hin zu Reaktoren der IV. Generation auf Flüssigsalzbasis.

### **Bezahlbare und saubere Energie ist ein großes UN-Nachhaltigkeitsziel**

Die Sinnhaftigkeit seines Ansatzes dokumentiert der Autor umfangreich mit Statistiken zu den Ressourcenpotentialen, Energiegewinnungsfaktoren, zum Flächenverbrauch, zur Skalierbarkeit und der Verfügbarkeit der Kerntechnik in Relation zu anderen Produktionsformen, insbesondere der Ökoenergie. Für die bemerkenswerte Technologieoffenheit seines Ansatzes spricht dabei, daß Hahn insbesondere der Wind- und Solarenergie keineswegs die Existenzberechtigung in einem vernünftigen Energiemix der Zukunft abspricht. So gelingt es ihm, auch Atomkritiker zum Nachdenken zu bewegen.

Technologieoffenheit und Nachhaltigkeit sind für Hahn keine Gegensätze. Und er sieht auch die anderen Herausforderungen der Menschheit. Bei den 17 UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung kommt der Klimaschutz erst an 13. Stelle - nach der Bekämpfung von Armut und Hunger oder der Förderung von Gesundheit und Bildung. "Bezahlbare und saubere Energie ist UN-Ziel 7 - und dafür liefert "Kernenergie jetzt?!" eine überzeugende und gut recherchierte Argumentation. Das Buch hat das Potential, mehr zu sein als ein weiterer Beitrag zu einer ideologisch festgefahrenen Energiewende-Debatte in einem Deutschland, das ohne verlässliche Energie verarmen wird. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 12. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Weitere 16 Milliarden Euro für Gaskraftwerke: Ampel führt uns in die Energie-Notlage!**

Sie nennen ihr Zerstörungswerk "Strategie". Mit einer sogenannten "Kraftwerks-Strategie", auf die sich die Ampel-Regierung kürzlich einigte, sollen Gaskraftwerke mit einem Leistungsvolumen von bis zu zehn Gigawatt auf Wasserstoff-Kraftwerke umgestellt werden. Schon allein diese teure und hochriskante Säule der "Energiewende" soll in den nächsten zwei Jahrzehnten rund 16 Milliarden Euro kosten. Und das alles nur, weil die sogenannten "Erneuerbaren" einfach nicht grundlastfähig sind, so daß die Chaos-Ampel das selbst verursachte Versorgungsloch notdürftig mit Gaskraftwerken zu stopfen versucht.

Sogar Energiewende-Unterstützer sind alarmiert. "Es scheint problematisch, daß ein Industrieland wie Deutschland auf eine wenig getestete Technologie setzt und damit Unsicherheit für Investoren schafft, ob die künftige Stromversorgung reibungslos gewährleistet werden kann und vor allem zu welchem Preis", sagt Finanzinvestor Sebastian Hell. Die mit dem Harakiri-Kurs der Ampel-Regierung verbundenen Abhängigkeiten vom Ausland, vor denen Hell warnt, sind längst da. Mit dem Wirtschaftskrieg gegenüber Rußland und der Nicht-Reparatur der

Nord-Stream-Leitung wurde Rußland als Energiepartner ausgeschaltet, während uns der Ausstieg aus der Kernkraft von amerikanischen LNG-Lieferungen abhängig macht. Konsequenter und knallharder als die Ampel-Regierung kann man sein eigenes Land wahrlich nicht verscherbeln und fremden Mächten ausliefern.

Die Irrationalität des Kernkraft-Ausstiegs zeigt sich dabei schon in der Tatsache, daß sich derzeit rund 100 neue Kernkraftwerke im Bau befinden - auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft setzen Polen, Tschechien und Frankreich weiter auf Kernkraft. Für die AfD gibt es deshalb keinen Grund zum Warten: Wir wollen die energiepolitische Geisterfahrt unseres Landes beenden, zur Kernenergie zurückkehren, die Nord-Stream-Leitungen reparieren und endlich einen soliden Energie-Mix ohne ideologisch motivierte Planwirtschaft auf den Weg bringen!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 15. Februar 2024 (x1.365/...):  
>>**Habecks brisantes Atom-Aus-Geständnis: "Erst, wenn neue Kraftwerke ausgebaut sind, kann man Atomkraftwerke abschalten"**

Robert Habeck hat plötzlich eine Einsicht zum AKW-Aus.

*Redaktion*

Würde Robert Habeck auf Robert Habeck hören, würden in Deutschland noch Atomkraftwerke sauberen Strom liefern ...

Es ist ein brisantes Eingeständnis verfehlter Energie-Politik: Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck gibt öffentlich zu, daß es keine gute Idee ist, Kernkraftwerke abzuschalten, bevor man eine neue, verlässliche Energiequelle hat - und dennoch hat Habeck das Atom-Aus im April 2023 nach einer dreimonatigen Verlängerung nicht verhindert.

"Richtig ist, daß eine Veränderung eines Systems - die Dekarbonisierung - bedeutet, man muß was Neues aufbauen", so Habeck im Gespräch mit dem RND. Er habe von der Vorgängerregierung nur Ausstiegsdaten aus Atom- und Kohle-Energie hinterlassen bekommen, jedoch nicht den nötigen Ersatz, schimpfte der Minister. Und weiter: "Garantien fallen nicht vom Himmel, sondern das Gelingen liegt darin begründet, daß Dinge auch gemacht werden: heißt also Netzausbau, Ausbau von erneuerbaren Energien, Ausbau einer neuen Generation von Kraftwerken. Das schieben wir alles an."

Dann der Hammer-Satz: "Erst, wenn es getan wird, kann man dann andere Geräte abschalten, also Atomkraftwerke oder dann Kohlekraftwerke."

Heißt: Habeck erkennt öffentlich an, daß grundlastfähige Kraftwerke - wie Atomkraft oder Kohle - erst dann abgeschaltet werden können, wenn man einen gleichwertigen, verlässlichen Ersatz dafür hat.

Und den hat Deutschland längst nicht: Auch nach 20 Jahren "Energiewende" haben Wind, Solar & Co. erst im vergangenen Jahr erstmals die Hälfte des Stroms geliefert. Wie wochenlange windstille Phasen ("Dunkelflauten"), in denen Wind und Sonne völlig ausfallen, kompensiert werden sollen, steht noch in den Sternen. Die benötigten Energiespeicher und Backup-Kraftwerke jenseits von Kohlekraft existieren nur in grünen Träumen. Wohl deshalb wird der von der Ampel-Regierung für 2030 angestrebte Ausstieg aus der Kohle längst in Frage gestellt.

Besonders brisant ist Habecks Erkenntnis, weil sein Ministerium in dieser Woche ein Gerichtsverfahren gegen das Medium Cicero verloren hat. Das Magazin hatte um Herausgabe aller internen Informationen rund um den Atom-Ausstieg gebeten, was das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium mit einer Reihe an Ausreden verhindern wollte. Das Gericht verpflichtet Habecks Ministerium nun zur Herausgabe. Darin werden sachliche Gründe der Fachleute im Ministerium vermutet, die Kernkraftwerke aus Strompreis- und Energiesicherheitsgründen weiterlaufen zu lassen. Der Minister hatte sich bekanntlich dafür entschieden, das Atom-Aus durchzuziehen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 19. Februar 2024 (x1.361/...):

>>**Energiewende scheitert: Geplante Batteriefabriken stehen vor dem Ende**

Teslas Gigafactory katapultierte Brandenburgs Wirtschaftswachstum an die Spitze aller 16 Bundesländer, weitere Unternehmen sollten nachziehen. Doch viele Batteriefabriken für E-Autos stehen jetzt vor dem Scheitern, weil die staatliche Unterstützung fehlt oder die Ressourcen zu teuer sind.

*Wim Lukowsky*

Hunderte Millionen Euro versprach der Bund dem Land Brandenburg für den Bau von Batteriefabriken, um die Energiewende voranzubringen. Doch bislang ist von den Projekten an drei Standorten wenig bis gar nichts zu sehen - und das, obwohl die Errichtung der Fabriken schon vor Monaten starten sollte. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) wandte sich deshalb in einem Brief bei Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck - bislang erfolglos, wie die BZ berichtet.

Im September 2022 begrüßte Woidke die Pläne des chinesischen Batterie Konzerns SVOLT, der das Werk des Windanlagenherstellers Vestas übernehmen und somit bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze in Lauchhammer schaffen möchte. Brandenburg erhoffte sich dadurch eine weitere Stärkung der lokalen Wirtschaft, nachdem bereits Teslas Gigafactory 12.400 neue Arbeitsplätze ermöglicht hatte und Brandenburgs mitunter das stärkste Wirtschaftswachstum aller 16 Bundesländer verholpen hatte. Doch bislang ist auf dem Gelände in Lauchhammer nichts passiert - laut SVOLT soll aber bereits 2025 eine "Mustervalidierung" stattfinden, aktuell werde ein "Masterplan" entwickelt.

**Keine Subventionen für neue Fabriken**

Auch in Guben verzögert sich der Bau einer Vorzeige-Fabrik: An der Grenze zu Polen möchte der deutsch-kanadische Konzern Rock Tech eine Lithiumfabrik errichten, in der Batterien für elektronisch angetriebene Automobile hergestellt werden sollen. Doch die Fläche liegt brach - es mangelt an Ressourcen und vor allem Fördergeld. Ursprünglich war eine Subventionierung von 235 Millionen Euro durch den Bund vorgesehen. Das Haushaltschaos der Ampel verhinderte diese Pläne.

Ministerpräsident Woidke bat Habeck deshalb im November 2023, die Fördergelder "bei den weiteren Entscheidungen" des Haushalts zu beachten, doch der Wirtschaftsminister antwortete bislang nicht. Die Lithiumfabrik gilt als Hoffnungsträger für Brandenburgs Wirtschaft und die E-Mobilität in Deutschland. Ehemalige Mitarbeiter von Rock Tech stehen dem Projekt mittlerweile aber kritische gegenüber: Ursprünglich wollte das Unternehmen 800 Millionen Euro investieren - wo das Geld herkommen soll, weiß bislang aber niemand, berichtet die Welt.

**Das Ausland ruft: Unternehmen bauen in Amerika oder Asien**

Außerdem fehlen Rock Tech die Ressourcen: Eigentlich sollte Lithium aus Minen in Kanada importiert werden. Weil dieser Plan in der Umsetzung aber Jahre dauern könnte, schloß Rock Tech eine Partnerschaft mit dem Schweizer Unternehmen Arcore ab, um eine Versorgung mit dem benötigten Leichtmetall zu "prüfen" - konkretere Vereinbarungen wurden bislang nicht getroffen, so die Welt. Deshalb könnte das Projekt bei fehlenden Subventionen nach Japan oder in die USA auswandern.

Bereits ins Ausland verlegt wurde ein Batteriewerk der Porsche-Tochter Cellforce. Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung plante das Unternehmen eine riesige Fabrik in Baden-Württemberg zu errichten - nachdem man die Subventionsgelder in Deutschland mit den Möglichkeiten in den USA verglichen hatte, entschied Cellforce sich 2024 dann für einen amerikanischen Standort.

In den Staaten erwartet man die doppelte bis dreifache Subventionssumme. Deutschland geht damit eine Fabrik verloren, die Batterieeinheiten für 150.000 bis 200.000 Fahrzeuge im Jahr herstellen soll. Die für die Energiewende benötigten Batterien und Speichersysteme werden

vermehrt im Ausland hergestellt. Dadurch wird Deutschland nicht nur abhängig, sondern verliert auch seine wirtschaftliche Attraktivität und Stellung in Europa.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 28. Februar 2024 (x1.365/...):

### >>**Studie prophezeit Deutschland Explosion der Insolvenzen noch in diesem Jahr**

Die Prognosen für Deutschland sind düster: Mehr als 20.000 Firmen werden Pleite gehen.

*Redaktion*

Auf die Unternehmen kommt 2024 nach Einschätzung des Kreditversicherers Allianz Trade weltweit im dritten Jahr in Folge ein massiver Anstieg der Insolvenzen zu. Auch in Deutschland sieht es für Zehntausende Firmen düster aus.

"Dieser Trend gilt - wenn auch verzögert im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern - auch für Deutschland", prognostizieren die Volkswirte der in Hamburg ansässigen Allianz-Tochter. "So werden im Jahr 2024 laut Allianz Trade Insolvenzstudie die anhaltende Wirtschaftsschwäche, strukturelle Herausforderungen und engere Finanzierungsbedingungen voraussichtlich noch mehr deutsche Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten bringen."

### **Mehr als 20.000 Firmen pleite**

Die Anzahl von Insolvenzen bei deutschen Unternehmen dürften demnach 2024 um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. "Dieser Anstieg hat bereits insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2023 begonnen", sagte der Allianz-Trade-Chef für den deutschsprachigen Raum, Milo Bogaerts. Hier habe sich die Zahl der Insolvenzen mit einem 25-prozentigen Plus im Vergleich zur zweiten Hälfte des Vorjahres sichtbar beschleunigt, "wobei das Gastgewerbe, der Handel, die Baubranche und B2B-Dienstleistungen wesentlich dazu beitrugen". B2B (business to business) bezeichnet Geschäfte von Firmen untereinander, nicht mit Verbrauchern.

In einer genauen Analyse der Situation in Deutschland, nannte die Allianz-Studie die Politik der Bundesregierung als Hauptfaktor für den wirtschaftlichen Absturz.

In einer genauen Analyse der Situation in Deutschland, nannte die Allianz-Studie die Politik der Bundesregierung als Hauptfaktor für den wirtschaftlichen Absturz.

Entsprechend dieser Entwicklung erwarten die Analysten von Allianz Trade, daß die Zahl der Firmenpleiten hierzulande 2024 etwa auf 20.260 Fälle steigt. Erst 2025 dürfte sie sich auf einem etwas stabileren Niveau knapp unter 20.000 einpendeln. ...

### **"Dritte Eskalation in Folge"**

Weltweit rechnen die Allianz-Trade-Volkswirte mit einem Plus von 9 Prozent bei den Fallzahlen "in diesem Jahr die dritte Eskalation in Folge" im Insolvenzgeschehen. Als entscheidende Faktoren dafür nennen sie geringeres Wachstum, Handelsunterbrechungen und geopolitische Unsicherheiten. Die größten Steigerungen werden in den USA (plus 28 Prozent), Spanien (plus 28 Prozent) und den Niederlanden (plus 31 Prozent) erwartet. "Dieser breit angelegte Anstieg würde dazu führen, daß die Zahl der Insolvenzen im Jahr 2024 in zwei von drei Ländern die Zahl vor der Pandemie übersteigt. Im Jahr 2023 war das noch bei der Hälfte der Länder der Fall", sagt die Chefin der Allianz-Trade-Gruppe, Aylin Somersan Coqui.

Immerhin: Allianz Trade rechnet "nicht mit einem Tsunami von Unternehmensinsolvenzen, wie er nach der großen Finanzkrise zu verzeichnen war, als die weltweiten Insolvenzen 2008 und 2009 um 17 Prozent beziehungsweise 19 Prozent in die Höhe schnellten".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 28. Februar 2024 (x1.360/...): >>**Mehr als 20.000 Insolvenzen drohen 2024:**

### **Die Ampel ruiniert unser Land!**

Nach zwei Jahren Ampel-Regierung befindet sich unser Land auf einem steil absteigenden Ast - in jeder Hinsicht. Die Berechnungen eines Kreditversicherers zeigen nun, was für eine wirtschaftliche Katastrophe sich gerade abspielt: Die Zahl der Insolvenzen stieg im zweiten Halbjahr des Jahres 2023 um 25 Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 2022. Für das Jahr

2024 rechnen die Experten mit mehr als 20.000 Firmenpleiten!

Bekanntlich hat Wirtschaftsminister Habeck ganz eigene, seltsame Vorstellungen über das Thema Insolvenz. Viele Unternehmen würden nicht insolvent werden, sondern "einfach erstmal aufhören zu produzieren", so Habeck. Es wäre zum Lachen - wenn es nicht so traurig wäre für die Menschen, die in diesem Jahr ihre berufliche Existenz verlieren werden und dann auch noch die höhnischen Bemerkungen von Robert Habeck ertragen müssen.

Doch die Schuld trägt nicht allein die Person Habeck! Alle Ampel-Parteien - auch die angeblich marktwirtschaftliche FDP - haben die grüne Energie-Planwirtschaft unterstützt. Sie haben mit dem Atomausstieg die Energiepreise in die Höhe getrieben, sie haben unsere Auto-Industrie ruiniert und mit Lauterbachs Panik-Politik den Mittelstand drangsaliert. Sie haben keine Gelegenheit ausgelassen, um unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen zu schaden. Es ist höchste Zeit für die Notbremse: Die AfD wird die ideologisierte Wirtschaftspolitik der Ampel rückabwickeln und unseren Unternehmen mit Steuersenkungen und Bürokratie-Abbau wieder Luft zum Atmen geben!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. Februar 2024 (x1.361/...):  
>>**Mehr als 1.000 Jobs in Gefahr - Auto-Innenausstatter Eissmann insolvent**

Am Mittwoch reichten die Eissmann Automotive Deutschland GmbH und ihre deutschen Tochtergesellschaften einen Insolvenzantrag ein. Mehr als 1.000 Jobs stehen jetzt in deutschen Standorten auf dem Spiel.

*Henry Albrecht*

Am Mittwoch haben die Eissmann Automotive Deutschland GmbH und ihre deutschen Tochtergesellschaften einen Insolvenzantrag beim Amtsgericht Tübingen eingereicht. Das Unternehmen beschäftigt weltweit rund 5.000 Mitarbeiter an 17 Standorten, wovon etwa 1.000 in Deutschland tätig sind. Der Hauptgrund hierfür liegt vor allem in der Umstellung der Automobilproduktion auf Elektromobilität. Dieser Wandel erfordert weniger Arbeitskräfte, da Elektroautos aus weniger Bauteilen bestehen als die traditionellen Verbrennungsmotoren. Nebenbei schwingen noch andere Faktoren mit. Das Unternehmen gibt an, daß trotz durchgeführter Sanierungsmaßnahmen in den letzten Monaten die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession nicht ausreichend kompensiert werden konnten. Dazu kommen steigende Energie- und Materialkosten.

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Eissmann Group Automotive einen Umsatz von rund 367 Millionen Euro. Die Finanzierung basierte unter anderem auf einem im Juli 2020 unterzeichneten Konsortialkredit über ursprünglich 120 Millionen Euro.

Große Hersteller geben ihre Sparvorgaben oft an Zulieferer weiter, was zu einem verstärkten Druck für die Unternehmen führt. Eissmann befand sich bereits vor der Insolvenzanmeldung in einer wirtschaftlichen Krise. Die Sanierungsmaßnahmen der letzten Monate konnten die Rezessionseffekte und steigende Kosten nicht ausreichend kompensieren. Zudem erschwerten Probleme in ausländischen Werken die Geschäftslage zusätzlich.

Die 1964 gegründete Firma ist bekannt für ihre Produkte, die in den Innenräumen zahlreicher Automodelle zu finden sind. Hierzu zählen Verkleidungskomponenten wie Mittelkonsolen, Instrumententafeln, Armauflagen, Türverkleidungen, Sitzrückenschalen, Driver Airbags, Schaltgriffe und Wählhebel sowie komplette Verkleidungssysteme. Die Eissmann Group Automotive gilt als ein Schwergewicht im Innenausstattungssegment und arbeitet mit nahezu allen namhaften Automobilherstellern und -zulieferern zusammen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 29. Februar 2024 (x1.365/...):  
>>**Lamy von Asiaten übernommen: Füller-Hersteller wird japanisch**

*Redaktion*

Die Mitsubishi Pencil Company aus Japan übernimmt den Heidelberger Schreibgerätehersteller Lamy.

In einem aufwendigen Prozeß habe die Eigentümerfamilie nach einem Käufer gesucht, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Der Prozeß werde nun mit dem Verkauf aller Anteile am Unternehmen erfolgreich beendet. Zum Verkaufspreis machte eine Lamy-Sprecherin auf Anfrage keine Angaben.

### **Fast jeder Deutsche kennt die Füller von Lamy**

Lamy habe nach einem starken Partner für die Weiterentwicklung des Wachstumsfeldes im digitalen Schreiben und den Ausbau des internationalen Vertriebs gesucht, hieß es weiter.

Das im Jahr 1930 gegründete Familienunternehmen gehört zu den führenden Designmarken im Schreibgerätebereich. Es beschäftigt nach eigenen Angaben mehr als 340 Menschen und ist in über 80 Ländern mit Verkaufsstellen vertreten. Lamy wurde zuletzt in dritter Generation geführt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 7. März 2024 (x1.362/...):

### **>>Auftragseingang der Industrie kollabiert**

Der reale Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland im Januar 2024 gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt um 11,3 Prozent gefallen. Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Angaben am Donnerstag mit.

Diesem starken Rückgang war demnach im Dezember 2023 nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein durch Großaufträge bedingter Zuwachs gegenüber November 2023 von 12,0 Prozent vorausgegangen (vorläufiger Wert: +8,9 Prozent). Im weniger volatilen Dreimonatsvergleich lag der Auftragseingang von November 2023 bis Januar 2024 um 2,3 Prozent höher als in den drei Monaten zuvor.

Die vergleichsweise starke Revision im Dezember 2023 beruht auf Nachmeldungen von Betrieben in mehreren Wirtschaftszweigen. Der starke Rückgang im Januar 2024 ist auf das hohe Volumen an Großaufträgen im Dezember 2023 zurückzuführen, so das Bundesamt. Im Januar 2024 befand sich das Großauftragsvolumen wieder auf einem durchschnittlichen Niveau. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Basiseffekt in den Bereichen Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-33,2 Prozent), Sonstiger Fahrzeugbau (insbesondere Flugzeuge, Schiffe, Züge; -27,3 Prozent) und Herstellung von Metallerzeugnissen (-14,5 Prozent).

Auch der Auftragseingang im Maschinenbau nahm im Januar 2024 um 4,7 Prozent ab, nachdem er bereits im Dezember 2023 um 4,9 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken war. In der Automobilindustrie stieg der Auftragseingang im Januar 2024 dagegen um 4,2 Prozent, nachdem er im Vormonat um 5,8 Prozent abgenommen hatte. Bei allen drei Hauptgruppen, also bei den Investitionsgütern (-13,1 Prozent), bei den Vorleistungsgütern (-9,3 Prozent) sowie bei den Konsumgütern (-5,7 Prozent) ist der Auftragseingang im Januar 2024 gegenüber dem Vormonat gefallen. Die Auslandsaufträge sanken um 11,4 Prozent. Dabei gingen die Aufträge aus der Eurozone um 25,7 Prozent zurück.

Die Aufträge von außerhalb der Eurozone stiegen hingegen um 1,6 Prozent. Die Inlandsaufträge nahmen um 11,2 Prozent ab. Der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben im Januar saison- und kalenderbereinigt 2,0 Prozent niedriger als im Vormonat, so die Statistiker weiter. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Umsatz kalenderbereinigt 3,5 Prozent geringer. Für Dezember 2023 ergab sich nach Revision der vorläufigen Ergebnisse ein Anstieg von 1,3 Prozent gegenüber November 2023 (vorläufiger Wert: -0,1 Prozent). Auch diese Revision ist auf Nachmeldungen von Betrieben in mehreren Wirtschaftszweigen zurückzuführen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 8. März 2024 (x1.361/...):

### **>>"Schönen Dank dafür" - Habeck wütend auf Bundesrechnungshof**

Der Bundesrechnungshof hat die desaströse Energiepolitik der Regierung kritisiert. Minister Habeck reagiert patzig und schimpft auf die unabhängige Behörde. "Schönen Dank dafür", motzt der Grünen-Politiker.

*Max Roland*

Der Bundesrechnungshof hat der Energiepolitik von Wirtschaftsminister Habeck ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt - der reagiert pikiert. "Ich sage nicht, daß wir durch sind. Aber zu sagen, die Bundesregierung tut nicht genug, die Energiepreise runterzubringen, die Energiesicherung umzusetzen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, ist eine erstaunliche Wahrnehmung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat", sagte Habeck bei einem Besuch in Washington. Die Energiepreise würden sinken, betonte der Minister und die Regierung setze um, was jahrzehntelang versäumt worden sei.

"Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat mächtig Fahrt aufgenommen." Das BMWK habe in einer Stellungnahme für den Bericht des Rechnungshofes lediglich zugestimmt, daß die Geschwindigkeit des Ausbaus erhöht werden müsse.

Gegenüber der Bild wird der Minister noch wütender. Der Rechnungshof bemängelt in seinem Bericht, daß die Regierung Netzausbaukosten auf den Strompreis umlegen müsse, dies aber im erwarteten Strompreis nicht darstellt. Daß kommentiert Habeck wütend: "Dafür hätte ich nicht den Bericht des Bundesrechnungshofes gebraucht. Jeder, der nachdenken kann, sieht, daß das das Problem ist. Da haben sie einen Punkt. Schönen Dank dafür", meint der Minister patzig.

Der Rechnungshof hatte die Energiepolitik der Bundesregierung umfassend kritisiert und die Energiesicherheit in Deutschland in Frage gestellt. "Die bisherigen Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende sind ungenügend und bergen deshalb gravierende Risiken für die energiepolitischen Ziele", sagte Rechnungshofpräsident Kay Scheller am Donnerstag in Berlin. Die deutsche Energiepolitik drohe zu scheitern. In dem Bericht kritisiert der Rechnungshof zum einen den schleppenden Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Stromnetze sowie den mangelnden Aufbau zusätzlicher Erzeugungskapazitäten für den Bedarfsfall.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die hohen Strompreise. Sie gehören demnach zu den höchsten in der EU. Das Wirtschaftsministerium berücksichtige die für den Stromausbau notwendigen Investitionskosten nicht bei seiner Darstellung der Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien, teilte der Rechnungshof weiter mit. "Die Bundesregierung muß die Systemkosten der Energiewende klar benennen. Darüber hinaus sollte sie endlich bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Stromversorgung versteht." <<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 10. März 2024 (x1.362/...):

### >>**Ohne Subventionen stirbt die Energiewende**

Es wird immer deutlicher, die Energiewende braucht Subventionen. Ohne Subventionen sind die Anlagen unrentabel und müssen stillgelegt werden.

Hierzu zwei Beispiele aus dem nördlichen Niedersachsen.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

### **Windstrom- und Biogasanlagen werden unwirtschaftlich**

Die Wilhelmshavener Zeitung berichtet: Viele Biogasanlagen werden in Kürze 20 Jahre alt. Damit fallen die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von rund 20 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh) weg. Die Erzeuger erhalten nur noch den Marktpreis. Der schwankt um 10 ct/kWh. Selbst abgeschriebene Biogasanlagen sind mit diesen Erlösen unrentabel. Dabei ist das noch ein guter Preis. Denn zuverlässiger Strom aus Braunkohle wird für etwa 3 und aus Steinkohle für 5 ct/kWh erzeugt. Hinzu kommen die ideologisch-politischen Kosten durch die CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die zurzeit den Strompreis um etwa 6 ct/kWh erhöhen. Die Zertifikat-Kosten können jederzeit gestrichen werden.

Auch die Einspeisevergütung für die ersten Windgeneratoren ist ausgelaufen. In Friesland stehen immer mehr alte Anlagen still. Der schwankende und nicht planbare Strom stört eine sichere Versorgung und ist nur mit gesetzlichem Zwang und Subventionen abzusetzen.

### **Subventionen sollen weiter fließen**

Die Betreiber alter Biogas- und Windstromanlagen rufen nach einer Verlängerung der EEG-Einspeisevergütung. Die wird bereits bevorzugt in Süddeutschland für weitere 10 Jahre gewährt, weil dort die Erzeugung von Wind-, Solar- und Biogasstrom (Fakepower: nicht plan- und regelbar, destabilisiert das Stromnetz) gering ist. Die Energiewende-Ideologen glauben wohl, mit diesem unzuverlässigen Strom den Süden versorgen zu können.

### **Nicht ausgelastete teure Stromtrassen**

Auch die Stromnetze werden erweitert. So plant der Übertragungsnetzbetreiber Tennet eine zweite 380 KV-Freileitung von Wilhelmshaven nach dem südlich gelegenen Verteilerpunkt Conneforde. Auf einer Informationsveranstaltung zu der geplanten Leitung wurden folgende Daten genannt. Die Übertragungsleistung beider Leitungen erreicht 4 bis 5 Gigawatt. Das ist die Leistung von 5 großen Kraftwerken. Die Leitungen sollen weitgehend Windstrom in den Süden bringen. (In Wilhelmshaven gibt es nur noch ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 0,75 Gigawatt.)

Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, fließt kaum Strom durch die Leitungen. Nur bei Starkwind wird die Leitungskapazität weitgehend genutzt. Ob der viele Strom in diesen Fällen auch im Süden verbraucht werden kann, ist fraglich. Immer wieder muß der mit hohen Einspeisevergütungen eingespeiste Strom verschenkt oder sogar unter Zuzahlung (negative Börsenpreise) entsorgt werden. Dann werden Windgeneratoren abgeschaltet. Als Kosten fallen dann "nur noch" die EEG-Ausfallvergütungen an die Betreiber für den nicht gelieferten Strom an.

Freileitungen kosten etwa 1 Million Euro/Kilometer. Erdverkabelung ist sieben Mal teurer. Reparaturen an Freileitungen dauern nur Stunden bis einen Tag. Für Erdkabel sind Tage bis zu einer Woche erforderlich. In Deutschland sollen nach den Plänen der Bundesnetzagentur bis 2045 noch 5000 Kilometer Gleichstromtrassen als Erdkabel verlegt werden. 350 Milliarden Euro soll das kosten.

### **Staatlich gesicherter Netzausbau**

Der Kapitaldienst für die neuen nur gering ausgelasteten Netze ist langfristig gesichert. Die Bundesnetzagentur setzt eine feste Verzinsung des eingesetzten Kapitals fest. Die Kosten müssen wir alle mit der Stromrechnung tragen. Die Netzgebühren steigen um mehr als 3 ct/kWh. Auch diese staatlichen Vorschriften sind letztlich Subventionen für die Energiewende, die uns aufgebürdet werden.

Die Energiewende geht offensichtlich ohne Abstriche weiter mit immer mehr Windgeneratoren und Sonnenkollektoren und mit wachsenden Industrieruinen unwirtschaftlich gewordener Biogasanlagen und Windgeneratoren. Jede neue Anlage treibt Subventionen und Strompreis weiter in die Höhe und die Industrie ins Ausland.

Wann kapierten unsere Politiker diese einfachen Zusammenhänge?<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 13. März 2024 (x1.361/...):

### **>>Kohleausstieg: Deutschland drohen bis zu hundert Stromabschaltungen im Jahr**

Bis zu hundert Stromausfälle mit einer Länge von bis zu 21 Stunden drohen Deutschland ab 2030, sollten die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, warnt die Chefin von E.ON-Tochter Westenergie. Der Kohleausstieg schade der Industrie und letztlich auch dem normalen Verbraucher.

Von *Redaktion*

Wenn Deutschland am Kohleausstieg bis 2030 festhält, könnte es zu massiven Stromausfällen bis zu hundertmal pro Jahr kommen. Das sagte die Vorsitzende des E.ON-Tochterunternehmens Westenergie, Katherina Reiche, bei einem Treffen der "Wirtschaftspublizistischen Vereinigung" am Dienstag in Düsseldorf. Die ehemalige CDU-Politikerin warnt vor weitreichenden Folgen für die Wirtschaft und Stromrechnungen der Bürger, sollten Kohlekraftwerke nicht länger ans Netz angeschlossen bleiben.

Unter bestimmten Bedingungen könnte es im schlimmsten Fall im Januar 2030 zu erzwungenen Stromabschaltungen wegen massiver Versorgungslücken kommen, meint Reiche. Dabei sei mit Ausfällen von einer bis zehn Stunden zu rechnen. Im ganzen Jahresverlauf könnte es während dunkler und windstillen Phasen hundertmal zu Ausfällen kommen, die dann eine Länge von bis zu 21 Stunden erreichen könnten.

2023 stammte gut ein Viertel des in Deutschland produzierten Stroms aus Kohlekraftwerken. Neben der gesetzlich verankerten Abschaltung der Kohlekraftwerke in Deutschland bis 2038 forderte die Ampelregierung längst einen Ausstieg zum Ende des Jahrzehnts.

Sollte es bei den grünen Forderungen bleiben, könnte es im ungünstigsten Szenario zu bundesweiten Versorgungslücken kommen, die dann auch Auswirkungen auf die Wirtschaft haben könnten. Für diese Prognose analysierte Westenergie die Wetterdaten der letzten 30 Jahre und verglich sie mit der in sechs Jahren voraussichtlich verfügbaren Produktionskapazitäten.

Reiche, die mit Westenergie für rund acht Millionen Menschen in Deutschland Strom, Gas, Wasser und Internet bereitstellt, sieht jetzt eine große Gefahr für die Industrie: "Es kann sein, daß wir den Kohleausstieg etwas verschieben müssen", erklärt sie und kritisiert "Panik-Rhetorik" der Bundesregierung. Weiter: "Die Politik darf nicht den Eindruck erwecken, daß nach einem bestimmten Datum die Welt untergeht." <<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. März 2024 (x1.360/...): >>64 Mio. € für "Energiewende-Werbung": Habeck ist der Minister der Geldverschwendung!

Wenn die politischen Leistungen unterirdisch sind, dann hilft offenbar nur noch Propaganda und Indoktrination: 64,3 Millionen Euro investierte die Bundesregierung allein für Habecks peinliche Kampagne "80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel". Das ergab eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sebastian Münzenmaier, MdB. Auf Plakaten werden die Bürger von der Ampel-Regierung bevormundet und belehrt, wobei die Slogans teilweise an Albernheit nicht zu überbieten sind. Mit der Anrede "liebe Duschfans" werden Dusch-Empfehlungen gegeben.

"Die Kosten für die Habeck-Kampagnen laufen mittlerweile völlig aus dem Ruder", sagt Münzenmaier, "die wohl teuerste und zugleich dümmste Energiepolitik der Welt wird noch einmal genauso teuer und dumm beworben." Der Bund der Steuerzahler prognostiziert, daß die Kosten für die Kampagne auf bis zu 83 Millionen Euro steigen könnten. Bereits im Dezember hatte eine Auflistung der Werbe-Ausgaben der Bundesregierung ergeben, daß kein Ministerium so viel Geld für Regierungs-PR ausgibt wie das Haus von Robert Habeck. Er ist nicht nur der Minister der Industrie-Zerstörung, sondern auch der Minister der hemmungslosen Geldverschwendung! <<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 12/24" berichtete am 15. März 2024 (x1.387/...): >>"Erstaunliche Wahrnehmung"

Energieversorgung II: Bundesrechnungshof bezweifelt Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung / Für Robert Habeck "nicht nachvollziehbar"  
*Christian Schreiber*

Robert Habeck war auf seiner erfolglosen US-Visite auf Krawall gebürstet: Bei seiner Rede vor Studenten der Columbia-Universität warf er seinem Gastland vor, "nicht auf dem Pfad zur Klimaneutralität", sondern "weit davon entfernt" zu sein. Die 335-Millionen-Bevölkerung verursache einen der höchsten CO<sub>2</sub>-Pro-Kopf-Ausstöße der Welt. Grund seien die günstigen US-Energiepreise wegen der fehlenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

Bei der Verschuldung "seid ihr auf dem Weg zu 200 Prozent", so der Vizekanzler. Joe Bidens Inflation Reduction Act (IRA) ziele "darauf ab, die Produktion aus anderen Ländern in die USA zu verlagern". Sein Appell "Solve the fucking problems" verhallte in New York - nur

CDU-Chef Friedrich März rügte am Montag die Emotionen, die Habeck "schon von der Sprache her" zu keinem "geeigneten Partner für uns" machten.

Im sonnigen Washington teilte der Wirtschafts- und Klimaminister vor sieben Mikrofonen deutscher Leitmedien innenpolitisch aus: "Den Bericht des Bundesrechnungshofes habe ich zur Kenntnis genommen - mehr aber auch nicht. Es fällt mir schwer, ihn nachzuvollziehen", sagte Habeck vor der Kulisse des Weißen Hauses.

Dieser sei eine "erstaunliche Wahrnehmung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat". Die Energie- und Gaspreise würden runtergehen, und die Ampel-Regierung setze nun um, was bisher "verbammelt und verstolpert wurde", so Habeck. "Der Netzausbau ist die letzten Jahre liegengelassen, jetzt haben wir die Genehmigungsverfahren halbiert", deshalb komme "richtig was voran".

Doch der nüchterne "Sonderbericht zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung" des Bundesrechnungshofes (BRH) verdeutlicht auf seinen 58 Seiten, daß weder die Ampel-Regierung noch die vorherigen Merkel-Koalitionen "die verdammt Probleme" angegangen noch gelöst haben.

Deutschland sei im Bereich der Energiewende im völlig im Rückstand, und die geplanten Maßnahmen "bergen gravierende Risiken für die energiepolitischen Ziele", erklärte BRH-Präsident Kay Scheller (CDU), der von 2005 bis 2014 als Direktor der Unionsfraktion im Bundestag war und danach in sein jetziges Amt kam. "Das Ziel einer sicheren Versorgung mit Strom kann so langfristig nicht gewährleistet werden."

#### **Volatile Energien erfordern weitgehend redundantes System**

Deutschland verfolge "sehr ambitionierte", also praktisch kaum erreichbare Ziele für die Energiewende. Diese sei jedoch nicht auf Kurs, sie hinke ihren Zielen hinterher. Die Bundesregierung müsse umgehend reagieren, um eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Stromversorgung zu gewährleisten, heißt es in dem BRH-Bericht. "Der Strom ist teuer, und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht umfassend bewerten. Dies birgt erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung", lautet das bittere Fazit.

Die Liste der Fehlleistungen ist lang. Ein Beispiel: Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll seit Jahren massiv ausgebaut werden. Doch Wind- und Solarstrom unterliegen tageszeitlichen, saisonalen und wetterbedingten Schwankungen. Wenn es nicht ausreichend Ökostrom gibt, müssen Backup-Kraftwerke ran - aber die gibt es nicht mehr ausreichend. Gleichzeitig werden die Ziele für den Ausbau der Windenergie an Land absehbar nicht erreicht. Auch bei der Errichtung der gasbetriebenen Backup-Kraftwerke hinkt man hinterher. Sie werden theoretisch aber nur gebraucht, wenn Windkraft- und Solaranlagen zu wenig Strom erzeugen.

Alle Kohlekraftwerke sollen bis spätestens 2038 vom Netz. Alle deutschen AKWs sind vom Netz - ohne daß es ausreichend und zuverlässig Ersatz gibt. Der BRH hatte die Umsetzung der Energiewende bereits mehrfach geprüft. Zuletzt empfahl er im Jahr 2021 in seinem Bericht, das "Monitoring" der Versorgungssicherheit zu verbessern und das Strompreissystem grundlegend zu reformieren. Andernfalls bestehe das Risiko, daß Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verliere und die Akzeptanz für die Energiewende sinke. Doch geschehen ist seitdem wenig.

Der BRH fordert, daß die Regierung verlässliche Ressourcen schaffe: "Eine sichere Versorgung mit Strom aus volatilen erneuerbaren Energien erfordert aber zusätzlich, daß parallel ein weitgehend redundantes System mit gesicherter, steuerbarer Leistung verfügbar ist." Doch davon ist Deutschland immer weiter entfernt. Seit 2023 ist Deutschland Nettostromimporteur.

Ohne Atom-, Kohle-, und Windstrom aus dem Ausland oder die österreichischen und schweizerischen Wasserkraftwerke wären temporäre Netzabschaltungen (Brownouts) unvermeidlich. Eine Alternative wäre, die Energieversorgung EU-weit zu planen.

Doch das geht aus ideologischen Gründen nicht. Für Präsident Emmanuel Macron ist die "Wiederbelebung der Atomkraft" ein vorrangiges Ziel Frankreichs: Mindestens 14 neue AKW sollen bis 2050 in Betrieb gehen. Doch in Deutschland schaltete man im Frühjahr 2023 die letzten drei AKW ab. Macron hielt das für eine "verrückte Idee". In den von Habeck kritisierten USA wird das genauso gesehen.

### **Gravierende Risiken für jedes dieser energiepolitischen Ziele**

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) spricht bis heute von einer Hochsicherheitstechnologie - und feiert sich dennoch selbst für den Atomausstieg. Schließlich untersteht die Behörde dem grünen Umweltministerium. Die Union versucht angesichts des BRH-Berichts die Ampel für die Fehler der Energiewende haftbar zu machen - doch der beschleunigt Atomausstieg wurde 2011 von einer schwarz-gelben Koalition beschlossen. Und die ersten sieben AKW wurden schon im selben Jahr abgeschaltet.

Allerdings gab es damals noch ausreichend Kohlekraft am Netz und russisches Pipelinegas sorgte für bezahlbare Erdgaspreise. Doch inzwischen gab es eine "Zeitenwende", und ein vorgezogener Kohleausstieg schon 2030, wie im Koalitionsvertrag angedacht, ist mit Blick auf die Versorgungssicherheit völlig illusorisch - denn selbst wenn es genug Wind- und Solaranlagen und Ersatzkraftwerke geben würde, wären die Stromnetze dafür nicht ausgelegt. "Die Energiewende ist nicht auf Kurs", warnte Scheller.

Und wer soll all das bezahlen? Bis zum Jahr 2045 fielen "massive Investitionskosten von mehr als 460 Milliarden Euro" allein für den Ausbau der Stromnetze an, rechnet der BRH-Bericht vor. Das entspricht dem jährlichen Bundeshaushalt. Das "Netzengpaßmanagement", das einen Blackout verhindern soll, werde "voraussichtlich 6,5 Milliarden Euro pro Jahr kosten" - zusätzlich zu den weiteren Wind- und Solaranlagen und den neuen Gaskraftwerken. Das wird direkt oder indirekt die Strompreise kontinuierlich ansteigen lassen.

Und die zählen zu den weltweit höchsten: "Private Haushalte zahlten mit 41,25 Cent/Kilowattstunde (kWh) im ersten Halbjahr 2023 beispielsweise 42,7 Prozent mehr als der EU-Durchschnitt, Gewerbe- und Industriekunden rund fünf Prozent mehr", so der BRH. "Die Bundesregierung hat es bis heute versäumt, zu bestimmen, was sie unter einer bezahlbaren Versorgung mit Elektrizität versteht", heißt es in dem Bericht weiter, der sich an manchen Stellen wie eine Generalabrechnung liest. Doch die Realität blendet nicht nur Habeck aus.

[www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/energiewende-volltext.pdf](http://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/energiewende-volltext.pdf)<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 18. März 2024 (x1.361/...):  
**>>Die grünen Zerstörer: Wie Habeck seine Energie-Politik jetzt unumkehrbar machen will**

In einem kürzlich veröffentlichten Papier erklärt das Bundeswirtschaftsministerium Deutschlands Gasnetze bis 2045 großflächig zurückzubauen. Habeck plant damit nichts weniger als den Abbruch der Energieversorgung. Die Grünen wollen die Rückkehr zu fossilen Energieträgern für immer verhindern.

*Jonas Aston*

Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein 23-seitiges Papier unter dem Titel "Transformation Gas/Wasserstoff-Verteilernetze" veröffentlicht. Was hier geplant wird, ist nichts weniger als die auf Dauer angelegte Manifestierung grüner Ideologie in Deutschland.

In dem Dokument werden Pläne zum großflächigen Rückbau der Gasnetze in Deutschland offenbart. Bis 2045 soll die entsprechende Infrastruktur zerstört werden. In dem Papier heißt es: "Gasverteilernetze für die bisherige Erdgasversorgung werden dann in der derzeitigen

Form und Umfang nicht mehr benötigt."

Da die deutschen Haushalte aufgrund von Habecks Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bis 2045 ohnehin weitgehend auf Wärmepumpen umrüsten müssen, ändert diese Maßnahme zunächst einmal nicht viel. Jedoch könnte das Gebäudeenergiegesetz durch eine künftige Regierungskoalition einfach wieder geändert werden. Immerhin erklärte schon vergangenes Jahr Markus Söder bei maichberger vollmundig: "Wir würden dieses Gesetz nach der nächsten Bundestagswahl komplett überarbeiten und auch wieder abschaffen".

Schon mit einer einfachen Mehrheit wäre dies möglich. Doch die Grünen wollen Fakten schaffen. Unabhängig vom künftigen politischen Willen der Bürger soll es ein Zurück zur Gasenergie nicht mehr geben können. Die Versorgung mittels fossiler Energieträger soll nicht nur an rechtlichen und gesetzlichen, sondern vor allem an tatsächlichen Hürden scheitern. Setzt sich Habeck mit seinem Plan durch, wird jeder zukünftigen Regierung der Weg zurück zu fossilen Energieträgern unmöglich gemacht.

### **Der Abbruch hat Methode**

Dieses Vorgehen hat bei den Grünen Methode. Schon bei zwei der Atommeiler, die sich zuletzt noch im Betrieb befanden, Isar 2 und Emsland, wurden Rückbaumaßnahmen von der Ampel-Regierung im Hau-Ruck-Verfahren eingeleitet. Mittels der sogenannten "Primärkreisdekontamination" wurde das Innere der Anlagen gereinigt. Hierdurch werden jedoch die Anlagen regelmäßig erheblich beschädigt.

Ein Weiterbetrieb ist dann schon aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich. Dabei bedarf es zum Rückbau der Atomkraftwerke eigentlich einer entsprechenden Genehmigung, welche die für den Abbau zuständigen Länder eigentlich nicht hatten. Mit dem Rückbau der Gasnetze wiederholt sich diese Abwicklung der deutschen Energieversorgung.

Die Grünen wollen Deutschland vor vollendete Tatsachen stellen. Habeck und Co. reißen die Brücken hinter sich ab. Innerhalb einer Regierungszeit von vier Jahren will man nicht nur das Aus der Atomkraft, sondern auch das Aus der Gasenergie besiegeln. Robert Habeck mag nach der kommenden Bundestagswahl nicht mehr Wirtschaftsminister sein. Doch seine Abbruchpolitik wird Deutschland noch über Jahrzehnte in Geiselhaft nehmen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. März 2024 (x1.376/...):

### **>>Windrad-Unfälle: Die unheimliche Statistik, die es offiziell nicht geben darf**

In Ermangelung einer offiziellen Statistik sammelt und dokumentiert die "Bundesinitiative Vernunftkraft" bundesweit Störfälle im Zusammenhang mit Windkraftanlagen. Die daraus erstellte Unfallliste enthält sowohl Angaben zur Art des Zwischenfalls als auch Details zu den betroffenen Anlage(n). Außerdem wird zu jedem Schadensfall die Quelle angegeben (z.B. Anwohner, Einsatzprotokolle von Polizei oder Feuerwehr, Presseberichte).

Demnach umfaßt die bisherige Unfallliste für Deutschland, Stand Anfang Februar 2024:

108 Brände, davon fünf allein im Januar 2024

105 Gondel- oder Rotorblattabwürfe, 18 Turmfälle

17 Kranunfälle

12 tödliche Arbeitsunfälle

219 sonstige Vorfälle.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 20. März 2024 (x1.362/...):

### **>>500 Mrd. für neues Stromnetz, Wasserstoff-Phantasien: So will Habeck den Strompreis stabilisieren**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plant, die Strompreise mit einem neuen Instrument zu stabilisieren. "Ich will, daß wir private Haushalte und Unternehmen vor einem starken Anstieg der Netzentgelte schützen", sagte der Vizkanzler der Wochenzeitung "Die Zeit".

Dafür prüfe man in der Bundesregierung "eine Art Amortisationskonto" - wie für das geplante Wasserstoffnetz. Das neue Instrument soll verhindern, daß durch den massiven Ausbau der Stromnetze für bis zu 500 Milliarden Euro in den nächsten Jahren die Netzentgelte stark ansteigen, die jeder Bürger über seinen Strompreis bezahlen muß.

"Das Netz muß jetzt ausgebaut werden, aber wenn wir alle Kosten sofort auf die Kunden umlegen, würde es für sie sehr teuer", sagte Habeck. "Deshalb würde ich die Kosten gern strecken, damit sie sich gleichmäßiger über die Generationen verteilen." Beim Bau des künftigen Wasserstoffnetzes ist bereits ähnliches geplant: Dort will die Regierung die Baukosten über ein spezielles Konto großteils vorfinanzieren. Erst bis zum Jahr 2055 sollen sie durch die Gebühren für die Nutzung des Netzes dann wieder eingespielt werden. Die Bundesregierung lasse derzeit "verschiedene Modelle gutachterlich prüfen", so der Wirtschaftsminister.

"Wünschenswert wäre, daß wir zum nächsten Jahr eine Lösung haben, um die Netzentgelte zu stabilisieren." Habeck widerspricht auch den Forderungen der CDU nach einem deutschen Wiedereinstieg in die Atomkraft und kritisiert die "energiepolitische Geisterfahrt" der CDU. "Wir können nicht permanent hinterfragen, worauf sich das Land einmal geeinigt hat", sagte der Vizekanzler und zitiert einen früheren CDU-Kanzler: "Wir brauchen Verlässlichkeit - auch für Investitionssicherheit. Ich sage mit Konrad Adenauer: Keine Experimente, Kurs halten."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 22. März 2024 (x1.360/...): >>**30 Länder wollen Kernkraft massiv ausbauen: Die Geisterfahrer-Ampel ruiniert unser Land!**

Die Absurdität der Ampel-Politik wird immer offensichtlicher: Eine Allianz von rund 30 Staaten hat sich beim Atomgipfel dafür ausgesprochen, "das Potential der Nuklearenergie voll auszuschöpfen".

Das Staatenbündnis bekannte sich insbesondere zu einem schnelleren Ausbau der Kernenergie und zu einer einfacheren Finanzierung von Atomkraftwerken. Und was macht Deutschland? Bei uns schaltet die Ampel-Regierung sichere Kernkraftwerke ab. Das Ergebnis: Unsere Versorgungssicherheit wird ruiniert und die Strompreise explodieren!

Welchen Sinn hat der Ausstieg aus der Kernenergie, wenn sowieso fast niemand mitzieht? Um uns herum setzen Nachbarländer wie Polen und Frankreich auf den Neubau von Kernkraftwerken; Polen steigt sogar neu in die Kernenergie ein. Angesichts der inzwischen hervorragenden Sicherheitsstandards moderner Kernenergie sollte auch Deutschland wieder in die Kernenergie einsteigen - aber das geht nur mit der AfD auf der Regierungsbank!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 25. März 2024 (x1.362/...): >>**Deutsche Wirtschaft: unrettbar?**

Der Wohlstand eines Landes ist eine Funktion von billiger Energie. Doch die Politik tut alles, diese zu verteuern unter dem Vorwand der Klimarettung. Folge: Deindustrialisierung.

Die Qualität der Standortfaktoren, die unsere Wirtschaft in der Vergangenheit geprägt haben, zeigt Anzeichen einer Verschlechterung. Als Beispiele können ein geringes Marktwachstum, hohe Energiepreise, ungünstige Investitionsbedingungen oder auch ein sich abzeichnender Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Europa aufgrund des Altersstrukturwandels genannt werden. All diese negativen Faktoren können sich direkt auf die Struktur der deutschen Wirtschaft auswirken und sie umgestalten, wenn dauerhaft nichts unternommen wird.

Hohe Arbeitskosten, steigende Steuerbelastungen, überbordende Bürokratie und Fachkräftemangel belasten die deutsche Industrie. Seit ihrem Hoch im Jahr 2018 ist die Industrieproduktion in Deutschland um 16 Prozent eingebrochen. Mit dem Ukraine-Krieg kamen fehlende Energielieferungen und hohe Energiepreise hinzu. In energieintensiven Branchen ist die Produktion seit 2018 dementsprechend sogar um rund ein Viertel geschrumpft. Dies ist insgesamt kein fruchtbarer Boden für inländische und ausländische Investitionen in Deutschland.

Als Folge der nach 2010 weiter zunehmenden Globalisierung, an der die exportorientierten deutschen Unternehmen erfolgreich teilhaben wollten, ist der Saldo der Direktinvestitionen von und nach Deutschland bereits seit 2010 negativ. Seit dem Ende der günstigen russischen Erdgaslieferungen hat sich die Investitionslücke jedoch deutlich vergrößert. Der Rückgang ausländischer Direktinvestitionen und die Verlagerung von Produktion ins Ausland deuten auf eine sinkende Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort hin.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 28. März 2024 (x1.361/...): >>15  
**Kraftwerks-Blöcke: 4,4 Gigawatt ohne Ersatz weg: Habecks große Kraftwerks-Abschaltung zu Ostern**

Deutschland wird am Ostermontag mehrere Kohlekraftwerke stilllegen, was einen erheblichen Teil der Stromversorgung wegfallen läßt. Diese Maßnahme, von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vorangetrieben, wird ohne konkreten Ersatz umgesetzt.

*Jerome Wnuk*

In wenigen Tagen wird Deutschland nach den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck weitere Kohlekraftwerke abstellen. 15 funktionierende Kohlekraftwerks-Blöcke werden, so ist der ausgearbeitete Plan des Ministeriums und der Bundesnetzagentur, nach den Osterfeiertagen abgestellt und ohne Ersatz vom Stromnetz genommen. Deutschland verliert so von einem Tag auf den anderen einen wesentlichen Teil seiner Stromversorgung, die sowieso schon auf Kante genäht ist.

Habecks Abschalt-Pläne sind beachtlich: Wie man dem Vorhaben entnehmen kann, wird nach Ostern die Abschaltung von 7 großen Braunkohleblöcken und 8 Steinkohlekraftwerken Realität. Im Konkreten betrifft es die Blöcke C, D und E des Braunkohle-Kraftwerks Neurath (NRW), die insgesamt eine installierte Leistung von 1.500 Megawatt aufweisen. Damit fällt ein wesentlicher Teil der Leistung des größten Kraftwerks in Deutschland und das zweitgrößte Braunkohle-Kraftwerk Europas weg.

Des Weiteren sollen die Blöcke E und F des Braunkohle-Kraftwerks Niederaußem, ebenfalls NRW, wegfallen. Im Osten Deutschlands fallen der Block E und F des ebenfalls mit Braunkohle befeuerten Kraftwerks Jänschwalde in Brandenburg weg, mit einer Leistung von 1.000 Megawatt. Dazu kommen noch mehrere Steinkohleanlagen, beispielsweise das schon etwas im März 2024 vom Netz genommene Kraftwerk Bremen-Farge mit einer Kapazität von 350 Megawatt.

Insgesamt wird am Ostermontag eine installierte Leistung von 4,4 Gigawatt vom Netz gehen. Auf einen Hieb verliert Deutschland also 2 bis 4 Prozent seiner Stromverbrauchsdeckung.

**Kein Ersatz vorgesehen: Habeck spielt mit dem Blackout**

"Die Energieversorgung ist in jeder Hinsicht sicher" verkündete Robert Habeck noch vergangene Woche auf der Energiekonferenz "Energy Transition Dialogue" in Berlin. Ein Statement, das schon letzte Woche nicht der Realität entsprach und mit der Abschaltung der Kohlekraftwerke weiter an Glaubwürdigkeit verliert. Denn ein erneuter Verzicht auf eine grundlastfähige Stromerzeugung im Gigawatt-Bereich macht die Stromversorgung Deutschlands noch wackeliger, als sie sowieso schon ist. Fast jeden zweiten Tag importiert Deutschland Strom aus Frankreich oder anderen Nachbarn, teilweise stammen bis zu 10 Prozent der Stromversorgung aus dem Ausland, oft stundenlang.

Einen Ersatz für die jetzt wegfallenden 4,4 Gigawatt gibt es am Tag der Abschaltung nicht - Robert Habeck steuert mit der Abschaltung blind weiter in die Richtung Stromknappheit. Vorgesehen in den Plänen des Ministeriums sind die 60 Gigawatt an neuer Gaskraftwerkskapazität, die nach den Vorstellungen die Lücken, die die Kohle hinterläßt, füllen sollen, wenn Solar- und Windparks zu wenig liefern. Großartige, grüne Pläne, die aber wie so oft an der Realität scheitern: Zu den Gaskraftwerken gibt es, Stand heute, noch nicht einmal konkrete Planungen.

Bis jetzt ist auch unklar, wer überhaupt als Betreiber denkbar ist. Speicher für den produzierten Strom fehlen ebenfalls großflächig. Auch die Frage, ob Gaskraftwerke die momentane Rolle als "Lückenfüller-Kraftwerke", die nur dann anspringen, wenn die erneuerbaren Energien zu wenig liefern, einnehmen können, ist offen. Denn ein Lückenfüller-Kraftwerk, das immer betriebsbereit sein muß, aber nur ans Netz darf, wenn alles andere nicht ausreicht, kann sein Geld unmöglich mit der Stromvermarktung verdienen, sondern ist abhängig von Zuschüssen - ob vom Staat oder von den Netzbetreibern. Am Ende zahlt der Kunde dann direkt oder, wenn der Staat aufkommt, der Steuerzahler.

### **Grünen bejubeln die Abschaltung**

Die grüne Bundestagsabgeordnete Kathrin Henneberger, ehemalige Vorsitzende von Ende Gelände, kündigte den Termin freudig auf "X" an. Die Abschaltung der Kraftwerke kommentierte sie als Erfolg der Bundesregierung. Mit den Worten: "Der Kohleausstieg nimmt endlich wieder Fahrt auf", kündigte die Grünen-Politikerin in einem Vorstellungsvideo stolz die Abschaltungen an.

Die Abschaltung von Kraftwerkskapazität in großem Stil, so Henneberger, sei nötig, um das "1,5-Grad-Ziel" zu erreichen. Dem Einwand, Deutschland trage nur etwa zwei Prozent zum weltweiten menschlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei, kommt sie mit dem Verweis auf die Vergangenheit zuvor: Seit 1960 habe das Land insgesamt 30 Milliarden Tonnen Kohlendioxid emittiert, und trage deshalb, so Henneberger, "eine historische Verantwortung".

"Aktuell sind wir dabei, die 1,5-Grad-Grenze globaler Erhitzung zu reißen. Treibhausgase zu reduzieren - gerade auch durch einen Stopp der Verbrennung von Kohle - ist dringender denn je! Leider gibt es aber immer noch Debatten, die den Kohleausstieg in Frage stellen", schrieb die Abgeordnete weiter auf "X".

Gerade deshalb sei es wichtig, daß man weiter streite: "Mit dem Ausbau der Erneuerbaren & Nachschärfungen im Kohleausstiegspfad schneller werden mit dem Ziel: Der Verbrennung von Kohle endgültig Lebewohl zu sagen", sei das Ziel der Grünen, so Henneberger.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 14/24" berichtete am 29. März 2024 (x1.387/...): >>Abriß fürs Klima

### **Energiepolitik: Wirtschaftsminister Robert Habeck plant die weitgehende Stilllegung der deutschen Erdgasnetze**

*Marc Schmidt*

Ludwig Erhard wußte, daß Wirtschaftspolitik zur Hälfte Psychologie ist. Robert Habeck hat sich diese Weisheit nicht zu eigen gemacht. Dies beweist sein "Green Paper", wonach "die Länge der Gasverteilernetze von derzeit über 500.000 Kilometern stark zurückgehen wird". Denn das "Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 bedingt eine Abkehr von fossilen Energieträgern und den Ausbau erneuerbarer Energieträger". Die Diskussion will sein grünes Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im kleinen Kreis mit den Gasnetzbetreibern sowie Ministerien in Bund und Ländern führen.

Neu sind die Pläne nicht. So kündigten 2020 die Stadtwerke von Augsburg - wo die CSU mit den Grünen regiert - an, daß die Gasbelieferung in zehn Jahren auslaufe und die Bürger auf Fernwärme umsteigen sollten. Schließlich sieht das Bayerische Klimaschutzgesetz vor, daß der Freistaat spätestens 2040 "klimaneutral" sein soll. Patrick Graichen, Ex-Chef der von Philanthropen finanzierten Agora Energiewende, Wärmepumpen-Propagandist und Habecks Kurzzeitstaatssekretär, bestätigte den Gasnetzrückbau im Mai 2022, denn 2045 werde schließlich "kein Gas mehr in den Netzen sein".

Der Energieexperte Stefan Schönberger von der Boston Consulting Group (BCG) wurde im Sommer 2023 noch konkreter: "Wir brauchen künftig 80 bis 90 Prozent weniger Gasleitungen." Daher äußerte das BMWK Unverständnis für die aufkommende Kritik.

Wenn Deutschland 2045 klimaneutral sei und alle Haushalte Fernwärme oder Wärmepumpen

benutzen würden, bräuchte man schließlich nur noch jene Teile des Rohrleitungsnetzes, die Gas durch Deutschland ins Ausland weiterleiteten sowie "grünen" Wasserstoff oder Biome than transportierten. Durch den Abriß schütze man die verbliebenen Gaskunden vor steigenden Netzentgelten. Die verbleibenden Fern- und Transitleitungen (40.000 Kilometer) und die unverzichtbaren Verteilstränge (60.000 Kilometer) versorgten Industrie, Speicher und Gaskraftwerke.

### **Voriges Jahr wurden 790.500 Gasheizungen neu eingebaut**

Von letzteren will Habeck 60 neu bauen lassen - als Ersatz für die abgeschalteten AKW und die Kohlekraftwerke. "In der Fläche wird das Geschäft mit den Gasnetzen nicht mehr stattfinden", prognostiziert daher der BCG-Experte Schönberger. Das ist auch der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD; JF 13/24) geschuldet: Darin ist der Ausstieg aus mit fossilen Brennstoffen betriebenen Heizkesseln bis 2040 vorgegeben.

Habecks "Green Paper" kommt dennoch zur Unzeit. Deutschland befindet sich in der Rezession und der Deindustrialisierung. Mehr als 25 Prozent des mittelständischen produzierenden Gewerbes prüfen die Verlagerung der Produktion ins Ausland oder investieren ausschließlich dort in ihre Anlagen.

2023 wurden laut Heizungsindustrieverband BDH 790.500 Gasheizungen eingebaut - und nur 356.000 Wärmepumpen. Und nach den aktuellen Zahlen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) werden 48,3 Prozent der 41,9 Millionen Wohnungen in Deutschland mit Erdgas, 23,4 Prozent mit Öl und 5,6 Prozent mit Holz oder Kohle beheizt - aber nur 15,2 Prozent mit Fernwärme und 7,5 Prozent mit Strom. Und in 16 Jahren (EU, Bayern) bzw. 21 Jahren (BMWK) sollen wirklich alle "fossilen" Heizungsanlagen stillgelegt werden?

Alle Kommunen sind durch das BMWK und den "Heizungshammer" (Gebäudeenergiegesetz/GEG) verpflichtet, eine Heizungs- und Wärmeplanung zu erarbeiten, was die meisten Städte und Gemeinden unter 100.000 Einwohner bereits überfordert. Ein möglicher Zwang, das über die Stadtwerke in kommunalem Eigentum befindliche Gasnetz abzureißen, macht Planungen und Kostenkalkulationen obsolet. Zudem kann keine Gemeinde ihren Gasnetzunterhalt seriös planen, es entsteht für alle Stadtwerke neben dem Risiko von Rückbaukosten eine völlige Investitionsunsicherheit.

Der Betrieb der Gasnetze erfordert regelmäßige Austauscharbeiten an den bewußt mit mehreren Strängen redundant verlegten Versorgungsnetzen. Bisher erfolgte die Investitionsplanung unter dem Gesichtspunkt des Funktions- und Werterhalts eines auf ewige Nutzung kalkulierten Netzes. Diese Planungen sind nun hinfällig, denn für jede neue Leitung besteht das Risiko, sie bereits nach zwei Jahrzehnten, also deutlich vor Ende der technischen Nutzungsdauer, wieder abreißen zu müssen. Ein identisches Risiko besteht für Investitionen des industriellen Mittelstands, der Gas in zahlreichen Produktionsprozessen einsetzt.

Die Stilllegungspläne widersprechen auch der forcierten BMWK-Strategie zum Flüssigerdgasimport (LNG). Nach den schwimmenden Terminals soll im niedersächsischen Stade das erste stationäre LNG-Terminal errichtet werden.

Die Finanzierung ist gesichert, in diesem Jahr soll schon Baubeginn sein, und ab 2027 soll das LNG-Terminal des spanischen Netzbetreibers Enagás in Betrieb gehen. Auch in Wilhelmshaven und Brunsbüttel sollen stationäre LNG-Terminals entstehen - und ohne Gasleitungen wären diese Milliarden-Investitionen sinnlos.

[<<www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/G/green-paper-transformation-gas-wasserstoff-verteilternetze.pdf](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/G/green-paper-transformation-gas-wasserstoff-verteilternetze.pdf)

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 31. März 2024 (x1.362/...):

### **>>Mehrere Kraftwerksblöcke abgeschaltet - Grüne sehen großen Erfolg**

Zu Ostern sind wie im Vorfeld angekündigt in Deutschland mehrere Kohlekraftwerksblöcke

vom Netz gegangen. Betroffen sind unter anderem zwei Blöcke des Unternehmens Leag in Jänschwalde in Brandenburg sowie fünf Blöcke von RWE im Rheinischen Revier.

Die Stilllegung von insgesamt 2.100 Megawatt (MW) Leistung sei ein weiterer Schritt im Rahmen des Kohleausstiegs, den man bis 2030 abschließen werde, hatte RWE im Vorfeld mitgeteilt. Die betroffenen Kraftwerkseinheiten stehen demnach an den Standorten Grevenbroich-Neurath und Bergheim-Niederaußem.

Die Bundesregierung hatte ihre Laufzeit vorübergehend verlängert, um die Stromversorgung in der Energiekrise abzusichern und Erdgas einzusparen. Insgesamt hat RWE seit Ende 2020 zwölf Braunkohlekraftwerksblöcke mit einer Gesamtleistung von 4.200 MW stillgelegt.

Die beiden Jänschwalder Blöcke waren derweil im Oktober 2022 vor dem Hintergrund der angespannten Situation auf den Energiemärkten im Rahmen der Versorgungsreserve befristet bis Ende März 2024 aus der Sicherheitsbereitschaft zurück an das Stromnetz gebracht worden. Künftig verbleiben nach Unternehmensangaben vor Ort noch vier 500-MW-Kraftwerksblöcke in Betrieb. Die Grünen-Abgeordnete Kathrin Henneberger sagte am Sonntag, daß man mit der Abschaltung von insgesamt fünfzehn Braun- und Steinkohlekraftwerken die Umsetzung des Kohleausstiegs beginne.

Allein bei der Braunkohle nehme man über Ostern "die CO<sub>2</sub>-intensivsten Kraftwerke" vom Netz. "Angesichts der sich verschärfenden Klimakrise sind die Stilllegungen von Kohlekraftwerken eine wichtige Maßnahme, um Treibhausgase zu reduzieren", so Henneberger. Die Abschaltung sei ein "großer Erfolg für Klimagerechtigkeit" und geschehe "im Wissen um die historische und globale Verantwortung für die Erreichung unserer Klimaziele".<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. März 2024 (x1.361/...):

#### >>**Ehemalige Grünen-Chefin verdreht Fakten zu Atomausstieg**

Mit einer Grafik wollte die ehemalige Grüne-Bundesvorsitzende Simone Peter beweisen, daß die Industriestrompreise nach dem Atomausstieg gesunken sind - und verschweigt ein Detail, daß ihre Aussage als Fakenews entlarvt.

Von *Redaktion*

"Beginn eines neuen Energiezeitalters" - so bezeichneten die Grünen die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland und feierten, daß unser Land nun "sicherer, unabhängiger" und "wirtschaftlich vernünftiger" sei. Man behauptete, und behauptet noch immer, daß der Strom mit den Erneuerbaren viel günstiger sei, als mit der "Hochrisikotechnologie" Atomkraft - und um das zu "beweisen" greift man tief in die Trickkiste.

Unter dem Hashtag "FactsMatter" verbreitet so aktuell die ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen (2013 bis 2018) und Umweltministerin im Saarland (2009 bis 2012), Simone Peter, auf X (vormals Twitter) eine irreführende Grafik. Peter, die jetzt als Präsidentin für den Bundesverband Erneuerbare Energien tätig ist, erklärt anhand von Daten des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), daß der Industriestrompreis nun niedriger sei, "als mit Atomkraft 2021". Doch dabei verschweigt sie ein ganz entscheidendes Detail.

Zwar ist in der Grafik zu sehen, daß der Industriestrompreis 2021 (die Jahre 2022 und 2023 sind aufgrund der Energiekrise nicht repräsentativ) tatsächlich um 2,2 Cent höher war, als er für 2024 erwartet wird, doch dieser Preisrückgang hat rein gar nicht mit dem Atomausstieg zu tun. Die Bundesregierung hat 2022 nämlich die EEG-Umlage auf den Strompreis abgeschafft - statt vom Verbraucher wird die Umlage, die 2021 6,5 Cent pro Kilowattstunde ausmachte, jetzt direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Und genau diese 6,5 Cent führen dazu, daß der Industriestrompreis "günstiger" ist, als im Jahr 2021.

Wenn man sich die Grafik genauer betrachtet, stellt man zudem fest, daß der Kostenblock "Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb" im Jahr 2024 ganze 3,86 Cent höher ist als 2021. Daß der Rückgang der Industriestrompreise etwas mit den Atomkraftwerken zu tun hat, ist also nicht haltbar. Stattdessen zeigt die Grafik, daß die Strompreise seit dem Atomausstieg

sogar um 4,26 Cent gestiegen wären, wenn man die EEG-Umlage nicht abgeschafft hätte. Lediglich durch diesen einen staatlichen Eingriff ist der Industriestrompreis gesunken.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 15/24" berichtete am 5. April 2024 (x1.387/...):

>>**Wrackteile auf dem Acker**

**Die Gefahrenpotentiale von Windkraftanlagen für Mensch und Natur werden unterschätzt**

*Paul Leonhard*

Nicht nur Vögel und Insekten sind gefährdet, sondern auch Anwohner, Landwirte auf ihren Feldern, spielende Kinder, Wanderer und Autofahrer. Ende Februar geriet in Rechenberg-Bienenmühle (Sachsen) eine Windenergieanlage (WEA) bei Reparaturarbeiten in Brand. Es habe große Gefahr durch herabfallende brennende Teile bestanden, teilte die zuständige Polizeidirektion mit. Die WEA stand frei auf einer Wiese, was aber, sie hätte im ausgetrockneten Wald gestanden? Was, wenn der Wind brennende Rotorenteile in eine nahe Siedlung oder auf eine Autobahn geblasen hätte?

Eine Woche zuvor wäre das in Dornstadt im württembergischen Alb-Donau-Kreis fast passiert, als bei Sturm ein 15 Tonnen schwerer Flügel von einer 100 Meter hohen WEA abbrach und Wrackteile auf einen Acker nahe der A8 und einer Bahnstrecke fielen.

Im vergangenen Herbst war im Landkreis Rotenburg in Niedersachsen ein Windpark durch die Behörden stillgelegt worden, nachdem bei mehreren Windrädern Flügel abgebrochen waren. Den Landwirten wurde untersagt, ihre Felder zu betreten. In NRW stürzte eine WEA auf einen Feldweg.

Im Windpark Thomasburg im Landkreis Lüneburg wurde im März Schlimmeres verhindert: Zwei erst 2023 eingeweihte WEA des ostfriesischen Herstellers Enercon stehen vorerst still. Die Rotorblätter weisen auf unerklärliche Weise schon Risse auf. Produktionsfehler? Transportschaden oder beim fehlerhaften Aufbau entstanden? Die WEA-Betreiber stehen vor einem Rätsel, sind aber nicht allein: Auch in Bayern wurden bei einem Windpark der Elektrizitätswerke Schönau (EWS) beim gleichen WEA-Modell ähnliche Risse festgestellt. WEA-Qualitätsprobleme bei Siemens Gamesa sorgten 2023 für einen Milliardenverlust bei der deutsch-spanischen Firma (JF 43/23).

Die WEA werden immer höher und die Flügel immer länger. 1993 lag ihre Turmhöhe unter 70 Metern, die Leistung lag bei 0,5 Megawatt (MW) - heute sind sie 160 Meter hoch, die Maximalleistung liegt bei über vier MW. Doch die Technik kommt dabei offenbar nicht mit: So wurden schon 2018 Risse in 75 Hybridtürmen - Konstruktionen aus Beton und Stahl - festgestellt. Die WEA-Leistung mußte daher aus Sicherheitsgründen von 4,2 auf 0,5 MW abgesenkt werden. Bei über 28.000 WEA an Land (Onshore) ist das für den Bundesverband Windenergie (BWE) kein Problem: Schadensereignisse und Unfälle ließen sich eben nicht völlig ausschließen.

98 Prozent der WEA würden in der Regel sicher laufen - das heißt aber auch: Bei über 500 WEA gebe es Probleme. Eine offizielle Statistik darüber, wie viele Anlagen wegen Materialfehlern, Bränden oder sonstigen Einwirkungen zu Schaden kamen, gibt es bislang nicht - was bei den zunehmend mehr als 160 Meter hohen Betonbauten mit mächtigen Rotoren an der Spitze beunruhigt.

**Treibhausgas Schwefelhexafluorid sei ein "echter Problemstoff"**

Zumal Recherchen von T-Online ergeben haben, daß es zwischen 2015 und 2019 zu mindestens 62 schwerwiegenden Vorfälle bei WEA kam, Bund und Länder aber lediglich in 26 Fällen davon Kenntnis hatten. Der TÜV geht von 50 schweren Unfällen an Windkraftanlagen pro Jahr aus und fordert regelmäßige Kontrollen. "Im Vergleich mit anderen Erzeugungsanlagen verursacht die Windkraft geringe Kosten, sofern alle Möglichkeiten berücksichtigt werden, um negative Auswirkungen auf Mensch und Natur zu vermeiden", argumentiert der Bund für

Umwelt und Naturschutz (BUND), dem CO<sub>2</sub>-Vermeidung über alles geht.

So stimme zwar der Vorwurf, daß Vögel und Fledermäuse von den Rotorblättern geschreddert werden könnten, aber es komme nur selten vor, daß sie gegen den Mast fliegen. Überdies würden WEA von Zugvögeln inzwischen häufig umflogen. Ähnlich wird bei Insekten argumentiert: 1.200 Tonnen würden jährlich durch WEA vernichtet - 450.000 Tonnen hingegen von Vögeln in Waldgebieten gefressen.

Letztlich sieht der BUND lediglich einen kleinen schwarzen Fleck auf der weißen Weste der WEA: Das Treibhausgas Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>), das zur Isolation in elektrischen Schaltanlagen eingesetzt werde, sei ein "echter Problemstoff", der aber im Normalfall sicher in der WEA verbleibe.

### **Erneuerbare Energien sind ein überragendes öffentliches Interesse**

Der Bundesrechnungshof (BRH) sieht das in seinem 58seitigem Sonderbericht zur Energiewende (JF 12/24) allerdings nicht so "locker" wie der BUND. Der Ausbau erneuerbarer Energien (EE) sei "für eine treibhausgasneutrale Energieversorgung und damit für den Klimaschutz von überragender Bedeutung", aber zugleich "liegen der Bundesregierung zahlreiche Erkenntnisse zu negativen Umweltwirkungen" der EE vor.

Dazu zählten beispielsweise "die Inanspruchnahme von knappen Flächen und Ressourcen, aber auch die Beeinträchtigung der Biodiversität", heißt es gleich zu Beginn des zwölfseitigen Kapitels über die "Umweltverträglichkeit der Stromversorgung". Und: "Im Zuge der Energiekrise wurden umweltschutzrechtliche Verfahrensstandards abgesenkt. Dies erhöht das Risiko, daß einzelne Schutzgüter mehr als nötig beeinträchtigt werden."

Der BRH sieht daher - anders als grüne Vorfeldorganisationen wie der BUND, das AKW-feindliche Öko-Institut oder die Wärmepumpen-Lobby der Agora Energiewende - das "Ziel einer umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität" nach Paragraph 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) als "gefährdet" an. Und um welche "Schutzgüter" geht es eigentlich? "Die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen und Biodiversität, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sowie das kulturelle Erbe und sonstige Sachgüter" werden im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) genannt.

Das UVPG gibt es seit 1990, und es wurde seither mehrfach verschärft - und unter der Ampel erstmals spürbar gelockert. Warum? In ihrem Koalitionsvertrag "Mehr Fortschritt wagen" hatten sich SPD, Grüne und FDP das Ziel gesetzt, den EE-Ausbau "drastisch zu beschleunigen und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen".

Man könnte auch sagen: "Wo gehobelt wird, fallen Späne!" Oder im Ampel-Koalitionssprech: "Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen", denn WEA und Solaranlagen "liegen im öffentlichen Interesse und dienen der Versorgungssicherheit". Bei der Schutzgüterabwägung müsse es "bis zum Erreichen der Klimaneutralität" einen "befristeten Vorrang" für die EE geben:

"Wir schaffen Rechtssicherheit", unter anderem "durch die Anwendung einer bundeseinheitlichen Bewertungsmethode bei der Artenschutzprüfung von Windenergievorhaben", heißt es im Koalitionsvertrag. Aber das reiche nicht: "Für die Windenergie an Land sollen zwei Prozent der Landesflächen ausgewiesen werden." Bei 349.000 Quadratkilometern Landfläche wären das knapp 7.000 Quadratkilometer - ein Drittel der Fläche Hessens oder zehn Prozent von Bayern.

Dabei hätten die Flächenbelegungen schon "mit dem Voranschreiten der Energiewende seit dem Jahr 2000 zugenommen", kritisiert der BRH. "Dies beeinträchtigt die Schutzgüter Fläche, Boden und Landschaft sowie indirekt (durch Lebensraumverluste) die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und Biodiversität." Die Anzahl von WEA "in Schutzgebieten" habe sich im Zeitraum 2010 bis 2020 verdoppelt: "Nur wenige Anlagen unterlagen Abschaltauflagen zum Schutz von Tieren."

Der BRH verlangt daher ein "Monitoring der tatsächlichen Umweltwirkungen des Energiesystems anhand klar definierter Ziele". Sprich: Mensch und Natur sind vielleicht wichtiger als CO2-Phobie und Klimapanik.

*BRH-Sonderbericht zur Energiewende: [bundesrechnungshof.de/SharedDocs/DownloadsDE/Berichte/2024/energiewende-volltext.pdf](https://bundesrechnungshof.de/SharedDocs/DownloadsDE/Berichte/2024/energiewende-volltext.pdf)<<*

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 10. April 2024 (x1.367/...): >>**Insolvenzen steigen um 35 Prozent: Habeck ist der Totengräber unserer Wirtschaft!**

Der Insolvenztrend des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigt eine verheerende Entwicklung. Demnach stieg die Gesamtzahl der Firmenpleiten im März 2024 um dramatische 35 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß allein im Monat März in 1297 Unternehmen die Lichter ausgingen. Seit Beginn der Erhebung im Jahr 2016 war diese Zahl noch nie so hoch gewesen. Wer kann darüber auch überrascht sein? Mit Kernkraft-Ausstieg, "Energiewende", CO2-Abgaben und einer unerträglich hohen Bürokratie- und Steuerlast haben Wirtschaftsminister Habeck und die Ampel-Regierung alles getan, um unserer Wirtschaft die Luft abzuschneiden.

Für die Menschen, die nun ihre berufliche Existenz verlieren, müssen die berüchtigten Worte von Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) wie bitterer Hohn klingen. Auf die Frage, ob er mit einer Insolvenzwelle rechne, sagte Habeck einst in einer Fernsehsendung: Nein, damit rechne er nicht. Und weiter: "Ich kann mir vorstellen, daß bestimmte Branchen einfach erst mal aufhören zu produzieren. Nicht insolvent werden."

Es ist eine bittere Ironie: Ausgerechnet jener inkompetente Kinderbuch-Autor, der die Bedeutung des Wortes "Insolvenz" nicht kennt, hat so viele Insolvenzen herbeigeführt wie kein anderer Wirtschaftsminister der Bundesrepublik.

Die Auswirkungen seiner Zerstörungspolitik lassen sich auch in einer aktuellen Auswertung des Ifo-Instituts ablesen. 78 Prozent der befragten Wirtschaftsexperten erklärten demnach, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland in den vergangenen Jahren unattraktiver geworden sei; 48 Prozent erwarten weitere Verschlechterungen im kommenden Jahrzehnt.

Mit den etablierten Parteien wird es dazu auch kommen - mit uns nicht. Wir werden mit der Rückabwicklung der "Energiewende" die Energiekosten wieder senken und ideologisch motivierte Abgaben wie die CO2-Abgabe abschaffen. Und anstatt die Massenmigration voranzutreiben, werden wir mit einer bildungspolitischen Wende dafür sorgen, daß die wirklichen Fachkräfte im eigenen Land ausgebildet werden. Die fleißigen Unternehmer und Arbeitnehmer in unserem Land haben eine bessere Wirtschaftspolitik verdient!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 11. April 2024 (x1.369/...): >>**Jetzt drehen sie uns auch noch das Gas ab**

Nachdem immer mehr Kraftwerke abgeschaltet werden, will die Regierung jetzt auch die Gasnetze stilllegen. Geheizt werden soll dann nur noch mit Strom. Was hat sich die Regierung dabei gedacht?

Die zu erwartende und von der Bundesregierung forcierte Stilllegung von Großteilen des Gasnetzes stößt bei Wirtschaftsexperten auf scharfe Kritik.

"Hier wird der Fehler wiederholt, funktionierende Anlagen abschalten zu wollen, bevor klar ist, ob und wie neue Anlagen funktionieren", sagte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, der "Bild". Die optimale Umstellung auf elektrische Heizungen sei ein komplexer Prozeß, der regional differenziert und abhängig von den Kosten der Aufrechterhaltung der Netze erfolgen sollte, so Fuest: "Bevor man abschaltet und demontiert, muß man zeigen, daß die Alternative funktioniert."

Auch die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm sieht eine schnelle Stilllegung der Gasnetze kritisch: "Man sollte erst aussteigen, wenn man die Voraussetzungen für Alternativen geschaffen

hat", sagte sie der Zeitung. Selbst wenn ein Kosten-Nutzen-Vergleich ergebe, daß es teurer ist, das aktuelle System aufrechtzuerhalten, "muß man die Dynamiken und mögliche Hemmnisse beim Aufbau von Alternativen berücksichtigen".

Es könne einzelne Kunden hart treffen, man brauche für sie einen belastbaren Plan: "Hohe Kosten für aktives Abreißen der Infrastruktur in Kauf zu nehmen wäre für mich sehr überraschend. Wir haben viele andere Bedarfe, wo öffentliches Geld besser angelegt wäre."

Der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Achim Wambach, sagte der "Bild": "Es ist richtig, den Verbrauchern rechtzeitig zu sagen, was passieren wird. Aber es fehlt beim Gasnetz ein Plan B. Niemand weiß, ob die Transformation auch wirklich klappt." Bevor nicht klar sei, wie die Versorgung mit Wasserstoff, Biomasse und anderem in Zukunft sein werde, "sollte das Gasnetz nicht zurückgebaut werden", warnte Wambach.

Der ZEW-Präsident forderte zugleich "ein gutes und vorausschauendes Risikomanagement" für die Energiewende: "Das muß bei regionalen Gasnetzen bei den Stadtwerken liegen." Ziel müsse sein, rechtzeitig Alternativen parat zu haben, wenn sich der Ausstieg aus Gas nicht in der geplanten Zeit umsetzen läßt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/24" berichtete am 12. April 2024 (x1.387/...): >>Verheerende Energiepolitik

Deindustrialisierung: Die Strompreise steigen und immer mehr Firmen verlassen Deutschland  
*Marc Schmidt*

Bereits 2023 waren 16 Prozent der deutschen Industrieunternehmen aktiv dabei, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen. Weitere 30 Prozent arbeiteten an entsprechenden Planungen. Inzwischen sind nicht nur große Mittelständler aller Branchen vor die Wahl zwischen Insolvenz oder Auslandsproduktion gestellt, sondern es trifft auch deutsche Traditionsunternehmen wie Miele, Bayer, VW, Merck, SAP, Conti, BASF und Siemens.

Die Deindustrialisierung zeigt sich auch in anderen Zahlen: 135,5 Milliarden Euro investierten deutsche Firmen 2023 im Ausland, ausländische Unternehmen nur 10,5 Milliarden Euro in Deutschland. Fast 60 Prozent der ausländischen Unternehmen nannten die hohen deutschen Energiekosten als Grund, Fertigungsanlagen anderswo zu errichten. Diese Investitionen haben einen Planungshorizont von bis zu 20 Jahren. Die Investoren rechnen nicht damit, daß sich die energiepolitischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland in den kommenden Jahren verbessern werden.

Vor diesem Hintergrund haben auch die traditionell regierungsfreundlichen Lobbyvereine wie der Industrieverband BDI ihre Position revidiert. Er benennt die hohen Energiepreise als Grund für ein bestenfalls minimales Wirtschaftswachstum. Auch die "Wirtschaftsweisen" der Bundesregierung attestierten dem Standort Deutschland anhaltende Verluste an Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere bei den energieintensiven Gütern, was der erneute Produktionsrückgang der energieintensiven Industrie um fast 20 Prozent gegenüber 2022 belegt.

Frühere Wirtschaftsminister hätten auf anhaltend schlechte Statistiken, ausbleibendes Wachstum und Kritik der Ökonomen und Verbände mit einer Kurskorrektur reagiert, aber nicht der erste grüne Ressortinhaber. Robert Habeck, der sich sogar für einen Kanzlerkandidaten hält, erklärt lieber über ihm verpflichtete Stellen, die Probleme zu hoher Energiepreise seien übertrieben. Ein Beispiel ist das Statistische Bundesamt (Destatis) und dessen halbjährliche Publikation der Strompreise. Industrieunternehmen werden dabei passend mit staatlichen Stellen zusammengefaßt.

**Auch Erdgas, Öl, Kohle, Diesel und andere Rohstoffe wurden teuer**

Für diese Gruppe wird für das zweite Halbjahr 2023 ein Durchschnittsstrompreis von 20,35 Cent pro Kilowattstunde (kWh) netto angegeben, was einem Rückgang von 1,9 Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 2022, aber zugleich einem Anstieg um 22,2 Prozent gegenüber dem zweiten Halbjahr 2021 entspricht. Wichtig bei der Betrachtung sind nicht die Werte an

sich, sondern die Zusammenhänge, die nicht erwähnt werden.

Die ermittelten Nettostrompreise, die über dem EU-Durchschnitt liegen, waren bereits 2021 zu hoch und ein Treiber der Inflation. Diese richtige Bewertung ist nicht Aufgabe der Statistiker, wohl aber eine Arbeit mit methodisch korrekten Hinweisen. Der Nettostrompreis 2021, der als Vergleichsbasis dient, umfaßte 6,5 Cent EEG-Umlage für die Ökostromerzeuger.

Diese wird seit Juli 2022 von allen Steuerzahlern sowie über das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), das Gas, Kraftstoffe, Heizöl und Kohle künstlich verteuert, gezahlt. Durch das Herausrechnen sank der Strompreis - indirekt werden die Subventionen für Solar- und Windstrom weiter gezahlt. Diese Tatsache fällt besonders ins Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß 2021 etwa 2.200 "privilegierte" Unternehmen mit dem höchsten Stromverbrauch ganz oder teilweise von der EEG-Umlage befreit waren. Eine entsprechende Erläuterung findet sich in den Destatis-Meldungen nicht.

Der Hinweis, daß die von Insolvenz oder Abwanderung bedrohte Industrie mit hohem Stromverbrauch gegenüber den bereits 2021 zu hohen Energiepreisen einen weiteren Anstieg von 50 Prozent statt 22,2 Prozent hat hinnehmen müssen, fehlt sowohl in der Publikation als auch in der Berichterstattung, die sich auf den leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr konzentriert. Die Dramatik der Lage wird allerdings erst dann ganz deutlich, wenn man neben den explodierten Stromkosten die ebenfalls stark gestiegenen Gaspreise, Netzentgelte und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung (BEHG) einbezieht.

Einen Hinweis auf die Lohn-Preis-Spirale als Folge der politisch gewollten Verteuerung der Energie mit dem Ergebnis überhöhter Inflationsraten zählt allerdings nicht zu den Destatis-Aufgaben, wohl aber zu denen von Verbänden und Interessenvertretern. Der BDI mit 39 Branchenverbänden oder der DIHK als Vertretung aller Industrie- und Handelskammern trauen sich nun, die Standortbedingungen und die Energiepolitik zu kritisieren. Robert Habeck hat aber weiter treue Freunde: Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wird dominiert von den vier großen Stromversorgern und hat als stärkste Mitgliedergruppe die Stadtwerke mit ihren jeweiligen Gesellschaften für Energie- und Wassernetze.

### **Eine nicht nur volkswirtschaftlich brandgefährliche Entwicklung**

Die BDEW-Chefin Marie-Luise Wolff - eine anglophile Musikwissenschaftlerin und Ex-Sony-Managerin - nutzte den Spiegel für Aussagen fernab der Realität. Die Energiepreise wären auf einem Niveau vor der Krise und die Industrie würde den Standort unnötig schlechtreden. Wobei der BDEW die Auswirkungen dieses Niveaus durchaus erkennt, wenn Marie-Luise Wolff offen zugibt, daß unter diesen Bedingungen verschiedene Produktionsprozesse der Grundstoffindustrie aus Deutschland verschwinden werden. BDEW-Hauptgeschäftsführerin ist seit 2019 die langjährige Grünen-Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae.

Doch auch sie kann die Realität nicht ignorieren - und die BDEW-Strompreiszahlen sind bei einem genaueren Blick sogar aufschlußreicher als die von Destatis: Der Nettostrompreis ohne Abgaben/Umlagen lag 2016 bei lediglich sieben Cent pro kWh - 2023 waren es 21,6 Cent. Diese volkswirtschaftlich gefährliche Entwicklung löst aber dennoch nicht die Probleme der Ampel-Energiepolitik:

Zwar sinkt mit weniger Industrie der Gesamtstromverbrauch und die sich abzeichnende Versorgungslücke durch mehr E-Mobilität und Wärmepumpen fällt geringer aus, aber durch den Wegfall des konstanten Grundverbrauchs der Industrie und das Abschalten der AKW und Kohlekraftwerke wird eine alle Schwankungen ausgleichende Netzsteuerung kaum noch möglich sein - schon gar nicht für kleine Stadtwerke in der Provinz, die den Großteil der BDEW-Mitglieder ausmachen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 15. April 2024 (x1.367/...): >>1 Jahr Isar 2-Ausstieg: Zurück zur Willkommenskultur für Kernkraft!

Heute vor genau einem Jahr wurde eine verheerende Fehlentscheidung der Ampel-Regierung besiegelt: Mit der Abschaltung des bayerischen Kernkraftwerks Isar 2 wurde der ideologisch motivierte Ausstieg aus der Kernenergie abgeschlossen. Auf dem Altar verbodrter grüner Ideologie wurden die Sicherheit unserer Energieversorgung, die Bezahlbarkeit unserer Energie und eine wichtige Lebensader unserer Industrie geopfert. Verantwortlich dafür: CDU und Ampel-Regierung. Als einzige Partei hat die AfD immer gegen den Kernkraft-Ausstieg Stellung bezogen und klargemacht, daß diese Zerstörungspolitik nicht auf wissenschaftlichen Fakten beruht.

Die Folge dieser Kamikaze-Energiapolitik der etablierten Parteien ist eine Kettenreaktion, die sich auf zahlreiche wirtschafts- und sozialpolitische Bereiche auswirkt. Die Menschen können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen und werden in die Verschuldung und Verarmung getrieben. Krankenhäusern und Arztpraxen droht wegen der explodierenden Energiekosten die Schließung. Ganze Industriezweige wie die Stahl-Industrie, die chemische Industrie oder die Auto-Industrie werden aufgrund der hohen Energiekosten ruiniert beziehungsweise aus dem Land getrieben.

Dabei hat die moderne Kernkraft-Technologie längst einen enorm hohen Sicherheitsstandard erreicht - die Panikmache entspricht nicht den Fakten. Genau deshalb setzen Nachbarländer wie Polen, Tschechien und Frankreich auf einen Ausbau beziehungsweise den Einstieg in die Kernkraft. Nur Deutschland betätigt sich als Geisterfahrer, ohne daß dies auch nur mit dem geringsten ökologischen Nutzen verbunden ist.

Für uns steht deshalb fest: Wir werden den sinnlosen Ausstieg aus der Kernkraft beenden, abgeschaltete Kernkraftwerke reaktivieren und neue Kraftwerke bauen. Wir werden ausreichende Forschungsmittel für Kernspaltung und Kernfusion bereitstellen, anstatt das Steuer-geld unserer Bürger für "Gender-Forschung" zum Fenster hinauszwerfen. Denn wir wollen uns für unsere Bürger einsetzen, nicht für Ideologie und Lobby-Interessen!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 17. April 2024 (x1.369/...):  
>>**Kommunen fürchten Überlastungen des Stromnetzes**

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnen vor Netzüberlastungen und zu wenig Anschlußkapazitäten für Wärmepumpen im Zuge der Energiewende. "Unsicherheiten lassen sich nie ganz ausschließen", sagte ein VKU-Sprecher der "Bild-Zeitung" (Mittwochausgabe).

Bei komplexen Entwicklungen und schnellem Verbrauchsanstieg "etwa infolge von Neuan-siedelungen" könne es "trotz aller Anstrengungen" problematisch werden. Je stärker Strom-netze verstärkt und nachgerüstet werden, "desto unwahrscheinlicher werden vorübergehende Engpaß-Situationen". Auch die Städte und Gemeinden mahnen zu vorausschauendem Han-deln in der Politik.

André Berghegger, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sagte ebenfalls der "Bild": "Vor allem im Übertragungsnetz ist absehbar, daß punktuelle Ergänzungen einzelner Leitungen nicht mehr ausreichen." In den vergangenen Jahren seien die Anfor-derungen an unsere Stromnetze stark gestiegen.

"Obwohl der Gesamtenergiebedarf auf lange Sicht sinkt, wird der Strombedarf durch die zu-nehmende Elektrifizierung etwa von Verkehr, Wärmebereitstellung für Haushalte und Indu-strieprozessen steigen", sagte Berghegger. Für die Transformation sei der Netzausbau von großer Bedeutung, damit Kommunen in ihrer Wärmeplanung auf eine solide Versorgungs-grundlage zurückgreifen können und Bürger "ihre Investitionen in E-Autos oder Wärmepum-pen entsprechend planen können".

Berghegger mahnt Tempo an: "Es ist seit geraumer Zeit bekannt, daß ein akuter Netzanpas-sungsbedarf besteht, damit die Energiewende gelingen kann. Die Ertüchtigung der Verteil-und Übertragungsnetze muß schnell, behertzt und unbürokratisch angegangen werden."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 25. April 2024 (x1.367/...): >>**Grüne täuschten beim Atomausstieg: Nur die AfD bringt die Kernkraft zurück!**

Es ist nicht überraschend, aber es ist eine Bankrotterklärung für Wirtschaftsminister Habeck und Umweltministerin Lemke: Die vom Magazin "Cicero" eingeklagten Akten zum Atomausstieg belegen, daß grüne Strippenzieher in den Ministerien die Öffentlichkeit getäuscht und fachliche Kompetenz ignoriert haben. Das Fazit des Magazins ist eindeutig: Grünen-Funktionäre hätten "über Jahrzehnte hinweg ein dichtes, filzartiges Netzwerk gebildet, das die deutsche Energiepolitik beherrscht. Und nun, während das Scheitern dieser Politik offensichtlich wird und die wirtschaftliche Zukunft des Landes bedroht, sitzen sie an den Schalthebeln der Macht."

Nach der fachlichen Meinung wurden immer wieder nicht Experten befragt, sondern Vertreter der grünen Partei und ihrer Bundestagsfraktion. Ein Beispiel für das skrupellose Vorgehen der Ministerien ist das Verhalten des Kernkraftgegners Gerrit Niehaus, der von Umweltministerin Lemke zum Abteilungsleiter gemacht wurde. Nachdem zwei Referenten und ein Referatsleiter in einem Vermerk vom 1. März 2022 klarstellten, daß der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke "über mehrere Jahre" mit Blick auf die nukleare Sicherheit verantwortbar sei, schrieb Niehaus diesen Vermerk um und verkehrte die Kernbotschaft ins Gegenteil. Auch der im Filz-Skandal versunkene Habeck-Vertraute und frühere Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Patrick Graichen, betätigte sich als Einpeitscher.

Die Vorgänge unterstreichen, was die AfD seit Jahren immer wieder gesagt hat: Beim Ausstieg aus der Kernkraft ging es zu keinem Zeitpunkt um wissenschaftliche Fakten - es ging um Lobby-Interessen und um grüne Ideologie, unter die sich die etablierten Parteien allesamt untergeordnet haben. Nur mit der AfD werden die Kernkraftwerke wieder an den Stecker gebracht. Denn die heutige Kernkraft-Technologie bietet längst hervorragende Sicherheitsstandards und sorgt darüber hinaus für bezahlbaren Strom. Deshalb setzen unsere Nachbarländer auf diese Technologie. Geisterfahrer-Politik haben wir genug. Politik für unsere eigenen Bürger gibt es nur mit der AfD!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. April 2024: >>**Geheimakte AKW-Ausstieg: Die dreisten Lügen der Grünen**

Von *Sven Reuth*

Es ist ein Riesenskandal - und wird dennoch bislang kaum thematisiert: Umweltminister Robert Habeck wurde von seinen eigenen grünen Staatssekretären in der Frage des AKW-Ausstiegs grob getäuscht und gab dann die Falschinformationen an die Öffentlichkeit weiter. Machthaber fahren die Wirtschaft gegen die Wand, spielen Krieg und entrechten die Bürger ...

Es ist ganz sicher einer der größten Skandale der letzten Jahre - und dennoch berichtet der öffentlich-rechtliche Staatsfunk bislang noch überhaupt nichts: Beim 2022 vollzogenen Atomausstieg täuschte eine grüne Kamarilla aus verschiedenen Staatssekretären im Umwelt- und Wirtschaftsministerium die Öffentlichkeit und sogar den eigenen Minister, um gegen die objektiven wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes den Atomausstieg zu erzwingen.

### **Ein irrsinniger Ausstieg**

Aussagen von politisch neutralen Beamten in den Ministerien, die in teilweise drastischer Form vor einem überstürzten Atomausstieg warnten, wurden dabei in ihr glattes Gegenteil verkehrt. Das konnte nun durch Recherchen des Magazins Cicero offengelegt werden.

Ein Rückblick: Schon im Frühjahr 2022 führte die Kriegsunterstützung der Ukraine durch Deutschland zu einer regelrechten Explosion der Gas- und Strompreise. Eine Mehrheit der Bürger schlug sich schon damals beim Gedanken an einen gleichzeitig erfolgenden deutschen Atomausstieg die Hände vor dem Gesicht zusammen. Doch dieser wurde - nach einer eher

kosmetischen Laufzeitverlängerung um ein Vierteljahr bis zum 31. März 2023 - knallhart von der Ampel-Regierung durchgezogen.

Der Grund: Auf einer am 8. März 2022 abgehaltenen Pressekonferenz behaupteten Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne), daß eine Laufzeitverlängerung der drei damals noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke "nicht zu empfehlen" sei. Wie die beiden Kabinettsmitglieder überhaupt zu dieser mehr als merkwürdigen Einschätzung kamen, war damals nicht nachvollziehbar.

### **Die politische gewollte Strom-Preisexplosion**

Aufgrund einer Klage des Magazins Cicero wurde nun aber ein Einblick in die damaligen ministeriumsinternen Vorgänge möglich. Aus den nun freigegebenen Dokumenten wird vor allem eines ersichtlich: Die damalige Fachabteilung im Wirtschaftsministerium plädierte vehement für einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

In einem Vermerk hieß es beispielsweise: "Es ist heute unklar, ob für den nächsten Winter ausreichend Erdgas eingespeichert werden kann, um einen tagelangen Betrieb von Gaskraftwerken neben dem Verbrauch in der Industrie und zu Wärmeversorgung zu ermöglichen."

Gerade in den Wintermonaten, so die Fachleute aus dem Ministerium weiter, "würden die drei derzeit noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke bis zu 4 GW Gaskraftwerke aus der Merit-Order verdrängen und deren Gasverbrauch entsprechend reduzieren." Entsprechend könnten dadurch auch "die Strompreise in vielen Stunden sinken".

Diese Erkenntnis liegt natürlich auch in der Logik der Sache selbst. Die Herausnahme der Leistung der Atomkraftwerke aus der "Merit Order" genannten Einsatzreihenfolge der Strombörse führt am Ende natürlich zwangsläufig dazu, daß Gaskraftwerke am teuren Ende der Skala den benötigten Strom liefern müssen.

### **Uralt-Kohlemeiler: Ein Sicherheitsrisiko**

Die Fachleute aus Habecks Ministerium wiesen auch ausdrücklich darauf hin, daß der AKW-Ausstieg die Versorgungssicherheit Deutschlands gefährden könne und somit eine Frage der nationalen Sicherheit sei. Sorgen machte den Experten insbesondere die mangelnde Zuverlässigkeit von eigentlich schon eingemotteten Kohlekraftwerken, die nun wieder gebraucht würden.

Die Kohlekraftwerke als Reservekapazitäten "weisen aufgrund ihres Alters bekanntermaßen eine geringe Verfügbarkeit und viele Fehlstarts auf", warnten die Fachleute, Und weiter: "In welcher Verfassung die stillgelegten Kraftwerke sind, ist weiterhin zum jetzigen Zeitpunkt unbekannt."

Im Klartext: Der Beschluß zum Atomausstieg im Jahr 2022 war eine reine, an Verantwortungslosigkeit kaum zu übertreffende Harakiri-Aktion. Es ist allerdings unklar, ob Habeck die drastischen Warnungen der eigenen Fachleute je zu Gesicht bekam. Diese gingen nämlich an seinen damaligen Staatssekretär Patrick "Abu" Graichen, der im vergangenen Jahr wegen Vorwürfen der Vetternwirtschaft zurücktreten mußte. Gut möglich also, daß Graichen die Warnungen der Fachleute einfach in der Schublade verschwinden ließ und nicht weiterleitete.

### **Der verfälschte Vermerk**

Graichens Kumpan bei dieser konzertierten Aktion war nach Erkenntnissen des Cicero offenbar Stefan Tidow, grüner Staatssekretär in Steffi Lemkes Umweltministerium und Herr über die Atomaufsicht. Tidows Mann bei der Atomaufsicht war Gerrit Niehaus, ein grünes Urgestein und Anti-AKW-Hardliner, der zehn Jahre im grün geführten Umweltministerium in Baden-Württemberg arbeitete, bis er nach der Machtergreifung der Ampel nach Berlin wechselte, wo er nun in der Abteilung "Nukleare Sicherheit, Strahlenschutz" im Bundesumweltministerium arbeitet.

Niehaus strich laut Erkenntnissen von Cicero einfach einen Vermerk von Fachleuten aus dem Bundesumweltministerium über drei "verträgliche" Szenarien eines Weiterbetriebs der deut-

schen AKWs. Stattdessen fälschte er den AKW-freundlichen Vermerk der Fachleute in sein glattes Gegenteil um und behauptete, daß eine "Laufzeitverlängerung aus Gründen der nuklearen Sicherheit" abzulehnen sei.

Fazit: Grüne Parteisoldaten haben nach Gutsherrenmanier und ganz im Sinne ihrer verschrobenen Ideologie sowohl im Bundeswirtschaftsministerium wie auch im Bundesumweltministerium geradezu nach Belieben geschaltet und gewaltet, um den ökonomisch schädlichen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie durchzudrücken. Versorgungssicherheit wie auch der Aspekt einer bezahlbaren Energie waren ihnen dabei komplett gleichgültig.

Jetzt muß - am besten im Rahmen eines Untersuchungsausschusses - unverzüglich aufgeklärt werden, was Wirtschaftsminister Robert Habeck von diesen skandalösen Vorgängen wußte, ob er wirklich getäuscht wurde oder ob er aufgrund seiner totalen wirtschaftspolitischen Ahnungslosigkeit zum leichten Manipulationsobjekt der grünen Staatssekretär-Clique geworden ist. Es wird weder für Habeck noch für Steffi Lemke ausreichen, nun mit dem Finger auf angebliche AfD-Skandale zu zeigen, um vom selbstverschuldeten Debakel des AKW-Ausstiegs abzulenken.

*Machthaber fahren die Wirtschaft gegen die Wand, spielen Krieg und entrechten die Bürger: Dazu alles im brandneuen COMPACT-Magazin "Verbrecher an der Macht". <<*

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. April 2024 (x1.368/...):

>>**Neue Vorwürfe gegen Habeck: Agora-Mann im BMWK stellte Experten kalt**

Die Möglichkeit einer Bestellung von Brennelementen aus Frankreich wurde einfach nicht weiter verfolgt - "Keine weiteren Aktivitäten" ordnete man im Ministerium an. Robert Habecks Versuche der Rechtfertigung verstricken sich in Widersprüche.

Von *Redaktion*

Seit vergangenem Donnerstag beschäftigen Enthüllungen des Cicero das politische Berlin: Grüne Beamte in den Ministerien für Wirtschaft und für Umwelt manipulierten im großen Stil, um einen Ausstieg aus dem Atomausstieg mit allen Mitteln zu verhindern.

Nun erhebt das Magazin neue Vorwürfe. Der Cicero bezieht sich dabei auf einen E-Mail-Austausch innerhalb des Wirtschaftsministeriums, der sich in den freigelegten Atomkraft-Akten befand.

Kernaussage des am Dienstag veröffentlichten Artikels: Verantwortliche Mitarbeiter im Ressort von Robert Habeck haben vernünftige, zumindest aber diskussionswürdige Vorschläge von Kollegen aus der unteren Hierarchie offenbar ohne viel Aufhebens abgeschmettert. Ein Abteilungsleiter würgte den Vorschlag eines Fachbeamten ab, neue Brennelemente in Frankreich zu besorgen. Per E-Mail ordnete er an: "Keine weiteren Aktivitäten".

Inhaltlich geht es in dem Schriftwechsel um die Beschaffung von Brennelementen, die das Herz eines jeden Atomkraftwerks sind. Im Zuge der aktuellen Debatte hatte Habeck vergangene Woche erklärt, die Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland hätten ihm im März 2022 mitgeteilt, daß ihre vorhandenen Brennelemente "ausgelutscht" gewesen seien. Auf Deutsch: Ein längerer Weiterbetrieb sei technisch nicht möglich.

**Experte bot Lösungen an - die die Grünen nicht wollten**

Was Habeck ausdrücklich nicht sagte: Ebenfalls im März 2022 suchten Fachleute in seinem Haus nach Lösungen für das Problem und überlegten, wie man rechtzeitig bis zum Winter neue Brennelemente besorgen könnte. So sendete ein Fachbeamter am 9. März 2022 eine E-Mail an seinen Vorgesetzten Christian Maaß und machte ihm einen Vorschlag zum Thema "Liefermöglichkeiten neuer Brennelemente" für die drei noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland. Dabei stellte er voran, daß die Kraftwerksbetreiber über ihre "bisher genutzten Lieferkanäle" mit einer Lieferfrist "von 15 bis 18 Monaten" kalkulieren.

"Denkbar ist natürlich auch, daß man mal bei den Franzosen nachfragt", schlug der Experte vor. "Die sollten für ihre 58 Reaktoren doch für deren laufenden Betrieb auch eine gewisse

Reserve an fertigen Brennelementen vorhalten." Diese müßten also nicht erst gefertigt werden, "vielleicht könnten wir die auch in den deutschen AKW einsetzen, und zwar kurzfristig, noch rechtzeitig vor dem kommenden Winter 22/23."

### **Agora-Mann sabotierte Pläne**

Der grüne Abteilungsleiter Christian Maaß hätte die Möglichkeit gehabt, den Vorschlag weiterzutragen oder sich sogar dafür starkzumachen. Zumindest hätte er ihn - ganz neutral - in größerer Runde zur Diskussion stellen können. Das geschah aber offensichtlich nicht. er aus Hamburg stammende Grünen-Politiker Maaß leitet die Abteilung "II - Wärme, Wasserstoff und Effizienz" im Bundeswirtschaftsministerium. Habeck hatte ihn im Frühjahr 2022 aus dem Netzwerk der "Agora-Energiewende-Lobby" ins Ministerium geholt.

Ob der Vorschlag, in Frankreich nach Brennelementen zu fragen, tatsächlich zum Erfolg geführt hätte, sei unklar, resümiert der Cicero. Aber das Beispiel verdeutliche auf ganz konkrete Art, was die gesamten freigelegten Akten zeigen würden: "Die von Robert Habeck eingestellten Spitzenbeamten der Grünen haben ihre neu gewonnene Macht dafür genutzt, eine Laufzeitverlängerung mit allen Mitteln zu verhindern."

Die Veröffentlichung bislang geheimer Atomkraft-Akten durch das Magazin Cicero vergangene Woche hat zu hitzigen politischen Debatten und zwei Sondersitzungen von Bundestagsausschüssen geführt. Laut dem Enthüllungsbericht sollen sowohl im Wirtschafts- als auch im Umweltministerium im Frühjahr 2022 interne Bedenken gegen den Sinn eines fristgerechten Atomausstiegs unterdrückt worden sein - aus parteipolitischen Erwägungen.

Auch Manipulationen kamen vor. So wurde die deutsche Energiesicherheit aus ideologischen Überlegungen fahrlässig gefährdet. Beide grün geführten Ministerien wiesen das scharf zurück.<<

### **Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 1. Mai 2024 (x1.368/...): >>Negativer Strompreis: Tausende Windräder und Solaranlagen müssen abgeschaltet werden**

Wenn in Deutschland die Sonne am Wochenende scheint, wird mittlerweile Strom erzeugt, der nicht benötigt wird. Obwohl dieses Problem bekannt ist, baut Habeck die Erneuerbaren ungebremst aus ohne auf den Bedarf zu achten und verschärft damit das Problem.

*Willi Weißfuß*

Sonnenschein, Sommerwetter und Wochenende. Diese Kombination erfreut die meisten Deutschen, hat aber auch einen teuren Beigeschmack. Denn an diesen Tagen produzieren die erneuerbaren Energien, insbesondere die Solarenergie, Strom, der nicht benötigt wird. Ein Problem, das sich zukünftig noch verschärft.

Nach den Marktregeln von Angebot und Nachfrage sinkt der Preis, wenn das Angebot steigt, ebenso wenn die Nachfrage sinkt und genau diese explosive Mischung erleben wir an schönen Sommertagen am Wochenende. An diesen Tagen wird der Strompreis an der Börse sogar plötzlich negativ - zahlen muß dies die Gemeinschaft. Denn vergütet wird der Strom trotzdem. Und zwar absurderweise mit der vorher festgelegten Einspeisevergütung, zusätzlich muß der Steuerzahler teilweise auch für den negativen Strompreis aufkommen. Wir bezahlen auch Abnehmer dafür, daß sie den Strom an sich liefern lassen - das sind vor allem Nachbarländer wie Österreich oder die Niederlande.

Zwar gibt es mittlerweile im EEG-Gesetz die Regelung, daß wenn der Strompreis zu lange negativ ist, der Einspeisevergütung entfällt. Dafür muß 2024 und 2025 der Strompreis drei Stunden am Stück negativ sein, 2026 zwei Stunden am Stück und 2027 eine Stunde lang. Bestandsanlagen sind davon jedoch nicht betroffen, sofern diese vor dem 1. Januar 2021 in Betrieb genommen wurden.

### **Über 20.000 abgeschaltete Anlagen am 30. April 2024, an einem Arbeitstag**

Mittlerweile müssen auch unter der Woche Stromerzeuger abgeschaltet werden, weil es zu

viel Strom im Netz gibt. TenneT, einer von vier Stromnetzbetreibern in Deutschland, hat am 30. April massiv Anlagen abschalten müssen. 22.335 Photovoltaik und Windenergieanlagen mußten im Zeitraum 13 bis 14 Uhr abgeschaltet werden. Die Situation entspannte sich erst gegen 17 Uhr, weil die Photovoltaik dann immer weniger Strom produzierte. Immerhin war an diesem Tag der Strom nie negativ. Der Strompreis sank im Minimum nur auf 1 Cent pro Kilowattstunde an der Strombörse.

Diese radikalen Eingriffe in die Erzeugungsanlagen werden über den gesamten Sommer verteilt kommen, denn die sonnenreichen Monate kommen erst noch. Besonders Juni und Juli brachten in den letzten Jahren immer wieder neue Rekorde bei der Erzeugung von Solarstrom. Ein Zeitraum in dem viele Deutsche im Urlaub sind.

### **Habeck verschärft das Problem des nicht benötigten Stroms**

Das Problem des nicht benötigten Stroms wird aktuell drastisch verschärft und zukünftig auch vermehrt an normalen Arbeitstagen auftauchen, denn der Ausbau der erneuerbaren Energien geht ungebremst weiter. Bis 2030 möchte die Ampel 215 Gigawatt Photovoltaik in Deutschland installiert haben. Zum Vergleich: Ende 2023 waren 81,7 Gigawatt in Deutschland installiert.

Zwar werden aus diversen Gründen wie der Ausrichtung der Solarzellen oder Verschattung nie die vollen 81,7 Gigawatt gleichzeitig in das Netz einspeisen, Ende April erzeugten diese installierte Leistung dennoch zur Mittagszeit 45 Gigawatt. Um diese Zeit hat Deutschland am Wochenende rund 55 Gigawatt Verbrauch und unter der Woche 70 Gigawatt Verbrauch. 215 Gigawatt installierte Leistung würden rein rechnerisch 118 Gigawatt erzeugen - 48 Gigawatt mehr, als unter der Woche in der Spitze benötigt wird.

Zusätzlich zu dem radikalen Ausbau der Photovoltaik hat sich Habeck das Ziel bis 2030 115 Gigawatt an Land (Ende 2023 60,9 Gigawatt installierte Leistung) und 30 Gigawatt auf See (Ende 2023 8,5 Gigawatt installierte Leistung) installiert zu haben. Dazu kommen noch bereits 5,5 Gigawatt installierte Wasserkraft, die in Deutschland mangels geographischer Möglichkeiten kaum noch ausgebaut werden und 10,5 Gigawatt installierte Biowasserkraftwerkskapazitäten. Diese erzeugen normalerweise rund die Hälfte ihrer installierten Leistung.

### **Deutschlands Energiewende in der Sackgasse**

Deutschlands Energiewende befindet sich aktuell in einer Sackgasse. Mit jeder neu installierten Anlage wird faktisch die Überkapazität nur erhöht, ohne einen wirklichen Nutzen zu haben. Der Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten kommt nicht mit den Ausbauambitionen von Robert Habeck mit.

Das deutsche Vorgehen beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist zudem aus ökologischer Sicht mehr als fraglich. Denn keine andere Branche könnte sich dafür rechtfertigen, hektarweise Acker mit Platten voll zupflastern oder gigantische Fundamente in die Natur zu setzen, ohne einen wirklichen Mehrwert zu schaffen. Zugleich schaffen die Ausbauziele von Habeck eine trügerische Sicherheit, denn trotz der für 2030 geplanten fast 400 Gigawatt installierten Leistung an erneuerbaren Energien, haben wir dennoch keinen Strom bei einer Dunkelflaute.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 1. Mai 2024 (x1.368/...):

### **>>AKW-Files: Habeck hielt relevanten E-Mail-Verkehr vor Bundestag geheim**

Im Rahmen der AKW-Files hat sich in der vergangenen Woche Robert Habeck dem Bundestagsausschuß gestellt. Dabei versprach er den Abgeordneten transparent Zugang zu den Akten zu verschaffen. Wie nun herauskommt, soll er dem Ausschuß jedoch einen relevanten E-Mail-Austausch vorenthalten haben.

*Jonas Aston*

Die Affäre um die AKW-Files wirbelt weiteren Staub auf. In der vergangenen Woche mußten sich die Umweltministerin Steffi Lemke sowie Wirtschaftsminister Robert Habeck wegen der

Enthüllungen des Magazins Cicero den Bundestagsausschüssen stellen. Dabei versprachen die beiden Grünen-Politiker, daß man den Abgeordneten transparent und umfassend Einblick in die Akten gewähren wolle. Erst am Dienstagabend bekräftigte der Wirtschaftsminister dieses Versprechen noch einmal bei Markus Lanz. Gehalten hat sich hieran aber offenbar lediglich die Umweltministerin.

Habecks Ministerium versucht hingegen weiterhin Informationen zurückzuhalten. Wie der Focus unter Berufung auf Unionskreise berichtet, hat das Wirtschaftsministerium einen relevanten E-Mail-Austausch dem Ausschuß nicht zugänglich gemacht. Dieser E-Mail-Verkehr wurde von Cicero erst nach der Ausschußsitzung in einem zusätzlichen Text zu den AKW-Akten publik gemacht. Demnach habe ein Fachbeamter vorgeschlagen, neue Brennstäbe aus Frankreich zu besorgen.

Seinen Ausführungen zufolge hätte man mittels dieser die Atomkraftwerke unter Umständen ohne längere Wartezeiten weiterhin im Betrieb belassen können. Von seinem Abteilungsleiter Christian Maaß wurde dieser Vorschlag jedoch abgewiegelt. In einer ersten Antwort erklärte er, daß Umweltministerium "sicherlich ohnehin entsprechend informiert ist". In einer weiteren E-Mail erklärte er: "Bitte abschließend regeln, keine weiteren Aktivitäten in Richtung Brennelementbeschaffung aus unserem Haus nötig."

Vor wenigen Tagen machte der Cicero öffentlich, daß sowohl das Umweltministerium, allen voran aber das Wirtschaftsministerium im Frühjahr 2022 interne Bedenken bezüglich des damals geplanten Atomausstiegs unterdrückt hatten. Beide Ministerien bestreiten dies jedoch vehement. Im Vorfeld hatte das Magazin über Monate die Herausgabe der Akten vor Gericht erstritten und erhielt daraufhin zwei umfangreiche Aktenordner. Zuvor hatte das Wirtschaftsministerium von Habeck nur einen kleinen Teil der angeforderten Dokumente herausgegeben. Begründet wurde dies mit der Vertraulichkeit der Beratungen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28940" berichtete am 4. Mai 2024 (x1.366/...): >>"Schlechter als nur heiße Luft - Die Akte Windkraftanlagen"

Um die Energiewende in Bezug auf die Windkraftanlagen vollziehen zu können, wurde eigens dafür das Windenergieflächenbedarfsgesetz eingeführt. Natürlich geht es wieder einmal darum, den Klimawandel zu bekämpfen. Dabei wird, wie so oft, nur berücksichtigt, was "hinten rauskommt", aber nicht, was dafür aufgewendet werden muß. ...

Am ersten Februar 2023 ist in der Bundesrepublik das Windenergieflächenbedarfsgesetz in Kraft getreten.

Mit diesem Gesetz verpflichtet der Bund die Länder, bis zum Ende des Jahres 2032 einen bestimmten prozentualen Anteil der Landesfläche für Windenergie auszuweisen. Für die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen liegt dieser Anteil bei 0,5 % der Fläche, für die anderen Länder zwischen 1,8 % und 2,2 %. Allein in Bayern sind das rund 1.270 km<sup>2</sup> für Windräder - eine Fläche, halb so groß wie das Saarland!

Damit dieses Ziel auch erreicht werden kann, wurde von der Bundesregierung das Bundesnaturschutzgesetz geändert, sodaß jetzt sogar Landschaftsschutzgebiete herangezogen werden können.

Die Windenergie sei eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle, deren Potential heutzutage erst in Bruchstücken ausgeschöpft wäre - so wird es immer von den Befürwortern der Energiewende beschrieben. Natürlich möchte man auch den immer wieder vorangestellten Klimawandel damit bekämpfen, da bei dieser Technik kein CO<sub>2</sub> anfallen würde. Dabei wird wie so oft nur berücksichtigt, bzw. medienwirksam dargestellt, was "hinten rauskommt", aber nicht, was dafür aufgewendet werden muß. Dies betrifft im Wesentlichen folgende Bereiche:

#### 1. Umweltbelastung

Der Begriff Umweltpolitik wurde um das Jahr 1970 gebildet und bezeichnet die Gesamtheit der politischen Bestrebungen, um die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen sowie der

Natur zu erhalten. Die Windanlagen werden angeblich nicht zuletzt auch zum Schutz der Umwelt errichtet. Sind sie jedoch wirklich ein Segen für die Umwelt?

#### 1a) Abholzung der Wälder

Die größten Feinde des Waldes hießen in der Vergangenheit Trockenheit, Sturm und Borkenkäfer, doch jetzt müssen auch die Windräder dazu gezählt werden. So dürfen z.B. im hessischen Reinhardswald für 18 geplante Windräder 29 Hektar Wald mit bis zu 195 Jahre alten Bäumen gerodet werden. Der Wald ist hinterher nicht mehr als Wald realisierbar, sondern eher als Industrieanlage mit Baumanbindung. Durch die großen Schneisen, die man in den Forst schlägt, entstehen mehr Ränder.

Bäume, die an solchen Plätzen stehen können, sterben, weil sie viel stärker dem Wind und der Trockenheit ausgesetzt sind, was dazu führt, daß sich solche Schneisen weiter ausbreiten. Zwar werden Teile nach dem Bau der Windräder wieder aufgeforstet, aber bis die Natur einen gesunden, mit Humus durchwachsenen Waldboden wieder herstellt, braucht es viele Jahrzehnte.

#### 1b) Ressourcenverbrauch

Für den Aufbau eines Windrades sind nicht nur der Mast und der Rotor notwendig, sondern ein ausgebautes Wegenetz zum Transport der Teile des Windrades. Damit das Ganze auch stehen bleibt, braucht es zudem ein stabiles Fundament. Was dafür benötigt wird, sehen wir am Windparkobjekt Altdorfer Wald. Hier sollen 39 Windräder mit einer Höhe von 285 m errichtet werden. Diese Objekte sind mehr als 5 mal so hoch wie ein durchschnittlicher Kirchturm. Dafür benötigt es ein Fundament mit einer Größe von 1500 m<sup>3</sup>.

Im Fall des Altdorfer Waldes werden bei 39 Windrädern insgesamt 58.500 m<sup>3</sup> Beton benötigt. Um diesen Beton liefern zu können, müssen fahrbare Betonmischer für 7,5 m<sup>3</sup>, ganze 15.600 Fahrten machen.

Darüber hinaus werden über 45.000 Fahrten von Kieslastern benötigt, die den Kies für den Ausbau der Wegstrecke von 27 km anfahren.

#### 1c) Veränderungen in Flora und Fauna

Den Windanlagen fallen jährlich Tausende von Fledermäusen und Vögel zum Opfer. Nach Hochrechnungen sollen es alleine in Deutschland mehr als ca. 200.000 Fledermäuse im Jahr sein, weshalb einige Fledermausarten schon in ihrem Bestand bedroht sind. Die Gefahr für die Tiere liegt nicht nur darin, daß sie gegen die Rotorblätter fliegen. Der Druckabfall hinter den Rotorblättern bringt die Lungen und inneren Organe der Tiere zum Platzen.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt stellte 2017 in einer Studie anhand von Modellrechnungen fest, daß ca. 1.200 Milliarden Insekten im Jahr Opfer von Windrädern werden. Das sind ungefähr 3 Milliarden Insekten pro Tag. Die Überreste von Fluginsekten an Rotorblättern tragen ganz nebenbei auch zu hohen Verlusten bei dem Wirkungsgrad der Anlage bei. Nicht nur für die Tierbestände ist es bedrohlich, auch im Landschaftsbild zeigen sich Bedrohungen. An manchen Stellen werden Bäume an Hanglagen abgeholzt, was danach die Gefahr von Bodenerosion und Erdrutschen erhöht.

#### 1d) Altlasten

Windkraftanlagen sind zurzeit für eine Laufzeit von 20 Jahren ausgelegt. Danach müßte die gesamte Anlage abgebaut und entsorgt werden. Wobei es mehr als fraglich ist, ob die Betonfundamente in jedem Fall wirklich abgebaut werden.

Für die Flügel gibt es aufgrund der enthaltenen Gifte und Verbundstoffe immer noch kein Konzept für die Verwertung, weshalb dieser Problemabfall entsorgt werden muß. Allein durch die Rotorblätter jährlich 20.000 Tonnen Abfall - Tendenz steigend.

Zwischenfazit: Die Partei der Grünen ist früher einmal zum Schutz der Umwelt angetreten. Inzwischen sind sie aber eher bei der Zerstörung der Umwelt angelangt. Während Bauvorhaben wegen der Anwesenheit eines Käfers gestoppt werden, wurde für Windkraftanlagen

sogar das Naturschutzgesetz dahingehend geändert, daß viele Vogelarten wie z.B. Störche, nicht mehr zu den durch Windkraft gefährdeten Arten zählen.

Dabei wurde laut einem vom Naturschutzbund (NABU) beauftragten Rechtsgutachten sogar gegen geltendes EU-Recht beim Artenschutz verstoßen. Auch ist diese Technik nicht ressourcenschonend, wenn sie nur auf so kurze Zeit ausgelegt wurde und danach Stoffe hinterläßt, deren Entsorgung noch nicht geklärt wurde. Die ideologischen Ziele werden mittlerweile mehr beachtet als der Umweltschutz.

## 2. Klimatische Veränderungen

Deutschland alleine hat derzeit 32.000 Windräder in Betrieb. Das führte in den letzten 20 Jahren zu einer Verringerung der mittleren Windgeschwindigkeit von 13 %, wie die Universität Osnabrück ermittelt hat. Das bleibt nicht ohne Folgen.

### 2a) Veränderte Luftzirkulation

In den USA wird 2,5 mal so viel Windenergie wie in Deutschland erzeugt. Durch diese gravierenden Eingriffe können die Luftströmungen vom Äquator weg zum Nordpol dramatisch verringert werden, was eine Absenkung des Jetstreams in südlichen Breitengraden zur Folge hätte. Danach wäre eine Ausdünnung der Luftschichten über dem Nordpol möglich, woraus eine geringere Reflexion und damit Erwärmung der Region resultieren würde.

### 2b) Austrocknung der Böden

Bei den Wechselwirkungen zwischen Windkraft-Turbinen und Luftschichten werden die Wärme- und Feuchtigkeits-Strömungen zwischen Oberfläche und Atmosphäre entscheidend beeinflusst. Vor den Windrädern wird die Luftströmung gebremst und dahinter verwirbelt. An jedem großen Windpark wird so der Atmosphäre, besonders im Sommer, Feuchtigkeit entzogen und der Boden zusätzlich erwärmt.

Eine aktuelle Studie aus China zeigt, welche verheerende Folgen Windparks für ihre Umgebung haben.

Untersucht wurden die Auswirkungen eines chinesischen Windparks an der Grenze zur Mongolei. Dabei fand man heraus, daß die Bodenfeuchtigkeit um 4,1 Prozent im Jahr reduziert wurde. Die komplizierten Mechanismen sind noch nicht vollständig geklärt, doch gesichert ist, daß die Windparks faktisch zu einer Austrocknung der Böden führen, auf denen sie errichtet werden. Im schlimmsten Fall kann es zu Dürren und Bodenerosionen führen, die sich auch auf die weitere Peripherie ausdehnen.

Zwischenfazit: Die Nutzung von Windenergie wird vorangetrieben, um dem angeblich durch CO<sub>2</sub> erzeugten Klimawandel entgegenzuwirken. Gerade die Austrocknung der Böden wird uns da plakativ und mit apokalyptischen Bildern als Folge des Klimawandels vorgeführt. Aktuelle Studien zeigen jedoch, daß gerade die Windkraftanlagen zur Trockenheit führen können.

## 3. Gesundheitliche Schäden

Windräder können zu vielseitigen gesundheitlichen Schäden wie Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen führen. Die Gefahren drohen vor allem durch Infraschall und Schlagschatten. Im Winter besteht aber auch die Gefahr durch Eis.

### 3a) Eis

Bei ungünstigen Wetterbedingungen kann es zu Eisbildung an den Rotorblättern kommen. Dann besteht sogar Lebensgefahr: Durch die Rotorflügel können Eisbrocken über weite Strecken weggeschleudert werden.

### 3b) Infraschall

Infraschall ist Schall, dessen Frequenz unterhalb des menschlichen Hörbereichs liegt - also unterhalb von 16 Hz. Manche Menschen, die in der Nähe von Windrädern leben, berichten von Symptomen wie Müdigkeit, Depression oder auch Seekrankheit. Der Herzchirurg Christian-Friedrich Vahl hat das Phänomen als Leiter der Arbeitsgruppe Infraschall an der Uniklinik

Mainz wissenschaftlich untersucht.

Nach seiner Aussage kommt dieser zustande, wenn das Rotorblatt am Mast entlangläuft, wodurch die Luft komprimiert wird und kurze, steile Impulse entstehen. In der freien Natur tritt auch Infraschall auf, er wird als Rauschen wahrgenommen, ist aber nicht gepulst. Die Impulse, die hier auftreten, merkt man auch körperlich. Es ist vergleichbar mit einem Besucher, der bei einem Rockkonzert vor den Bassboxen steht und den Schall körperlich wahrnehmen kann. Die Pulse, die ein Windrad erzeugt, sind jedoch viel massiver.

### 3c) Schlagschatten

Der Betrieb von Windenergieanlagen verursacht bei Sonne ein, sich bewegendes Schlagschatten, welcher bei den Betroffenen ebenfalls zu erheblichen Belästigungen wie Konzentrationsstörungen, Nervosität, Kopfschmerzen und Schlafstörungen führen kann. Der Schattenwurf des Rotors tritt für viele Menschen unangenehm in Erscheinung, da dieser periodische Helligkeitsschwankungen hervorruft.

Laut der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) ist bei der Genehmigung von Windenergieanlagen sicherzustellen, daß die theoretisch mögliche Beschattungsdauer eines Hauses von 30 Stunden pro Kalenderjahr oder 30 Minuten pro Tag nicht überschritten wird. Gegebenenfalls ist mittels Abschalttechnik dafür zu sorgen, daß die tatsächliche Schattenwurfdauer auf 8 Stunden pro Kalenderjahr und 30 Minuten pro Tag begrenzt wird. Ist ein Haus dem Schlagschatten mehrerer Windkraftanlagen ausgesetzt, gelten die Werte für alle Anlagen zusammen!

Zwischenfazit: Für den normalen Bürger gilt immer das Verursacherprinzip, sollte dies nicht auch für die Betreiber von Windenergieanlagen gelten? Wenn solch eine Anlage nachweislich zu gesundheitlichen Problemen in der Bevölkerung führt, müßte die Anlage abgeschaltet werden, egal ob eine vorgegebene Stundenanzahl für die Belastung erreicht ist oder nicht. Daher stellt sich die Frage, weshalb diese Anlagen überhaupt genehmigt werden.

## 4 Die Energiewende wird unbezahlbar

### 4a) Tatsächliche Leistung von Windanlagen

Die Auslastung ihrer Windparks hüten die Betreiber wie ein Staatsgeheimnis. Die neue Zürcher Zeitung hat 18.000 Windräder in Deutschland untersucht - mit ernüchternden Ergebnissen. Dabei konnte knapp ein Viertel der untersuchten Anlagen nicht einmal einen Kapazitätsfaktor von 20 % vorweisen. Lediglich 15 % der Anlagen hatten eine geschätzte Auslastung von mehr als 30 %. Diese stehen fast alle in Küstennähe.

### 4b) Verlustrechnung bezahlen Verbraucher

Ende Januar 2024 präsentierten die vier Stromnetzbetreiber die Rechnung dafür, was uns der Wind- und Solarstrom kostet: Der Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken führt dazu, daß bei Starkwind oder starker Sonneneinstrahlung mehr Strom produziert wird als benötigt. Die Strompreise an der Börse sinken daraufhin gegen null oder sogar ins Negative, sodaß für die Abnahme zusätzlich Geld bezahlt werden muß.

Trotzdem bekommen die Windanlagenbetreiber 7,35 €/ct/ kWh an garantierter Einspeisevergütung, die Solaranlagenbetreiber sogar 11 bis 13 €/ct/ kWh. Immer häufiger müssen auch bei überschießender Windproduktion Anlagen sogar abgestellt werden, damit nicht zu viel Strom im System landet. Aber auch bei Stillstand fließt das Geld, als ob die Betreiber den Strom produziert hätten. Das kostete die Verbraucher im Jahr 2022 rund 1 Milliarde €, ohne daß sie dafür eine Gegenleistung erhalten.

### 4c) Netzausbaukosten

In Norddeutschland befinden sich aufgrund der Windverhältnisse die meisten Windparks.

Um den Strom nun aber an die Industriestandorte in Bayern und Baden-Württemberg zu bringen, muß auch das Stromnetz ausgebaut werden. Für den notwendigen Ausbau der Hochspannungsleitungen sind Kosten von 300 Milliarden bis 2045 vorgesehen und für die Vertei-

lernetze in Städten und Gemeinden weitere 150 Milliarden €.

Für die Förderung des Windparkausbaus in der windschwachen Südregion, wurde im EEG Gesetz 2023 für diese Region ein Korrekturfaktor von 50 % bis 60 % vorgesehen. Das heißt, es werden weitere Subventionen für Windstrom bereitgestellt, weil ein wirtschaftliches Betreiben von Windanlagen mit den schon bestehenden Subventionen im Süden Deutschlands nicht gegeben ist.

Zwischenfazit: Die Windparks sind nicht effizient für einen Wirtschaftsstandort wie Deutschland. Ohne Subventionen der ideologisch getriebenen Politik würde kaum ein Investor in diese Technik investieren, da sich solche Anlagen unter Konkurrenzbedingungen nicht auf dem Markt behaupten könnten. Der produzierte Strom wird durch diese Rahmenbedingungen für den Verbraucher mehr und mehr unerschwinglich. Privatpersonen verlieren ihren Lebensstandard und Betriebe werden zunehmend ins Ausland abwandern. Wirtschaftsminister Robert Habeck würde dazu sagen: In Deutschland ist dann die Industrie zwar nicht insolvent, sie hört nur auf zu produzieren.

Schlußpunkt: Die Windenergie wird uns immer als eine Energieform vorgestellt, die besonders umweltverträglich und klimaschonend sei. Beides trifft aber, wie wir sehen, nicht zu. Dagegen ist es eine unzuverlässige Art der Energieerzeugung und darüber hinaus für den Verbraucher auch besonders teuer. Wieso aber wird sie dennoch vorangetrieben und wer hat Interesse daran?

Eine plausible Antwort auf diese Frage könnte folgende sein: "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein" ist ein Satz, der aus einem Video des Weltwirtschaftsforums (WEF) aus dem Jahr 2016 stammt und einen Aufsatz der dänischen Politikerin Ida Auken zusammenfaßt. Ida Auken gehört zu dem Young Global Leader Programm des WEF. Für den WEF und seiner Hintermänner wäre das optimal. Alles, was jemand benötigt, wird als Dienstleistung empfangen. Zum einen wäre diese Leistung ein gutes Geschäft, zum anderen würde jedermann vollkommen zum gläsernen Bürger.

Dafür müßten bestehende Strukturen in der Wirtschaft und Bevölkerung erst einmal abgebaut werden und es bräuchte schon einen Plan, wie man das ohne Gegenwehr der Bevölkerung schafft.

Denkbar wäre, daß sämtliche Waren verteuert werden, damit die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, für den Lebensunterhalt aufzukommen und so ihre ganzen Rücklagen aufbrauchen müßte.

Die Energiekosten sind in den meisten Waren eingepreist, weil sie zur Produktion der Güter notwendig sind. Somit wäre der Strompreis so eine Stellschraube, mit der der Preis der Waren angezogen werden kann. Die Atomkraftwerke wurden stillgelegt und aufgrund der Sanktionen gegen Rußland bekommen wir kein billiges Erdgas mehr. Demgemäß sind die billigsten Möglichkeiten der Stromerzeugung weggebrochen.

Strom aus Windkraft ist entweder viel vorhanden und der Preis auf der Strombörse geht gegen null oder der Wind bläst zu wenig und der Strom muß teuer vom Ausland gekauft werden. Das treibt den Strompreis und damit den Preis der produzierten Waren in die Höhe. Langfristig könnten Firmen in solch einem Umfeld nicht bestehen. Sie hören entweder ganz auf zu produzieren oder wandern aus. Zurück bleibt eine Bevölkerung mit hoher Arbeitslosenzahl, die aufgrund der hohen Energiekosten nicht mehr in der Lage ist, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das WEF und seine Hintermänner wären am Ziel - eine Bevölkerung, die den Eliten ausgeliefert ist und sich willig fügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Mai 2024 (x1.377/...):

>>**Unschlagbar: Kohle ist der günstigste Energieträger**

Kohle ist der günstigste und sicherste Energieträger. Lagerstätten gibt es weltweit, die den Energiebedarf der Menschen noch für Jahrhunderte decken können. Erneuerbare Energien

sind hingegen weniger günstig als häufig dargestellt wird. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und eine Lüge, die wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven. ...

Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Transport und Lagerung brauchen keine Pumpen, Rohrleitungen oder spezielle Behälter. Das haben die meisten Länder der Welt verstanden - außer Deutschland.

### **Gebrochene Versprechen nach dem Atomausstieg**

Vor mehr als 20 Jahren wurde von der Rot-Grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Umweltminister Trittin die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland beschlossen. Damals hat die Regierung noch mit Fachleuten der Energieerzeuger nach dem besten Weg gesucht, die Stromversorgung ohne Kernkraftwerke weiterhin sicher und preiswert zu gestalten.

Die Kapazitäten der Kernkraftwerke sollten durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Da zu der Zeit die Steinkohleförderung in Deutschland wegen zu hoher Kosten beendet wurde, sollte Importkohle eingesetzt werden. Die sichere Erzeugerleistung bliebe so erhalten bei einer Erhöhung der Stromkosten um 0,5 bis 1 Cent pro Kilowattstunde. Am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven wurden zusätzlich zu dem vorhandenen 750 Megawatt-Kraftwerk von Uniper noch drei weitere Kraftwerke mit der gleichen Leistung geplant. Nur ein Kraftwerk ist von dieser Planung realisiert worden. Auch in Hamburg Moorburg wurde ein neues Kohlekraftwerk mit zwei 825 Megawatt-Blöcken gebaut. Weiter sollten die mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerke modernisiert und ausgebaut werden.

### **Agora-Energiewende steuert deutsche Energiepolitik**

Verhandlungsführer der Bundesregierung war Rainer Baake, grüner Staatssekretär im Ministerium von Trittin. Nach Insider-Berichten stimmte er zunächst dem Bau neuer Kohlekraftwerke zu, um beim nächsten Treffen wieder Einwände zu erheben. Es seien keine vertrauensvollen Absprachen möglich gewesen. Baake hat dann auch später als Direktor der Deutschen Umwelthilfe maßgeblich an der Verteufelung der Kohlekraftwerke mitgewirkt. Weiter hat er als Direktor die Agora-Energiewende aufgebaut, eine Lobby-Organisation für die Energiewende, die weitgehend von US-Amerikanischen Stiftungen finanziert wird. Diese Gruppe ist hervorragend in der Politik vernetzt und bestimmt weitgehend die deutsche Energiepolitik.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung beruht maßgeblich auf Empfehlungen von Agora Energiewende. Es wurde behauptet, man könne Deutschland mit den sogenannten regenerativen Energien aus Sonne, Wind und Biomasse sicher und bezahlbar mit Strom versorgen. Die von der Praxis gelieferten Ergebnisse sehen anders aus. Wir müssen lernen, daß dies nicht möglich ist.

Mit jeder weiteren "Ökostromanlage" steigt der Strompreis und sinkt die sichere Stromversorgung. Ursache sind die geringen und nicht regelbaren Leistungen der Wind- und Solaranlagen, die je nach Wetterlage nur zwischen 0 und 60 Prozent der installierten Leistung liefern. Mit solchen unzuverlässigen Leistungen kann kein Stromnetz aufgebaut werden, das jederzeit die gewünschte Leistung für den Verbraucher bereit stellt. "Ökostrom" sollte daher als Fakepower bezeichnet werden, um diesen Sachverhalt klar herauszustellen.

Industrievermögen wird vernichtet

Das neu gebaute Kraftwerk Moorburg gehörte zu den ersten, das nach dem Kohleausstiegsgesetz abgeschaltet wurde. Es hat nur 6 Jahre Strom produziert. Der Gesamtumsatz lag bei 1,7 Milliarden Euro, wenn man einen Erlös von 5 Cent/Kilowattstunde ansetzt. Der Bau kostete 3 Milliarden Euro. Es ist ein riesiger Verlust an Industrievermögen, den wir alle mit Steuern und höheren Strompreisen bezahlen müssen.

Die Energieversorgung in Deutschland wird mit Fortführung der Energiewende immer teurer und unsicherer. Was ist zu tun, um wieder Anschluß an die Weltwirtschaft zu erreichen? Wir

brauchen wieder sicher verfügbare und bezahlbare Energie. Nur so kann die industrielle Abwanderung gestoppt werden. Auch die Wehrkraft der Bundeswehr ist nur gegeben, wenn jederzeit genügend Energie verfügbar ist.

Deutschland wird immer erpreßbarer

Doch mit der geplanten Abschaltung der Kohlekraftwerke ist Deutschland fast gänzlich auf Energieimporte angewiesen und kann jederzeit von den Lieferanten erpreßt werden. Wir müssen unbedingt die heimische Braunkohle weiter zur Stromerzeugung nutzen, damit eine Grundversorgung gesichert ist. Darüber hinaus muß der Zugang zu den Öl- und Gaslagern im Schiefergestein aufgeschlossen werden, um bei Bedarf kurzfristig die Förderung aufnehmen zu können. Die Lieferländer von Kohle, Erdgas und Erdöl sollten breit gestreut werden. Für flüssiges Erdgas (LNG) wird das schwierig, weil es nur wenige Lieferländer mit Verflüssigungsanlagen gibt.

Das Festhalten an der Energiewende mit der Subventionierung von Fakepower verteuert die Energie deutlich durch die ideologisch bedingten Kosten. In erster Linie müssen die Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen fallen. Sie verteuern die Energie um mehr als 30 Milliarden Euro/Jahr. Geplant ist eine Verdopplung bis Verdreifachung dieser Abgaben. Das sind bis zu 1000 Euro pro Einwohner und Jahr. Weiter müssen die Subventionen für Fakepower, die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG), abgeschafft werden. Die Fakepower-Erzeuger müssen ihren Strom direkt vermarkten.

### **Energievorräte sind notwendig**

Die Stromerzeuger müssen verpflichtet werden, Brennstoff für mehrere Wochen vorzuhalten. Für Erdöl ist das seit vielen Jahren der Fall. Der Bedarf für 3 Monate wird in Salzkavernen gelagert. Erdgas lagert in Kavernen, die für den hohen Winterverbrauch gefüllt werden.

Auch dies ist eine Reserve für einige Tage bis einige Wochen. Für Kohle ist keine Reserve vorgeschrieben und auch nicht vorhanden. Die meisten Kohlekraftwerke haben Kohle nur für wenige Tage. Für eine sichere Stromversorgung muß sich das ändern. Es müssen Kohlevorräte für einige Wochen angelegt werden. Dies ist einfach, denn Kohle kann problemlos auf Halde im Freien gelagert werden. Wie sollte nun eine optimale Energieversorgung in Deutschland aussehen?

Der Strom muß weitgehend mit Kohlekraftwerken erzeugt werden. Um Leistungsspitzen abzudecken, sind Gaskraftwerke am besten geeignet. Die Subventionierung und sonstige Stützung von Fakepower einschließlich der CO<sub>2</sub>-Abgaben sind sofort zu beenden. Zur Vermeidung von Stromverlusten müssen Kraftwerke in unmittelbarer Nähe von Großverbrauchern betrieben werden. Dann kann auf teure neue Stromtrassen quer durch das Land verzichtet werden, die viel Energie schlucken (Die Leitungen werden bei Volllast bis zu 60 °C warm).

Die Heizungen sollten vorwiegend weiter mit Erdgas betrieben werden. Wärmepumpen sind keine wirtschaftliche Alternative. Sinnvoll und kostensparend ist dazu eine Warmwasserversorgung mit Sonnenkollektoren. Im Sommer wird dann keine weitere Wärmequelle mehr zur Warmwassererzeugung gebraucht.

Mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis halbiert und der Brennstoff optimal ausgenutzt, also verringert. Nach den Berichten in den öffentlichen Medien geht die Ampelregierung nicht diesen Weg. Ihre Ideologie fordert die Energiewende, durch die immer mehr erzeugte Energie vernichtet wird, bevor sie den Verbraucher erreicht. Wann wird sich das endlich ändern?

*Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.*

*Erneuerbare Energien sind hingegen weniger günstig als häufig dargestellt wird. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und eine Lüge, die wir in unserem großen Faktencheck in COM-PACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven.<<*

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 7. Mai 2024 (x1.369/...):

**>>Email offenbart AKW-Disput zwischen Habeck und Betreibern**

Zwischen den großen AKW-Betreibern und dem Bundeswirtschaftsministerium hat es in den Monaten vor der Abschaltung der Kernkraftwerke offenbar einen offenen Disput über Laufzeiten und einen möglichen Reservebetrieb gegeben. Das berichtet die "Bild" unter Berufung auf jetzt freigegebene Emails und Briefe der großen AKW-Betreiber und dem Wirtschaftsministerium. Demnach hielten die Unternehmen den Weiterbetrieb für umsetzbar.

In einer Mail des Betreibers Preussenelektra (PE) heißt es demnach, der Gesetzentwurf für den AKW-Reservebetrieb und die Abschaltung "widerspricht in vielen Punkten inhaltlich und im Geist unseren gemeinsamen verabredeten Eckpunkten".

Damit werde die Gesamteinigung erneut in Frage gestellt. Man habe "keine Erklärung dafür" und deshalb "dringenden Gesprächsbedarf", zitiert die "Bild" aus der PE-Email. Auch weitere Betreiber skizzierten für die Regierung Szenarios, wie ein AKW-Weiterbetrieb aussehen könnte. Von einer Ablehnung wegen fehlender Brennstäbe, wie Habeck vorgegeben hatte, findet sich kein Wort.

In einem Brief des Betreibers EnBW heißt es, daß das AKW Neckarwestheim II (GKN II) "aus rein technischer Sicht" weiterbetrieben werden könnte. Die Informationen, wie lange und bei welcher Leistung ein Betrieb möglich wäre, wurden vom Wirtschaftsministerium unkenntlich gemacht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Mai 2024 (x1.377/...):

### >>**Kaputte Windräder unter Denkmalschutz**

Von *Karel Meissner*

Endlich hat der Trash-Hype auch den Denkmalschutz erreicht: Jetzt werden in Brandenburg erstmalig zwei schrottige Windräder zu Denkmälern erklärt. Windräder sind nur ein Beispiel. Ökologie und Ökonomie leiden unter dem CO2-Mythos und der daraus abgeleiteten Klimapolitik. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz. ...

Ort des Geschehens: Die Peripherie von Schünow, einem Stadtteil von Zossen (Landkreis Teltow-Fläming). Dort ragen seit 30 Jahren zwei Windräder 40 Meter hoch aus dem Boden. Leider liefern sie seit Jahren keinen Saft mehr, die Gondeln und Generatoren sind längst im Nirwana. Ersatzteile? Gibt es nicht mehr. Außerdem ist die Betriebserlaubnis seit 10 Jahren abgelaufen.

Neue Windräder bauen geht auch nicht: Der Mindestabstand zu umliegenden Häusern ließe sich nicht mehr einhalten. Also Abriß und Renaturierung! Aber der kostet mehrere Zehntausend.

Da kam Christian Busse, Gründer des Vereins Windkraft-Arche, auf eine geniale Idee: Die Betreiberin und Erbin des Windparks, Jeannine Weinrich, kann sich den Abriß sparen und stattdessen Denkmalschutz beantragen. Also erdichtete er einen Antrag auf Denkmalschutz. Die Bild-Zeitung zitiert:

"Wir beantragen Denkmalschutz! Wie bei alten Windmühlen."

Zumal: "Die Schünower Propeller gehörten 1992 zum ersten noch erhaltenen Windpark Brandenburgs."

Fazit: "Die beiden Windkraftanlagen sind nicht nur technische Denkmale, sondern Zeugnisse des beginnenden Windkraftausbaus der frühen 1990er-Jahre."

Klar, die darf man künftigen Generationen nicht vorenthalten. Und tatsächlich: Das zuständige Amt gab grünes Licht ...

Diese Masche dürften viele Betreiber bald kopieren. Auf die Frage der Bild-Zeitung, ob zwei Windräder genügten oder künftig hunderte Vogel- und Insektenschredder zu Denkmälern erklärt würden, antwortete Denkmalchef Thomas Drache:

"Reichen zwei Schlösser oder sollen wir alle 150 Schlösser unter Denkmalschutz stellen?"

Dann könnten defekte Windparks künftig einfach zu Freilichtmuseen erklärt werden. Fans von

Trash-Ästhetik können sich freuen.

*Windräder sind nur ein Beispiel. Ökologie und Ökonomie leiden unter dem CO2-Mythos und der daraus abgeleiteten Klimapolitik. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thieme das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.<<*

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 13. Mai 2024 (x1.372/...): >>**Die Chaos-Strom-Woche: Das passiert, wenn die Sonne scheint, aber kein Wind weht**

*Redaktion*

Das größte Problem der sogenannten Energiewende: Wind und Sonne machen, was sie wollen. Genau so war es in der vergangenen Woche, denn die Sonne schien dauerhaft, während beinahe Windstille herrschte.

NIUS erklärt anhand von vier Fakten, wie diese Situation den Strommarkt durcheinanderwirbelt.

### **1. Viel Sonne gleich Strom mit Straf-Kosten**

Die Sonne strahlte in der vergangenen Woche freudig. So sehr, daß an Nachmittagen über Stunden so viel Strom im Netz war, daß Strom meist wertlos war und die Netzbetreiber den Strom dringend ins Ausland verschenken (oder gar gegen Gebühr abgeben) mußten, um das Stromnetz nicht zu überlasten.

Es gibt in Deutschland nämlich mehr als zwei Millionen kleine Solar-Anlagen - etwas auf Hausdächern - die sich nicht aus der Ferne steuern lassen. Wenn die Sonne scheint, wird Strom eingespeist - ob dieser nun gebraucht wird oder nicht.

Solar-Anlagen produzierten vergangene Woche so viel Strom, daß dieser über Stunden mit Negativ-Preisen gehandelt worden ist.

Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag war sogar so viel Solarstrom im Netz, daß die Preise für Strom deutlich ins Negative gefallen sind. Am Sonntagmittag auf bis zu -135 Euro pro Megawattstunde. Das heißt: Deutschland mußte anderen Ländern bis zu 13,5 Cent pro Kilowattstunde bezahlen, dafür, daß sie unseren unbrauchbaren Strom abgenommen haben. Am vergangenen Samstag war der Strompreis für rund fünf Stunden im negativen Bereich.

### **2. Während die Sonne lachte, war es die Woche über ziemlich windstill in Deutschland**

Im Durchschnitt waren die mehr als 30.000 Windmühlen auf See und an Land vergangene Woche zu gerade einmal 6 Prozent ausgelastet. Heißt: Statt der theoretisch möglichen 11,7 Terawattstunden (TWh) Strom leistete die Windkraft nur rund 0,83 TWh.

Trotz des Sonnen-Stroms im Überfluß mußten Kohle und Gas die Lücke auffüllen und lieferten im Wochen-Durchschnitt 30 Prozent der inländischen Stromproduktion. Gerade am Abend und bei Nacht, wenn die Sonne nicht mehr schien, stieg die Quote teilweise auf 45 Prozent an (8. Mai, zwischen 2 und 3 Uhr). Das sorgte dafür, daß Deutschland am 6., 7. und 8. Mai je mehr als 400 Gramm CO2 pro Kilowattstunde Strom ausstieß - gut 20 Mal so viel wie Frankreich zur selben Zeit.

### **3. Ohne Importe noch mehr Kohle und Gas**

Apropos Frankreich: Ohne massig Stromimporte - auch aus Frankreich (39 Prozent) - hätten noch mehr Kohle- und Gas-Kraftwerke einspringen müssen und hätten den CO2-Fußabdruck des Stromverbrauchs in Deutschland noch schlechter aussehen lassen. Die vergangene Woche war mit 1,144 Terawattstunden netto importiertem Strom aus dem Ausland die stärkste Import-Woche des laufenden Jahres. So viel Strom kam zuletzt Ende August 2023 aus dem Ausland nach Deutschland.

Das bedeutet nicht, daß Deutschland mit Blick auf die Versorgungssicherheit abhängig von ausländischem Strom wäre. Die inländischen Kohle- und Gaskapazitäten würde ausreichen, Deutschland jederzeit mit genug Strom zu versorgen. Die Importe sind jedoch klimaschonender und deutlich günstiger als Strom aus Kohle oder Gas.

#### **4. Wertlos-Strom reißt Loch in den Bundeshaushalt**

Das große Problem an Punkt 1) ist, daß die Besitzer von Solar-Panels weiterhin ihre staatlich zugesicherte Einspeisevergütung erhalten, selbst wenn der produzierte Strom nicht benötigt wird und im Ausland gegen eine Gebühr entsorgt werden muß. Und je mehr Solar-Anlagen verbaut werden, desto häufiger werden Wochen wie die vergangene auftreten.

Früher wurde diese Differenz zwischen Einspeisevergütung und erzielter Erlöse am Strommarkt über die sogenannte EEG-Umlage auf der Stromrechnung finanziert. Die Ampel machte dies zu einem Posten im Bundeshaushalt und erlebt dieser Tage nun ihr grünes Wunder:

Weil die Strompreise günstiger sind als gedacht und somit die Lücke zwischen der Einspeisevergütung und den Einnahmen immer größer wird, werden die eingeplanten 10,6 Milliarden Euro im Haushalt bei Weitem nicht reichen.

Konservative Schätzungen gehen von einem Zusatzaufwand von weiteren 10 Milliarden Euro aus, andere Experten rechnen mit Zusatzkosten in Richtung von 20 Milliarden Euro - eine Lücke im Haushalt, die zu den bereits fehlenden Milliarden, die für Streit in der Regierung sorgen, noch hinzukommen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 17. Mai 2024 (x1.369/...):

#### **>>Die Grünen Energievernichter**

Von der Primärenergie wird nur ein Drittel genutzt. Mit der Energiewende sinkt dieser Anteil ständig. Es wird immer mehr Energie durch die grünen Ideologien vernichtet, bevor sie den Endverbraucher erreicht.

von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Die grünen Weltverbesserer von der CDU bis zu den Linken jubeln. Die Energiewende komme voran. Im letzten Jahr seien mehr als 50 Prozent "Ökostrom" in das Netz eingespeist worden. Vor allem Wind- und Solarstromanlagen müßten weiter ausgebaut werden. Es wird mit installierten Leistungen geprahlt, die niemals erreicht werden. Verschwiegen wird, daß Wind- und Solarstrom keine gesicherte Leistung liefern können und damit auch kein stabiles Stromnetz aufbauen und halten können.

Dazu sind Kraftwerke erforderlich, denn nur sie stellen jederzeit die verlangte Leistung bereit. Der Strom aus Wind und Sonne ist FAKEPOWER (Fake = Täuschung), denn die grünen Politiker versichern uns den Unsinn, man könne Deutschland mit diesem Strom vollständig, sicher und preiswert versorgen.

#### **Fakepower braucht viele Regelkraftwerke**

Fakepower kann nur begrenzt in ein stabiles Stromnetz eingespeist werden. Die Kraftwerke müssen dann zusätzlich noch die zwischen 0 bis 60 Prozent schwankenden Fakepower-Leistungen auf den Bedarf regeln. Dadurch sind die Regelkosten von 100 Millionen Euro pro Jahr auf inzwischen 4.200 Millionen angestiegen. Durch diese häufigen Leistungswechsel wird in den Kraftwerken der Brennstoffverbrauch pro Kilowattstunde erhöht. Wir kennen das vom Autofahren. Beschleunigen und Bremsen kostet merklich mehr Treibstoff als durchgängiges Fahren. Fakepower erfordert mehr Brennstoffe in den Kraftwerken.

Es wird zu viel Fakepower erzeugt

Im letzten Jahr (2023) gab es über 300 Stunden mit negativen Strompreisen an der Börse. Das bedeutet: Teuer vergütete Fakepower mußte unter Zuzahlung entsorgt werden. Inzwischen werden Fakepower-Anlagen bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger abgeschaltet, um Zuzahlungen (= Subventionierungen) zur Entsorgung zu vermeiden. Die Betreiber erhalten jedoch eine Ausfallvergütung, die letztlich auf den Stromkunden abgewälzt wird. Auch dies ist Energievernichtung.

#### **Hohe Stromverluste durch lange Leitungen**

Strom soll über immer größere Entfernungen transportiert werden. Dies gilt für den zuneh-

menden Importstrom, der mit dem Abschalten der konventionellen Kraftwerke benötigt wird. Windstrom soll über neue Überlandleitungen in den Süden fließen. Von den Off-Shore-Windanlagen muß der Strom angelandet werden. Der Stromtransport ist nicht gratis. Es gibt erhebliche Leitungsverluste. Über eine Distanz von 500 km gehen rund 10 Prozent der Energie verloren, wenn man die Umformverluste bei der Ein- und Ausspeisung einrechnet. Der Transport fossiler Brennstoffe zu den Verbraucherzentren ist wesentlich günstiger.

### **Wasserstoff ist keine Lösung**

Inzwischen haben auch die grünen Politiker begriffen, daß für eine sichere Energieversorgung Regelkraftwerke notwendig sind, die den gesamten Strombedarf bei Dunkelflaute liefern müssen. Mit der Verdammung der fossilen Brennstoffe sollen diese Kraftwerke in Zukunft mit grünem Wasserstoff betrieben werden.

Das Verfahren wird auf Neudeutsch "Power to Gas" genannt. Mit Fakepower soll aus Wasser elektrolytisch Wasserstoff gewonnen, in Kavernen gelagert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder in Strom umgewandelt werden.

Eine schöne Idee. Doch bei genauerem Hinsehen geht die eingesetzte Fakepower durch die Umwandlungen bis auf etwa 10 Prozent verloren. Diese Restenergie oder sogar noch mehr wird jedoch für den Transport und die Speicherung des Wasserstoffs in Kavernen unter einem Druck von 300 Bar gebraucht. Die geplante Wasserstofftechnik entpuppt sich als ein riesiges Energie-Vernichtungsprogramm.

### **Nur Nutzenergie führt zum Wohlstand**

Energie ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Das gilt jedoch nur für die Energie, die wir nutzen. Eine sinnvolle Energiepolitik muß Stromverluste auf dem Weg zum Verbraucher mindern. Die Verbraucher müssen frei sein, die für sie effektivsten Geräte einzusetzen. Diese Grundforderungen erfüllt die Ampel-Regierung nicht. Im Gegenteil. Wie gezeigt, führen die Energiewende-Gesetze zu immer größerer Stromvernichtung. Das gilt auch für das umstrittene Heizungsgesetz. Die vorgeschriebene Heizungsumstellung führt erst nach 10 Jahren zu einer Energieeinsparung. Bis dahin übersteigt der Energieaufwand für die Installation der neuen Heizung die Einsparungen.

Es wird hohe Zeit, unsere Energieversorgung von ideologischen Vorstellungen auf wirtschaftliche Füße zu stellen. Die Ampel-Regierung ist dazu offensichtlich nicht bereit. Die kommenden Wahlen werden zeigen, ob sich der Wähler weiterhin von den Ideologen und Märchenerzählern täuschen läßt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 17. Mai 2024 (x1.369/...):

### **>>Stromnetz: Grüne setzen weiter auf staatliche Übernahme von Tennet**

Trotz der bislang ergebnislosen Verhandlungen des Bundes mit dem niederländischen Netzbetreiber Tennet hoffen die Grünen weiter, daß die staatliche Übernahme noch gelingt. "Von einem Scheitern der Verhandlungen ist mir nichts bekannt", sagte die energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Ingrid Nestle, der "Rheinischen Post" (Samstagsausgabe).

"Tennet ist derzeit ein Staatsunternehmen unseres Nachbarlands Niederlande, obwohl der Löwenanteil der Investitionen in Deutschland getätigt wird." Es müsse dringend eine gute Lösung gefunden werden, so Nestle.

"Denn die Stromleitungen sind für Menschen, Unternehmen und die Sicherheit unseres Landes von höchster Bedeutung", erklärte die Grünen-Politikerin. "Und da sollten wir uns nicht auf Dauer darauf verlassen, daß unser Nachbar für ausreichende Investitionen bei uns sorgt." Tennet hatte am Donnerstag mitgeteilt, daß man wegen bislang ergebnisloser Gespräche über eine Verstaatlichung seines deutschen Übertragungsnetzes nun parallel nach anderen Geldquellen suche.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"

berichtete am 17. Mai 2024 (x1.367/...): >>Heizkosten steigen um bis zu 44 %: Stoppt die sinnlose Sanktionspolitik!

Die zerstörerische Energie- und Sanktionspolitik der Ampel-Regierung zeigt Wirkung: Laut Auswertung eines Immobiliendienstleisters sind die Heizkosten von Miethaushalten im vergangenen Jahr massiv gestiegen. Bei Fernwärme ist demnach ein Anstieg der Kosten pro Kilowattstunde um sieben Prozent zu verzeichnen, bei Heizöl um 37 Prozent und bei Erdgas sogar um 44 Prozent. Dabei hatte der grüne Wirtschaftsminister Habeck noch vor zwei Jahren getönt: "Niemand soll befürchten müssen, wegen der Gasrechnungen in Armut zu stürzen oder seinen Betrieb schließen zu müssen."

Außerhalb der Ampel-Parallelwelt weiß jeder, was die Ursache für die Verteuerungen ist: Es ist die desaströse Energiepolitik der Bundesregierung - einschließlich der sinnlosen Rußland-Sanktionen, die vor allem das eigene Land treffen. Was hat dieses vermeintliche Wundermittel eigentlich gebracht? Das Sterben auf den ukrainischen Schlachtfeldern geht unvermindert weiter, während sich die Warnungen der AfD vor den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen bestätigen. Die Kritiker wurden ignoriert, verlacht und als Putin-Trolle hingestellt - und wieder einmal haben diese Kritiker am Ende Recht behalten.

Anstatt den ideologischen Irrweg einzusehen, belastet die Ampel den Bürger immer mehr, denn Habecks Heizungshammer und die enorm hohe Steuer- und Abgabenlast machen alles nur noch schlimmer. Die AfD will die Bürger entlasten und die Traumtänzereien der Scholz-Regierung beenden. Schluß mit Heizhammer, Schluß mit Sanktionspolitik, Schluß mit CO<sub>2</sub>-Abgabe!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 21/24" berichtete am 17. Mai 2024 (x1.387/...):

**>>Noteingriffe ins Stromnetz**

**Energiewende: Unternehmen beklagen zunehmende Ausfallkosten**

*Jörg Fischer*

Zwischen 1989 und 2019 wurden in Deutschland elf AKW abgeschaltet. Die Reaktoren der verbliebenen sechs gingen unter der Ampel vom Netz - bei Abschaltung von Kohlekraftwerken. Doch es gab weder einen Blackout noch größere regionale Netzabschaltungen (Brownout). "Wir sehen heute, daß die Stromversorgung weiter sicher ist", freute sich Robert Habeck. "Wir haben am 15. April 2023 das vollzogen, was die schwarz-gelbe Koalition 2011 beschlossen hat, und daher die letzten deutschen Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet." Dennoch sei man "sicher durch zwei Winter gekommen", so der Wirtschaftsminister.

Seine Parteifreundin Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im Bayerischen Landtag, behauptete sogar: "Wir hatten und haben ausreichend Strom zur Verfügung. Die Strompreise sind heute niedriger als vor dem AKW-Aus."

Ein Blick in die Strompreisanalyse des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zeigt jedoch: 2018, vor dem Aus der letzten sieben AKW, kostete eine Kilowattstunde (kWh) Durchschnittshaushalte 29,47 Cent - fünf Jahre später waren es 45,73 Cent. Und das nur, weil die abgeschaffte EEG-Umlage für Ökostromerzeuger (2018: 6,79 Cent) nun über Steuern und die "CO<sub>2</sub>-Bepreisung" von Benzin, Diesel, Heizöl und Gas querfinanziert wird.

**Mehr Redispatch-Maßnahmen zur Verhinderung eines Brownouts?**

Auch "ausreichend Strom" gibt es nicht mehr: 2023 mußte Deutschland 69 Terawattstunden (TWh) importieren, "ein Zuwachs von 20 TWh bzw. 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr", wie die grünennahe Lobbyorganisation Agora Energiewende (Direktor bis 2021: Patrick Graichen) in ihrer Marktanalyse "Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023" einräumen mußte.

Der Stromexport lag nur bei 58 TWh, das waren 19 TWh weniger als 2022. Privatverbraucher spüren das derzeit kaum, aber "Stromausfälle machen vielen Unternehmen zu schaffen", klagte Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Han-

delskammer am Montag bei der Vorstellung einer DIHK-Unternehmensbefragung vom Februar 2024.

42 Prozent der 1.000 antwortenden Betriebe hätten 2023 kurze Stromausfälle unter drei Minuten verzeichnet, in der Industrie sogar die Hälfte der Befragten. Knapp ein Drittel (28 Prozent) hatten Stromausfälle, die über drei Minuten andauerten, in der Industrie geringfügig mehr (29 Prozent). "Für ein Drittel (32 Prozent) verursachten die Stromausfälle zusätzliche Kosten von bis zu 10.000 Euro.

Für 15 Prozent der Befragten beliefen sich die Kosten von Stromausfällen auf 10.000 bis 100.000 Euro. Ein kleiner weiterer Anteil (zwei Prozent) hatte sogar Kosten von über 100.000 Euro", heißt es in der DIHK-Studie. "Als Reaktion auf Stromschwankungen richteten im letzten Jahr sieben Prozent der Betriebe Notstromaggregate zur Abdeckung von Spitzenlasten ein und elf Prozent Energiespeicher."

Nur 13 Prozent der Stromausfälle seien durch Kabelschäden und Bauarbeiten sowie acht Prozent durch Gewitter verursacht worden - das gab es auch vor dem Atomausstieg. Für elf Prozent der Stromausfälle seien die Netzbetreiber verantwortlich, lediglich drei Prozent seien auf Netzschwankungen zurückzuführen - und das wirft Fragen auf: Denn zwei Drittel der Firmen konnten keine Ursache identifizieren. Daher fordert die DIHK "ein Auskunftsrecht über die Ursachen von Stromausfällen und das Überarbeiten der Entschädigungsregelungen". Und solange die Netzstabilität nicht wieder gewährleistet sei, dürften "keine weiteren Anlagen abgeschaltet werden", forderte Dercks.

Die BDEW-Redispatch-Studie macht wenig Hoffnung: Durch den Ausbau der schwankenden Solar- und Windstromerzeugung kommt es im deutschen Übertragungs- wie auch im Verteilnetz immer häufiger zu Netzengpässen, Über- und Unterspannungen sowie einem Stromeinspeisemanagement in steigendem Umfang. Dieser "Redispatch" zur Brownout-Verhinderung kostete 2013 nur 113,3 Millionen und 2018 immerhin 388,2 Millionen Euro - 2022 waren es bereits 2,7 Milliarden Euro.

[bdew.de/media/documents/BDEW-Redispatch\\_Bericht\\_2023\\_zum\\_Berichtsjahr\\_2022.pdf](https://bdew.de/media/documents/BDEW-Redispatch_Bericht_2023_zum_Berichtsjahr_2022.pdf)<<  
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 19. Mai 2024 (x1.368/...):

>>**Wegen Mini-Blackouts: Fast 50 Prozent der Industrieunternehmen beklagen Produktionsausfälle**

Der Bundesnetzagentur zufolge ist das deutsche Stromnetz außerordentlich zuverlässig. Eine Umfrage der DIHK offenbart jedoch etwas anderes. Fast 50 Prozent der befragten Unternehmen berichteten von finanziellen Einbußen aufgrund von Produktionsausfällen und Maschinenschäden.

Von *Redaktion*

Das deutsche Stromnetz gilt als relativ zuverlässig. Stromausfälle treten tendenziell selten auf - zumindest, wenn man Daten der Bundesnetzagentur trauen darf. Demnach liegt die durchschnittliche Unterbrechungsdauer pro Letztverbraucher bei im internationalen Vergleich geringen 12,2 Minuten pro Jahr. Die Statistiken der Bundesnetzagentur haben jedoch einen entscheidenden Mangel. Sie berufen sich auf Erhebungen im Rahmen des SAIDI-Index, welcher nur Unterbrechungen über drei Minuten erfaßt.

Aufgrund dieses Aspektes hat eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer ein brisantes Ergebnis erbracht, das sich deutlich von den Angaben der Bundesnetzagentur unterscheidet. Demnach ist das Stromnetz überhaupt nicht zuverlässig - im Gegenteil: Viele deutsche Unternehmen haben mit kurzweiligen, sogenannten Mini-Blackouts zu kämpfen. Diese werde nicht systematisch erfaßt. Für die Anlagen können sie aber dennoch fatale Auswirkungen haben. Nahezu 50 Prozent der befragten Unternehmen berichteten von finanziellen Einbußen aufgrund von Produktionsausfällen und Maschinenschäden.

Das offenbar zunehmend instabile Stromnetz dürfte der Industrie in Zukunft wohl noch mehr

Probleme bereiten. Die fortschreitende Elektrifizierung und Modernisierung der Produktionsprozesse führt zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber Stromschwankungen. Selbst kleinste Spannungsschwankungen können zum Ausfall von sensiblen Maschinen führen, die in der modernen Fertigung eingesetzt werden. Diese Entwicklung verursacht nicht nur finanzielle Verluste für die Betriebe, sondern zwingt sie auch zu zusätzlichen Investitionen in Notstromaggregate und Energiespeicher als Absicherung gegen die instabile Stromversorgung.

Die DIHK fordert die nun dazu auf, das Monitoring zu verbessern. Es sei offensichtlich, daß die Statistiken der Bundesnetzagentur die Realität nicht abbilden. Auch kürzere Stromausfälle müßten künftig in die Statistiken einfließen. Außerdem verlangt die DIHK das Recht, Auskunft über die Ursachen der Stromausfälle zu erlangen. Schließlich sei die zuverlässige und stabile Stromversorgung von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Produktivität und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 21. Mai 2024 (x1.369/...):

### >>**Wissing gibt 150 Millionen Euro für Ausbau von Schnellladepunkten**

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will durch eine millionenschwere Förderung von Schnellladepunkten für gewerblich genutzte E-Fahrzeuge für mehr Klimaschutz sorgen. Wissing sagte der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgaben): "Gewerblich genutzte Fahrzeuge haben im Vergleich zu Privatfahrzeugen eine deutlich höhere Laufleistung. Damit spielen sie für die Elektrifizierung des Verkehrs eine große Rolle und sind gleichzeitig ein wichtiger Hebel, um die Klimaschutzziele zu erreichen." Deshalb werde man weitere 150 Millionen Euro in den Aufbau gewerblicher Schnellladeinfrastruktur investieren.

"Gerade kleine und mittlere Unternehmen profitieren von unserer Förderung, da die Umstellung auf eine klimafreundliche Flotte mit hohen Investitionen verbunden ist", ergänzte Wissing. Nutznießer sollen unter anderem das Transport-, Logistik- und Handwerksgewerbe, aber auch Mietwagen- und Carsharing-Anbieter sowie Pflegedienste sein. Der Logistikkordinator der Bundesregierung, Oliver Luksic (FDP), sagte der "Rheinischen Post": "Viele Unternehmen des Straßengüterverkehrs befinden sich aktuell in einer angespannten Lage." Daher wolle man bei der Umstellung auf klimafreundliche Technologien helfen. Start der Förderung ist demnach der 3. Juni.<<

### Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 21. Mai 2024 (x1.376/...): >>**Gesamtmetall-Chef über Habecks "grünes Wirtschaftswunder": 300 Milliarden Euro an Investitionen sind futsch!**

"Ich sehe bereits eine beginnende De-Industrialisierung", sagte der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe und warnt: "Es finden viele Verlagerungen statt - überall hin." Die Entwicklung sei "dramatisch".

Besonders betroffen sind Wolf zufolge derzeit Unternehmen aus der Automobil- und Zulieferer-Industrie. Viele Firmen seien sehr zurückhaltend, es werde viel weniger investiert. "Wegen der schlechten Rahmenbedingungen hier in Deutschland fließt stattdessen derzeit sehr viel Geld ins Ausland. Uns sind damit über 300 Milliarden Euro an Investitionen verloren gegangen", faßte Wolf das bisherige "grüne Wirtschaftswunder" von Ökosozialist Robert Habeck zusammen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 21. Mai 2024 (x1.369/...):

### >>**Gesamtmetall-Präsident sieht "beginnende De-Industrialisierung"**

Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall warnt angesichts von Standortnachteilen und der derzeitigen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft vor gewaltigen Verwerfungen. "Ich sehe bereits eine beginnende De-Industrialisierung", sagte Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben). "Es fin-

den viele Verlagerungen statt - überall hin." Besonders betroffen seien Wolf zufolge derzeit Unternehmen aus der Automobil- und Zulieferindustrie.

"Viele Firmen sind sehr zurückhaltend. Es wird viel weniger investiert. Wegen der schlechten Rahmenbedingungen hier in Deutschland fließt stattdessen derzeit sehr viel Geld ins Ausland. Uns sind damit über 300 Milliarden Euro an Investitionen verloren gegangen", sagte Wolf und nannte diese Zahl "dramatisch". Werde hier nicht investiert, leide langfristig die Produktivität, was dann zu noch weniger Wettbewerbsfähigkeit führe, so der Manager, der seit November 2020 Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall ist.

Auch erste Anzeichen für größere Entlassungen sieht Wolf. "Größere Automobilzulieferer haben doch bereits Entlassungen angekündigt. Und ich befürchte, daß das eine richtige Dynamik entwickelt. Wenn sich nicht schnell etwas ändert, werden wir einen Abbau von Arbeitsplätzen, gerade bei den eher einfachen Tätigkeiten wie etwa in der Produktion, sehen", sagte er weiter. Er bezifferte den möglichen Stellenverlust in den nächsten drei bis vier Jahren auf 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze. Deshalb müsse sich strukturell dringend etwas ändern. "Was nicht hilft, ist zu beschwichtigen, und die Lage als konjunkturelle Delle abzutun", so Wolf.<< Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 23. Mai 2024 (x1.372/...): >>**Deutsche zahlen so viel wie niemand anderes in Europa: Die Höhe des Strompreises ist unantastbar**

**Steigen immer weiter: die Strompreise in Deutschland.**

*Redaktion*

Amtlich! Deutsche zahlen den höchsten Strompreis in Europa.

Eine Kilowattstunde Strom für den privaten Haushalt kostete im zweiten Halbjahr 2023 in Deutschland brutto 41,6 Cent, inklusive Steuern und Abgaben. Damit liegt Deutschland an der Spitze aller 27 EU-Länder und knapp 13 Cent über dem EU-Durchschnittspreis für Strom (28,5 Cent). Das ergab eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht beim Statistischen Bundesamt.

**Steuern und Abgaben in Deutschland besonders hoch**

Am billigsten ist demnach die Kilowattstunde in Ungarn mit 11,09 Cent und in Norwegen mit 12,11 Cent. Die großen Preisunterschiede kommen vor allem durch Steuern und Abgaben zustande, die in Deutschland besonders hoch sind.

Das Wirtschaftsministerium hat eine Prognose veröffentlicht, wie sich die Strompreise in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten entwickeln. Demnach pendelt sich der Strompreis in den nächsten 20 Jahren zwischen 37 und 42 Cent pro Kilowattstunde ein. Die Tiefstwerte werden für die Jahre 2024 und 2025 angenommen. Danach würde der Preis schrittweise steigen - auf 40,27 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2042.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 24. Mai 2024 (x1.369/...): >>**Blackout im Sommer?**

Krise, Krieg, Stromausfall: Wie wahrscheinlich ist ein Blackout? Wie vorbereiten? – Netzstabilisierungseingriffe auf Rekord wegen zu viel Solar und Windrädern. Damit wird die Stromversorgung immer unsicherer.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht dem deutschen Stromnetz immer stärker zu schaffen. Der Netzbetreiber Tennet mußte im vergangenen Jahr fast eine Milliarde Euro für sogenannte Noteingriffe ins Netz aufwenden.

Noteingriffe werden nötig, wenn Stromleitungen fehlen, um vor allem Windstrom von Norden nach Süden zu bringen. Die Eingriffskosten lagen 2015 noch deutlich niedriger bei 710 Millionen Euro, im windschwachen Jahr 2016 sogar nur bei 660 Millionen Euro. Die Kosten werden über die sogenannten Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt und landen am Ende beim Verbraucher.

"Das Netz ist wegen des starken Zubaus der Erneuerbaren weiter extrem belastet. Wir brau-

chen zwingend ein Energiewende-Netz, also die vom Gesetzgeber bereits beschlossenen Netzausbauprojekte", forderte das Tennet-Geschäftsführungsmittglied Lex Hartmann. "Bis dahin sind Netzengpässe, hohe Kosten für die Verbraucher und eine zunehmend instabile Versorgung die harte Wirklichkeit." (Quelle: <https://www.verivox.de/strom/>)<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 24. Mai 2024 (x1.368/...):

### >>**Umverteilung von Netzkosten: Bundesregierung plant weitere Erhöhung der Strompreise**

Die Bundesregierung plant eine massive Umverteilung der Netzkosten. Für die Finanzierung der Energiewende sollen die Kosten für den Ausbau von Wind- und Solaranlagen umverteilt werden. Die Folge sind steigende Strompreise für Verbraucher und Wirtschaft.

Deutschland steckt Milliarden in den Ausbau erneuerbarer Energien, um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen. Doch diese Investitionen haben ihren Preis. Netzbetreiber müssen ihre Infrastruktur massiv ausbauen und modernisieren, um den zusätzlichen Strom aus Wind- und Solaranlagen aufnehmen zu können. Bislang trugen hauptsächlich die Verbraucher in den Regionen, in denen die Anlagen gebaut werden, diese Kosten. Jetzt sollen die Mehrkosten bundesweit auf alle umgelegt werden - eine Maßnahme, die die ohnehin hohen Strompreise weiter in die Höhe treiben wird.

Die Bundesnetzagentur hat einen neuen Festlegungsentwurf veröffentlicht, der die Verteilung der Netzkosten aus der Integration erneuerbarer Energien auf alle Stromkunden in Deutschland abwälzen soll. Laut dem neuen Entwurf sollen Netzbetreiber, deren Erneuerbare-Energien-Kennzahl (EKZ) einen Schwellenwert von 2 überschreitet, "spürbar entlastet" werden. Überschreiten die Mehrkosten diesen Schwellenwert, können sie auf alle Stromverbraucher umgelegt werden.

Die Bundesnetzagentur hat ermittelt, daß 26 Netzbetreiber die Voraussetzungen dafür erfüllen würden. In ihren Netzgebieten könnten die Netzentgelte um bis zu 39 Prozent sinken, lägen aber noch leicht über dem Bundesschnitt. Ein durchschnittlicher Haushalt (3.500 kWh/a) könnte in den betroffenen Netzgebieten bis zu 200 Euro im Jahr sparen, heißt es.

Die Mehrkosten für die Entlastung der betroffenen Netzbetreiber, die auf rund 1,55 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden, sollen bundesweit auf alle Stromverbraucher umgelegt werden. Dafür will die Bundesnetzagentur den bestehenden Mechanismus der Umlage nach der Stromnetzentgeltverordnung nutzen. Für einen Durchschnittshaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh würde die Umlagefinanzierung Mehrkosten von etwa 21 Euro pro Jahr bedeuten. Für Großverbraucher wie die Industrie ist die Mehrbelastung auf maximal 6.050 Euro jährlich begrenzt. Die Festlegung wird im Jahr 2028 neu evaluiert.

Kritiker sehen in dem Umverteilungsmodell eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten des Ausbaus erneuerbarer Energien. Anstatt die Kosten verursachergerecht bei den Betreibern von Wind- und Solaranlagen zu belassen, würden sie nun auf alle Stromkunden abgewälzt. Dies führt zu einer versteckten Subventionierung der erneuerbaren Energien durch Verbraucher in Regionen, die weniger von der Energiewende profitieren.

Die Umverteilung der Kosten könnte zudem zu einem Effizienzverlust führen. Wenn Netzbetreiber wissen, daß sie ihre Mehrkosten einfach auf alle Verbraucher abwälzen können, fehlt der Anreiz, kosteneffizient zu arbeiten. Die Gefahr besteht, daß ineffiziente Investitionen und Planungsfehler durch die allgemeine Kostenverteilung kaschiert werden. Die Verbraucher zahlen am Ende die Kosten für eine ineffiziente und möglicherweise überteuerte Netzintegration. Besonders die Deutsche Industrie- und Handelskammer sowie andere wirtschaftliche Interessenverbände äußern Bedenken, daß die geplante Maßnahme zu Lasten der Wirtschaft und der Verbraucher geht.

Die Bundesnetzagentur arbeitet im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz von Robert Habeck.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 26. Mai 2024 (x1.368/...):  
**>>Der Rückzug von BASF aus Deutschland offenbart die wirtschaftliche Katastrophe des Green Deal**

Wie der größte Chemiekonzern der Welt den ökonomischen Selbstmord des Green Deals enthüllt - und der deutschen Politik den Spiegel vorhält. Der Niedergang des einstiegen Superstars zeigt, wie schwach der Standort Deutschland geworden ist.

*Zan Blagojević*

"Weil Pommies-Schranke auf dem Dönerteller unschlagbar ist ...", war erst kürzlich die Antwort der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock auf die Frage, warum sie unser Heimatland so liebe. Neben Baerbock wurden auch zahlreiche andere Politiker und Prominente befragt im Rahmen eines in der Bild erschienenen Artikels zum 75. Jahrestag unseres Grundgesetzes. Oft wurden auf dieselbe Frage dieselben Antworten gegeben: Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt, Regenbogen.

Auch weil wir wohlhabend sind, liebe man Deutschland. Das Wort Respekt hingegen kam nur ein einziges Mal vor. Denn es ist genau dieser Respekt, der bereits seit Jahren zu kurz kommt - vor den Menschen, die diesen Wohlstand erschaffen haben, über Generationen hinweg. Wenig verwunderlich ist deshalb, daß Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von sich selbst schwärmt: "Dieser Staat ist der beste, den wir je hatten", so seine Liebesbekundung an Deutschland.

Doch der deutsche Staat hat längst seinen Respekt vor der Wirtschaft verloren. Das Sterben der Innenstädte setzt sich fort, die Steuern sind im internationalen Vergleich ganz weit oben. Vergessen wir auch nicht das Schließen der Geschäfte während der Corona-Pandemie, in der Friseur und Kosmetikerinnen um ihre Existenz bangen mußten. Größere Unternehmen müssen für die Emission von CO2 eine Erlaubnis einholen (Zertifikatehandel) und die gesamte Wirtschaft wird mit roher Gewalt auf Klimaneutralität umgestellt.

Dennoch sind grüner Stahl und deutsche Elektroautos viel zu teuer für den Verbraucher, die Nachfrage bleibt aus. Mit einem neuen Konzept will Robert Habeck jetzt selbst die Nachfrage bedienen und öffentliche Infrastrukturprojekte in Auftrag geben, die mit klimafreundlichen Rohstoffen erbaut werden sollen. Zusätzlich werden ab 2026 europäische Unternehmen verpflichtet, einen Klimazoll beim Import von Rohstoffen zu entrichten, die beim Produktionsprozeß im fernen Ausland besonders viel Kohlenstoffdioxid verursacht haben.

Die ökonomische Geisterfahrt zeigt sich längst folgenreich: Das Wirtschaftswachstum beträgt gerade einmal 0,3 Prozent - Besserung ist nicht in Sicht. Zudem bauen Industriekonzerne massenhaft Stellen ab und verlagern ihre Produktionsstandorte in andere Länder. Der Weg in die zentralisierte Planwirtschaft ist bereits voll im Gange.

"Können Sie mir mal sagen, wie man das finanzieren soll?"

23. Februar 2024, Ludwigshafen am Rhein - Jahrespressekonferenz der BASF. Der größte Chemiekonzern der Welt verkündet, seine Ammoniak-, Methanol- und Melaminanlagen am Stammwerk verkaufen zu wollen - mit Erfolg: Sie gehen an einen Industrieanlagenanbieter aus den USA. Jedoch wechseln die Anlagen nicht nur den Besitzer, sie wechseln auch den Standort. Wie die Vertragspartner bekannt gaben, sollen die Produktionsstätten komplett abmontiert und woanders wieder aufgebaut werden. In einem Verbundsystem interagierend, könnte der Verkauf der o.g. Anlagen zu einem Abbau weiterer Produktionsanlagen führen - eine Kettenreaktion der Deindustrialisierung, die sich weiter fortsetzt.

Und nicht nur deshalb steht BASF aktuell im Rampenlicht: Der Chemiekonzern reagiert so brutal auf die deutschen Standortbedingungen wie kein anderes Unternehmen in Deutschland: Im ersten Quartal des laufenden Jahres wurde seitens des Vorstands rund um Ex-CEO Martin Brudermüller bereits angekündigt, über 2.500 Stellen in Deutschland zu streichen - für das Unternehmen arbeiten allein in Deutschland über 51.000 Menschen, in ganz Europa weit über

65.000. Außerdem wird in China gerade ein neues Werk gebaut, die Kosten belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro. BASF zieht sich allmählich aus seinem Heimatland zurück und schlägt sein neues Zelt im fernen Osten auf.

Bürokraten aus Berlin und Brüssel. Sie sind es, die den Konzernriesen vertrieben - ja, fast schon herausgeekelt haben: "Wir machen überall in der Welt Gewinne, außer in Deutschland", deckte kürzlich Brudermüller auf. "Ludwigshafen macht 1,6 Milliarden Verlust." Günstige und verlässliche Energie gibt es nicht mehr, auf welche die Industrieproduktion so angewiesen ist: 2023 lag der Verbrauch von BASF bei über 50 Millionen Megawattstunden.

Nun ist es so, daß die deutschen Energiepreise bereits gesunken sind, jedoch ist der entscheidende Faktor, wie sich die Preise im internationalen Vergleich bewegen. "Die Preise liegen in Deutschland auch jetzt drei- bis viermal höher", erklärte der Ex-CEO im April in einem Interview mit dem Handelsblatt. Standorte, wie die USA oder der Mittlere Osten seien dementsprechend attraktiver. Jedoch sinkt bereits seit 2018 die Industrieproduktion in Deutschland. Dann der Angriff auf die Ukraine, im Zuge dessen sich Europa von russischem Gas trennt.

Damit wurde die Hauptschlagader der deutschen Industrie mit einem Schlag durchtrennt. Zunehmende Versorgungsunsicherheit, die skandalträchtige Abschaltung der letzten deutschen Atomkraftwerke - Das alles ist der Green Deal. Und dann kommt noch die Regulierung: Erst 2022 drängte Brüssel darauf, die REACH-Verordnung zu reformieren - eine Verordnung, welche die EU-Kommission dazu ermächtigt, bestimmte Chemikalien zu registrieren, zu bewerten und zu autorisieren. Auch die CBAM-Verordnung wird die deutsche Industrie drangsaliieren. Dazu kommen immer höhere Sozialabgaben und Gewerkschaften, die weniger Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich fordern - was für eine Welt.

BASF ist jetzt auf der Flucht, baut aktuell ein Mega-Werk in Zhanjiang im Süden von China. Es soll der weltweit drittgrößte Standort des Konzerns werden und 2025 fertiggestellt werden. Das wachsende China-Geschäft gefällt Habeck nicht: Auf die Frage eines SWR-Journalisten, ob "trotz aller Kritik" an der expansiven China-Strategie von BASF festgehalten werden soll, antwortete BASF-Chef Brudermüller während der Pressekonferenz im Februar: "Man kann doch nicht an 50 Prozent des globalen Weltmarktes vorbeilaufen, man kann doch nicht 80 Prozent des Marktwachstums ignorieren", so der Ex-Vorstand von BASF. "Insbesondere dann nicht, wenn wir hier in Europa hochtrabende Ziele beim Dekarbonisieren und dem Green Deal haben."

Brudermüller weiter: "Können Sie mir mal sagen, wie man das finanzieren soll?" Vorausgegangen war auch Kritik über Umweltschutz und das Uiguren-Problem: Zwei Joint-Venture-Unternehmen von BASF sollen aktiv an Menschenrechtsverletzungen mitgewirkt haben - man trennte sich wirtschaftlich schnell von den Verdachtsfällen. Das womöglich größte Risiko besteht allerdings in einem möglichen Angriff Pekings auf Taiwan. "Wir gehen offen damit um und sprechen darüber", so Brudermüller in der Pressekonferenz. Augenscheinlich ist dieses Risiko jedoch erträglich, wenngleich bei einem Angriff auf Taiwan sicherlich Sanktionen gegen die chinesische Wirtschaft verhängt werden.

"Der Abstieg eines Superstars" titeln die Blätter. Die ARD drehte sogar eine Dokumentation über den Fall BASF und unterstellt dem Konzern Geldgier im Schatten schmutziger Machenschaften. Das Taiwan-Risiko, braune Produktion und die Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren: All das ist berechtigte Kritik, dient jedoch nur der Ablenkung von eigenen Fehlern - von eigenen Mißständen am Standort Deutschland.

Denn die sogenannte grüne Transformation gerät zunehmend ins Stocken: Wasserstoff gilt als grüner Energieträger, wenn Sonnen- und Windenergie nicht ausreichen - wichtig, insbesondere für die Chemieindustrie. Die zur Wasserstoffproduktion notwendigen Elektrolysekapazitäten betragen weltweit rund 1.200 Megawatt.

Etwa die Hälfte der globalen Kapazitäten befinden sich allerdings in China, in Deutschland

hingegen nur 57 Megawatt. Die 1,5 Millionen Tonnen Wasserstoff, welche in Deutschland produziert werden, sollen sich schon im nächsten Jahr mehr als verdoppeln und bis Ende des Jahrzehnts über 30 Millionen Tonnen betragen.

Dabei ist jetzt schon klar, daß die eigenen, hochgesteckten Ziele nicht erreicht werden können: Bis 2032 sollten die Wasserstoffnetze fertiggestellt werden, jedoch wurde Anfang April die Frist auf 2037 verschoben - immer mehr Investitionen scheitern.

Der Stahlkonzern Salzgitter wird sich bis zum Zeitpunkt, an dem eine vernünftige Wasserstoff-Infrastruktur steht, mit "rund 9.000 Tonnen grünem Wasserstoff begnügen müssen", erklärte CEO Gunnar Groebler, obwohl insgesamt 150.000 Tonnen benötigt werden - und das bereits ab Mitte 2026.

Die nationale Wasserstoff-Strategie der Bundesregierung wurde 2020 beschlossen und sollte Deutschland zum weltweiten Marktführer machen - in der Entwicklung und beim Export von grünem Wasserstoff. Jetzt wird diese Strategie zum Flop.

Vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Entwicklungen des deutschen Produktionsstandortes kann dem Abwandern der BASF nur Verständnis entgegengebracht werden. Zu oft wurde gewarnt - vor Überregulierung und ungenügender Energieversorgung. Die grüne Agenda kann nicht gestemmt werden. Jetzt muß sich der Konzern retten, nimmt dafür Risiken in Kauf. Anscheinend sind diese Risiken jedoch erträglicher als das Standortrisiko in Deutschland. Der Fall BASF zeigt der deutschen Politik den Spiegel vor: Es ist nicht der Abstieg des "Superstars" BASF. Es ist der Abstieg Deutschlands.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 28. Mai 2024 (x1.376/...):

**>>Dumm, dümmer, Energiewende: Habecks Wasserstoff-Größenwahn wird zum nächsten Milliarden-Desaster!**

Die Wasserstoff-Ziele der Bundesregierung, ein Schlüsselprojekt des Energiewende-Irrsinns, rücken in immer weitere Ferne. Bislang wurde nur ein Bruchteil der geplanten Kapazitäten realisiert, Pilotprojekte scheitern am laufenden Band aus Kostengründen.

Die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") mit viel Getöse verkündete nationale Wasserstoff-Strategie wird nach dem Fernwärme-Flop und Heizungs-Murks zum nächsten Milliarden-Desaster für die deutschen Steuerzahler!

Bei der sogenannten Wasserstoff-Strategie von Ökosozialist Robert Habeck klafft eine immer größere Lücke zwischen ambitionierten Zielsetzungen und der im Verhältnis dazu mickrigen Realität. Parallelen zum sündhaft teuren Heizungs-Murks sind unverkennbar.

Wie Daten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) belegen, gibt es für die angekündigten 88 Elektrolyse-Anlagen, die "grünen" Wasserstoff mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien herstellen sollen, bislang nur für 16 finale Investitionszusagen. Das teilte unlängst der Energieversorger und Verteilnetzbetreiber "E.ON" mit.

Bei den durchfinanzierten Projekten handelt es sich eher um kleinere Elektrolyse-Anlagen, so daß mit den aktuell vorhandenen und gesicherten Anlagen nur drei Prozent der angekündigten Elektrolysekapazität abgedeckt ist, berichten die Deutschen Wirtschaftsnachrichten (DWN) jetzt ergänzend.

Je prekärer die Lage eines Hochstaplers ...

Stand Februar waren demnach bundesweit Elektrolyseure mit einer Leistung von gerade einmal 66 Megawatt installiert. Als Elektrolyseur wird eine Vorrichtung bezeichnet, in der mit Hilfe elektrischen Stromes eine chemische Reaktion, also eine Stoffumwandlung, herbeigeführt wird.

Zum Vergleich: Allein der Stromverbrauch der Millionenstadt Berlin beträgt mehr als 12.100 Gigawatt (ein Gigawatt sind 1.000 Megawatt)!

Die Bundesregierung will im Rahmen der nationalen Wasserstoff-Strategie bis 2030 erklärmaßen eine Elektrolyse-Kapazität von 10 Gigawatt aufbauen, der Nachholbedarf ist also allein

mit Blick darauf gigantisch. Die Anlagen sollen überwiegend in den norddeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein entstehen. Wieder einmal bestätigt sich mit Blick auf Habecks Wasserstoff-Größenwahn die alte Erfahrung: Je prekärer die Lage eines Hochstaplers, desto höher seine Luftschlösser!

Der zu erzeugende Wasserstoff soll laut Habeck vorwiegend für Industriebetriebe bestimmt sein, langfristig aber auch Kraftwerke versorgen. Bis 2028 soll zudem ein Startnetz mit mindestens 1.800 Kilometern an neuen Wasserstoff-Leitungen und umgerüsteten Erdgas-Pipelines entstehen.

Als Gründe der großen Lücke zwischen den Zielen und dem tatsächlichen Fortschritt der sogenannten Wasserstoff-Strategie benennt die EWI-Studie vor allem Geldmangel in Gestalt ausbleibender Investitionszusagen. Zudem fehle es an der notwendigen Transport- und Speicherinfrastruktur für Wasserstoff.

### **Der Steuerzahler soll's richten**

Die neuen deutschen sogenannten Klimaschutzverträge, bei denen der Staat (Steuerzahler) die Mehrkosten einer "grünen" Wasserstoffproduktion in Relation zu vergleichbaren fossilen Methoden kompensieren will (soll), lassen zugleich das größte Problem mit Wasserstoff als Energieträger immer deutlicher zutage treten: Es mangelt an Wirtschaftlichkeit!

Einige Vorzeige-Projekte in diesem Bereich sind bereits gescheitert. Aktuell wird vor allem der abrupte Baustopp einer Elektrolyse-Anlage in der Öl-Raffinerie Heide in Hemmingstedt im schleswig-holsteinischen Kreis Dithmarschen zum Menetekel. Die Raffinerie hatte sich mit zwei Partnerfirmen zusammengeschlossen, um im Rahmen des Projektes "Westküste 100" eine 30-Megawatt-Anlage zur Produktion von Wasserstoff aus Windstrom zu errichten. Es gab Millionen an Fördergeldern (Steuergeldern) vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Bundesland Schleswig-Holstein.

Laut einer Pressemitteilung vom November 2023 waren steigende Investitionskosten und "damit einhergehende große wirtschaftliche Risiken" der Hauptgrund für die Aufgabe des Projekts. Trotz der staatlichen Fördermittel lohnte sich ein dauerhafter Betrieb der Anlage zur Herstellung von "grünem" Wasserstoff in industriellem Maßstab nicht.

Ein anderes ebenfalls von der Landesregierung bezuschusste Projekt namens "Hyscale 100" ist derweil noch in der Planungsphase. Hier soll erheblich mehr "grüner" Wasserstoff bei der Raffinerie Heide erzeugt werden und mit gespeichertem Kohlendioxid aus einer lokalen Zementfabrik zu E-Methanol vermischt werden. "Angesichts des Scheiterns des ersten Projektes ist stark anzuzweifeln, ob dasselbe in größer und komplexer gelingen wird", so der DWN-Bericht, der auf zahlreiche weitere mahnende Beispiele verweist:

So wurde bei der größten bayerischen Elektrolyseanlage in Wunsiedel Anfang 2023 der Betrieb für mehrere Monate wegen mangelnder Rentabilität durch hohe Strompreise unterbrochen; aktuell ist der Ausbau vorerst gänzlich auf Eis gelegt. In Hannover beendeten jüngst Ratspolitiker die Pläne einer Wasserstofffabrik im Klärwerk Herrenhausen, weil sich die Kosten verfünffacht hatten. Auch die Pläne des Stromanbieters "Pfalzwerke" für einen Elektrolyseur in Bad Dürkheim mit einer Kapazität bis zu zehn Megawatt wurden wegen fehlender Wirtschaftlichkeit eingestampft.

Wie würde Robert Habeck wohl sagen: "Mein Wasserstoff-Größenwahn wird nicht teurer - er kostet nur mehr!"<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 29. Mai 2024 (x1.369/...):

### **>>Habeck hält an Übernahme des Tennet-Stromnetzes fest**

Trotz der bislang ergebnislosen Verhandlungen hält Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) an einer Übernahme des Stromnetzes des niederländischen Netzbetreibers Tennet fest. "Die Gespräche sind noch nicht zu Ende", sagte Habeck der "Rheinischen Post". "Ich halte es nach wie vor für sinnvoll, daß der Staat bei einer so wichtigen Infrastruktur sicherstellt, daß

sie in guten Händen bleibt." Er fügte an: "Dazu werden wir weiter mit der niederländischen Regierung reden."

Habeck hob die Bedeutung des Netzausbaus hervor: Man sollte sich klarmachen, "daß ohne den Netzausbau erst recht sehr hohe Kosten entstehen, weil der Strom aus Windkraft nicht ausreichend vom Norden in den Süden transportiert werden könnte". Dann müßte man dauerhaft Anlagen abregeln und für viel Geld entschädigen und an anderer Stelle teure Gaskraftwerke hochfahren, so der Grünen-Politiker. Deshalb habe man so viel Druck gemacht, um den Netzausbau zu beschleunigen. "Und das geht.

Dieses Jahr gehen fünfmal so viele Stromtrassenkilometer in den Bau wie 2021", so Habeck. Er hält dabei weiter an der Idee fest, die Kosten für den Netzausbau über einen längeren Zeitraum zu strecken. "Denn wir bauen das Stromnetz ja nicht für diese Legislatur, sondern für Generationen. Damit würden wir den Anstieg der Stromkosten dämpfen.

All das ist nicht trivial und muß rechtlich noch geprüft werden. Das andere ist, daß wir möglichst die Netzkosten verringern. Dafür prüfen wir etwa eine günstigere Bereitstellung von Systemdienstleistungen, also Technik, mit der das Netz stabil betrieben werden kann", so Habeck weiter.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 29. Mai 2024 (x1.369/...):  
>>**Blackout wegen KI? Strompreise vor Explosion**

Der hohe Strombedarf wegen Künstlicher Intelligenz (KI) dürfte die Industrienationen in eine Stromkrise führen. Es gibt nicht genug Kraftwerke, neue sind kaum geplant. Der Stromverbrauch von KI ist dagegen astronomisch. Folge: die Strompreise werden drastisch steigen, Blackoutgefahr steigt.

von *Reed Cassidy*, Portfoliomanager bei ClearBridge Investments

Der Markt konzentriert sich auf das Veränderungspotential der künstlichen Intelligenz (KI), hat aber unserer Meinung nach noch nicht ganz verstanden, welche realen Engpässe mit dieser Zukunftstechnologie verbunden sind. Während die Märkte das Angebot an innovativen Grafikprozessoren zu vervielfachen scheinen, um die steigende Nachfrage zu decken, zeichnen sich im zunehmenden Wetttrüben bei der KI neue Herausforderungen ab.

Dazu zählen die Suche nach Standorten für Rechenzentren, der Anschluß an das Stromnetz und die Beschaffung von Kühlanlagen. Wir denken, daß die Märkte letztendlich eine Lösung für die meisten dieser Hindernisse finden werden. Doch das Lebenselixier der KI-Infrastruktur ist die Elektrizität, weshalb sich der Zugang zum Stromnetz und die Stromerzeugungskapazitäten wahrscheinlich als längerfristige Problemfaktoren erweisen werden.

Durch Innovationen wie das Cloud Computing ist der Strombedarf von Rechenzentren stetig gestiegen, derzeitige Spitzenschätzungen des Strombedarfs für KI-Computing liegen demgegenüber jedoch beim 30-fachen pro Server. In Anbetracht der Vielzahl von Servern in einem Rack, der Menge an Racks in einem Rechenzentrum und der wachsenden Zahl von Rechenzentren wird schnell klar, daß der Gesamtanstieg des Strombedarfs nicht nur für das KI-Ökosystem, sondern auch für andere Stromverbraucher ein Problem darstellt.

Nach aktuellen Schätzungen werden die USA aufgrund der wachsenden KI-Nachfrage in den nächsten zehn Jahren zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder ein Wachstum der Stromnachfrage von mehr als 3 % verzeichnen. Die Deckung dieser erhöhten Nachfrage wäre bereits unter normalen Umständen keine leichte Aufgabe. Daß wir gleichzeitig eine globale Energiewende durchlaufen und diese forcieren, wird dies noch schwieriger machen.

**KI bewirkt einen drastischen Anstieg des Strombedarfs**

Die aktuelle Umstellung von reichlich vorhandenen, aber umweltschädlichen fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien in Form von Wind- und Sonnenenergie macht die Sache noch komplizierter.

**Die großen KI-Akteure werden die Strompreise beeinflussen**

Die großen Player der KI-Infrastruktur Amazon, Google, Microsoft, Meta und zunehmend auch Oracle warten nicht und werden die bestehenden Systeme an ihre Grenzen bringen. Angesichts der beschriebenen Schwierigkeiten überrascht es nicht, daß sich die Stromversorgung schnell als größter Engpaß für einen umfassenderen Ausbau von KI-Rechenzentren herausstellt. Selbst wenn ein Unternehmen alle Genehmigungen erhalten hat und die erforderlichen Anlagen beschaffen kann, werden die Vorlaufzeiten für den Anschluß an die Stromversorgung immer länger.

Viele der großen Player umgehen daher das allgemeine Stromnetz. Sie wenden sich direkt an Stromhändler, um über langfristige Verträge Strom zu beziehen, oft mit einem erheblichen Aufschlag auf die herrschenden Strompreise. Wir vermuten, daß die Häufigkeit solcher Geschäfte zunehmen wird, da Geschwindigkeit für diese Unternehmen alles ist, und weitere Geschäfte, von denen die Stromerzeuger profitieren werden, dürften folgen.

Auch wenn neue Energieträger der regenerativen Energiewirtschaft eine wichtige Rolle spielen werden - eine solche direkte Nutzung der etablierten Energiequellen wird die Rechenzentren schneller ans Netz bringen und die Nachfrage nach den vorhandenen Ressourcen erhöhen. Doch was für die großen KI-Akteure von Vorteil ist, ist es nicht zwangsläufig auch für den Rest der Gesellschaft.

So hat Amazon beispielsweise kürzlich mit dem Kernkraftwerksbetreiber Talen Energy einen Vertrag über die Abnahme von mehr als 1 Gigawatt (GW) Strom mit einem Aufschlag von 50 % auf die aktuellen Strompreise abgeschlossen. Diese enorme Strommenge wird allein Amazon dienen; sie wird nicht dazu beitragen, die Netzzuverlässigkeit zu sichern und sie wird nicht helfen, die Strompreise niedrig zu halten.

einem gut funktionierenden Markt würden neue Einspeisungen diese Stromentnahme von Amazon ausgleichen, aber die Engpässe bei den Netzanschlüssen für neue Stromerzeuger haben sogar dazu geführt, daß die lokalen Netzbetreiber aufgrund des entstandenen Rückstands die Annahme von Anträgen komplett eingestellt haben. Ein Anstieg der Nachfrage bei einem unzureichenden Angebot führt zu höheren Preisen für Verbraucher und Unternehmen, die darüber indirekt die KI-Pläne von Amazon subventionieren.

### **Blackout oder Brownout?**

Da sämtliche Konkurrenten von Amazon sicherlich zur Kenntnis genommen haben, daß das Unternehmen mit der Talen-Transaktion die Voraussetzungen für die Beschleunigung seiner KI-Strategie geschaffen hat, ist es sehr wahrscheinlich, daß andere Unternehmen auf diesem Markt nachziehen und das angespannte Angebot-Nachfrage-Verhältnis weiter verschärfen werden. Im Zuge dieser Entwicklung könnte es in den nächsten Jahren zu einem galoppierenden Anstieg der Strompreise kommen.

Ein letzter Punkt: Wenn entsprechende Strommengen aus dem Netz genommen und nicht mehr zur Deckung der Grundlast zur Verfügung stehen, sind die Versorgungsunternehmen gezwungen, zur Deckung der Spitzennachfrage verstärkt auf erneuerbare Energien zurückzugreifen. Dabei besteht die Gefahr, daß diese die Nachfrage nicht decken können, da es bei ihnen anders als bei Gas- und Kohlekraftwerken nicht möglich ist, die Produktion bei Bedarf beträchtlich zu steigern. Im schlimmsten Fall könnten sogar Stromausfälle drohen.

### **Preis und Angebot stehen nicht in einem linearen Verhältnis**

Eine Kombination aus deutlich höheren Preisen und einer geringeren Netzzuverlässigkeit dürfte zu einem erheblichen politischen Widerstand gegen den KI-Ausbau führen. Von den KI-Akteuren dürfte dann zunehmend nachdrücklich verlangt werden, daß sie einen angemessenen Beitrag leisten, anstatt die Kosten für den Bau von Rechenzentren über höhere Preise auf die Verbraucher abzuwälzen.

Außerdem könnte es sein, daß sich die Tech-Giganten hinsichtlich neuer Netzanschlüsse hinten anstellen müssen, da sie im Vergleich zu Alternativen, wie z. B. neuen Fabriken, keine

dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung auf lokaler Ebene versprechen. Sind diese Annahmen richtig, könnte der rasante Wachstumskurs, dem viele dieser Unternehmen folgen, irgendwann auf die schwerfälligere und lineare Realität treffen, was zu einer deutlichen Korrektur der Erwartungen führen dürfte.

Glücklicherweise wird dieser perfekte Sturm eines Nachfragewachstums, das auf eine traditionell wachstumsschwache Energiebranche trifft, teilweise dadurch entschärft, daß das Erdgasangebot in den USA durch die Förderung von Schiefergas zugenommen hat.

Die Gewinnung von Energie aus Schiefergestein, einer wichtigen und immer wichtiger werdenden Energiequelle für die Stromerzeugung in den USA, hat zu einem exponentiellen Produktivitätsanstieg der Bohrungen geführt und zu einem Angebotswachstum beigetragen, das die Nachfrage übertroffen hat. Selbst angesichts der steigenden Gasnachfrage, die sich mit der zunehmenden Stromnachfrage noch verstärken dürfte, befinden sich die Erdgaspreise derzeit auf einem historischen Tiefstand.

### **KI-Chancen im Versorgungs- und Energiesektor**

Die Entwicklung hin zu höheren Strompreisen ist unseres Erachtens einer der stärksten fundamentalen Positivfaktoren für kapitalintensive zyklische Unternehmen. Dabei werden die letztendlichen Vorteile fast immer unterschätzt und es kommt zu einer Unterreaktion, die wir als Value-Investor nutzen können. Die KI-Begeisterung der Anleger richtet sich vor allem auf Mega-Cap-Entwickler und wachstumsstarke IT-Unternehmen. Doch in Sektoren wie der Versorgungs- und Energiewirtschaft ergeben sich Chancen, die nicht weniger interessant sind (wenn auch nicht ganz so aufsehenerregend).

Vor dem Hintergrund eines erwarteten Wachstums des Strombedarfs von möglicherweise 3 % oder mehr sehen wir eine der größten Chancen bei den Stromversorgern im Versorgungssektor, da erhebliche Investitionen in die Stromerzeugung und Netzkapazität angesichts höherer Strompreise gerechtfertigt erscheinen. Die Aussicht auf langfristige Preismacht aufgrund einer höheren Stromnachfrage durch die Entwicklung und Implementierung von KI hat die Kurse der Versorgungsunternehmen Vistra und Constellation Energy im Jahr 2024 nach oben schnellen lassen. Dies dürfte sich mit einer zunehmenden KI-Nachfrage noch verstärken.

Da die großen Technologieunternehmen nach mehr erneuerbaren Energiequellen Ausschau halten, glauben wir, daß AES, ein Entwickler erneuerbarer Energien, mit am stärksten von der anhaltenden Nachfrage nach netzgebundener und netzunabhängiger Energie profitieren wird. Auch wenn dieser Trend der Aktie von AES bislang noch keinen Schwung verleiht, glauben wir, daß die Projektrenditen steigen werden und sich das Wachstum durch die Nachfrage nach erneuerbaren Energien deutlich intensivieren könnte.

Von einer Erholung der Erdgaspreise würden vor allem die Produzenten profitieren. Für sie dürften sich langfristig beträchtliche Wertschöpfungsmöglichkeiten ergeben, da sie wichtige Kandidaten sind, um die Lücke zwischen der wachsenden Stromnachfrage und den Stromerzeugungskapazitäten zu schließen. Da Erdgas reichlich vorhanden, relativ günstig und umweltfreundlicher als andere fossile Brennstoffe ist, dürfte der Produzent EQT ein beträchtliches Wachstum verzeichnen, nicht nur wegen der steigenden Nachfrage bestehender Kraftwerke, die ihre Spitzenlastkapazität erhöhen, sondern auch aufgrund des Baus neuer Erdgasturbinen und Flüssigerdgasanlagen (LNG) in den USA und im Ausland, der ebenfalls zu einer erhöhten Nachfrage führt.

### **Risiko KI-Wachstum könnte Outperformance belasten**

Wie jede Form der Kognition ist auch die KI energieintensiv, und Anleger, die glauben, digitale Innovationen wirkten rein deflationär, könnten eine Überraschung erleben. Höhere Strompreise in Märkten mit überdimensionierten KI-Infrastrukturen sind der Weg des geringsten Widerstands. Die Problematik der Stromversorgung großer Rechenzentren wird von den Anlegern möglicherweise unterschätzt und ist ein Risiko für das KI-Wachstum und die

langfristige Outperformance vieler Aktien, die von der KI-Begeisterung profitieren. Angesichts der historischen Marktkonzentration bei diesen Titeln dürfte ein beträchtlicher Teil der bei ihnen angehäuften Marktkapitalisierung in andere Segmente des Marktes zurückfließen. Dies kommt den Portfolios von Value-Investoren zugute, die sich von Mega Caps abwenden und Chancen in kapitalintensiveren, zyklischen Sektoren ergreifen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 29. Mai 2024 (x1.372/...): >>**Vor allem Industrie-Betriebe sterben: 176.000 Unternehmen geben auf!**

*Redaktion*

Diese Entwicklung ist höchst bedenklich: Im Jahr 2023 ist es in Deutschland zu einem wahren Unternehmenssterben gekommen. Die meisten Firmen resignieren im Stillen. Experten sind alarmiert.

Insgesamt schlossen neuen Daten zufolge im vergangenen Jahr in Deutschland rund 176.000 Unternehmen und damit 2,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der Wirtschaftsauskunftei Creditreform in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hervor.

Nur 11 Prozent der Schließungen waren Folge eines Insolvenzantrags. Industrieunternehmen mußten besonders oft aufgegeben. Im Baugewerbe stieg die Zahl der Schließungen um 2,4 Prozent auf 20.000. Im verarbeitenden Gewerbe schlossen 11.000 Firmen, ein Anstieg um 8,7 Prozent und der höchste Stand seit dem Jahr 2004. Die industrielle Basis schwinde, heißt es in der Studiauswertung.

**"Schließungen treffen den Kern unserer Volkswirtschaft"**

Im Handel sank die Zahl der Schließungen um knapp 1 Prozent auf rund 37.000 Firmen. Bei den konsumnahen Dienstleistern, zu denen unter anderem das Gastgewerbe, das Grundstücks- und Wohnungswesen, Krankenhäuser, Arztpraxen, Friseure oder Reinigungen zählen, gaben gut 51.000 Unternehmen auf und damit 0,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Sonstige Branchen wie beispielsweise Post und Verkehr oder Bergbau wurden in der Studie nicht im Detail analysiert.

"Verwaiste Ladenlokale und leere Schaufenster treffen die Menschen in ihrer Umgebung wirtschaftlich und auch emotional", sagte Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung. "Die Schließungen in der Industrie aber treffen den Kern unserer Volkswirtschaft." Hohe Energie- und Investitionskosten, unterbrochene Lieferketten, Personalmangel und politische Unsicherheit seien für die Wirtschaft ein toxischer Cocktail.

Sorgen bereitet den Experten, daß es vor allem forschungsintensive Firmen - etwa aus der Chemie- und Pharmaindustrie oder dem Maschinenbau - treffe. Der Effekt sei dort zudem besonders stark, weil den Schließungen stagnierende Gründungen gegenüberstünden, erläuterte ZEW-Expertin Sandra Gottschalk. "Wenn der Bestand nicht nachwächst, steigt die Zahl der Schließungen überproportional". Das Schrumpfen forschungsintensiver Branchen sei keine gute Voraussetzung für notwendige Innovationen, die die Grundlage zukünftiger Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und für Wachstum seien, hieß es in der Studie.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 31. Mai 2024 (x1.368/...): >>**Geringe Windkraft-Nachfrage und Milliarden-Verluste: Arbeitsplatzabbau bei Siemens Energy**

*Von Redaktion*

Wegen der fallenden Nachfrage und einiger Qualitätsmängel schreibt der Windkraftanlagenhersteller Gamesa tieferen Zahlen. Jetzt reagiert der Mutterkonzern Siemens Energy: 4.100 Arbeitsplätze könnten abgebaut werden, hunderte davon in Deutschland.

*Von Redaktion*

Stellenabbau bei Siemens Energy: Auch Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien sind jetzt wegen steigender Verluste gefährdet. Einem Bericht des amerikanischen Magazins Bloomberg zufolge plant ein Tochterunternehmen der deutschen Aktiengesellschaft den

Rückbau von 4.100 Arbeitsstellen. Demnach hat Siemens Energy Umstrukturierungspläne mit dem Windkraftanlagen-Hersteller Gamesa besprochen.

Vor allem in Dänemark, Spanien und auch Deutschland sollen ganze 550, 430 beziehungsweise 370 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zuletzt hatte Siemens Energy staatliche Garantien erhalten, weil das Unternehmen Verluste von mehreren Milliarden Euro notieren mußte. 7,5 Milliarden Euro hatte die Bundesregierung für Siemens Energy aus Haushaltsgeldern in die Hand genommen.

Siemens Energy gilt wegen der zahlreichen Produktionssparten im Bereich der erneuerbaren Energien als ein zentraler Träger der Energiewende. Das Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 30 Milliarden Euro ist ein wichtiger Produzent von Windkraft- und Wasserstoffanlagen, Gaskraftwerken und Energienetzen.

Nicht jede Sparte scheint dabei erfolgreich zu sein: Der Windkraftanlagen-Hersteller Gamesa mußte zuletzt tiefrote Zahlen schreiben. 2023 trug das Tochterunternehmen maßgeblich dazu bei, daß Siemens Energy rund 4,6 Milliarden Euro Verlust notieren mußte. Die Gründe: Qualitätsmängel bei deutschen Windrädern und die starke Konkurrenz aus China.

In der Folge hapert es auch bei der Nachfrage. Sogenannte "Onshore-Windkraftanlagen" möchte Siemens Energy deshalb vor allem für den deutschen und US-amerikanischen Markt produzieren. Global bleibt einzig die Hoffnung auf steigende Aufträge für "Offshore-Anlagen", die in Küstennähe im Meer aufgestellt werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 2. Juni 2024 (x1.383/...):  
>>**Der Wahnsinn vom Windstrom vom Meer**

Die Energiewende wird immer absurder. Die Regierung zerstört ein bestehendes Stromnetz und will dann mit Hilfe neuer Leitungen, die 1 Billion Euro kosten, Windstrom von Nord nach Süd transportieren.

Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Die Reporter Svenja Fleig und Marco Krefting von der Wilhelmshavener Zeitung (WZ) und die Reporterin Susanne Preuß von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) haben die Angaben des Karlsruher Energiekonzerns EnBW über den Bau einer Riesenwindkraftanlage in der Nordsee vor Borkum kommentarlos übernommen. So beginnt Frau Preuß ihren Artikel mit der Falschaussage, diese Anlage könne 1,1 Millionen Haushalte mit Strom versorgen. Richtig ist: Bei Windstille kann kein einziger Haushalt versorgt werden. Die Autoren der WZ haben immerhin die Aussage mit dem Zusatz "rechnerisch" eingeschränkt.

In den Berichten werden eindrucksvolle große Zahlen für Investitionen und Dimensionen der Windgeneratoren auf hoher See genannt. Doch über die Kosten des Off-Shore Stroms erfährt man nichts. Das gilt für die Erzeugung wie auch für den Transport des Stroms an Land bis zur Einspeisung in das Stromnetz. Nach Auskunft des Übertragungsnetzbetreibers Amprion übergibt der Windkraftbetreiber den Strom auf der Off-Shore Konverterstation. Für die Weiterleitung bis zur Einspeisung in das Stromnetz sind die Übertragungsnetzbetreiber zuständig und verpflichtet. Die Kosten und Leitungsverluste von mehreren Cents pro Kilowattstunde erhöhen die Netzgebühren und werden nicht als Off-Shore Kosten ausgewiesen..

Von der Ampel-Regierung und vielen Politikern wird der Bau weiterer Windkraftanlagen auf hoher See gefordert. Die bisher installierte Leistung von 8.000 Megawatt soll in den nächsten 6 Jahren auf 30.000 erweitert werden.

Das sind Jahr für Jahr 4 neue Anlagen in der Größe von "He Dreiht". Dazu gibt es noch keine verbindliche Planung und keine Kosten-Nutzen Analyse. Der Bundesrechnungshof hat eine solche Kontrolle wiederholt erfolglos angemahnt.

Demnach werden Steuergelder und Stromverbraucher-Gebühren für die Energiewende ohne Erfolgskontrolle verschleudert. Die ... technischen und wirtschaftlichen Daten von der 960-MW-Windkraftanlage "He Dreiht" und dem 730-MW-Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven sol-

len helfen, beide Stromerzeuger sachlich zu bewerten. ...

**Leistung:** Die Windstromanlage hat eine installierte Leistung von 960 MW, die aber nie erreicht wird, weil die Windgeschwindigkeit zum Meer hin abgebremst wird. Bei Starkwind werden bis zu 80 % der installierten Leistung erreicht. Ohne Wind, also bei Flaute, kann keine Leistung abgegeben werden. Dann kann auch kein Haushalt mit Strom versorgt werden.

Im Jahresmittel liegt die Leistung bei etwa 40 % der installierten Leistung. Die Leistung steigt und fällt mit der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Sinkt die Windgeschwindigkeit auf die Hälfte, denn fällt die Leistung auf ein Achtel. Die Leistung der Windstromanlage ist nicht planbar und nicht regelbar. Leistungsvoraussagen sind genauso fehlerhaft wie die Wettervoraussagen, auf denen sie basieren.

Die Leistung des Kohlekraftwerkes ist plan- und regelbar. Es kann jederzeit die Leistung bis hin zur installierten Leistung geändert werden, um schwankende Netzleistungen auszugleichen. Der ständig wechselnde Wind- und Solarstrom hat zu einem starken Anstieg der Regelkosten in den letzten 20 Jahren von einst 100 Millionen Euro im Jahr auf nunmehr 4.200 Millionen geführt!

Leistung und Frequenz im Netz müssen von regelbaren Kraftwerken gesteuert werden. In dieses Netz kann begrenzt die schwankende Wind- und Solarleistung eingespeist werden. Allein mit Wind- und Solarstrom ist eine sichere Stromversorgung nicht möglich. Dieser Strom sollte daher als Fakepower (Fake = Täuschung) bezeichnet werden, um dies für alle deutlich zu machen.

**Energie:** Die Jahreserzeugung von "He Dreht" liegt bei 3,3 Millionen kWh Fakepower, die auf der Konverter Insel der Windkraft-Industrieanlage ankommen. Hier wird der Strom von dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet übernommen. Die weiteren Transportkosten müssen von allen Stromkunden als Netzgebühren bezahlt werden. Die Verluste für Umspannung, Gleichrichtung, Leitungswiderstand und Rückumwandlung in Wechselstrom liegen bei 10 Prozent, also 0,3 Millionen MWh.

Das Kraftwerk kann deutlich mehr Energie im Jahr liefern als die Windstromanlage. Die erzeugte Wechselstrom kann ohne Verluste in das Netz eingespeist werden, da das Werk unmittelbar an das Netz angeschlossen ist.

Die Erzeugung des Fakepower-Stromes führt zu einer reduzierten Nutzung des Kohlekraftwerkes und erhöht dadurch die Erzeugungskosten des Kraftwerkes je Kilowattstunde. Würde auf diese Fakepower-Erzeugung verzichtet, würde der Wert von 1,7 Ct./kWh (Abschreibung und Wartung) beim Kohlekraftwerk noch niedriger sein. Ebenso versteht sich, daß der Betrag von 8 Ct./kWh CO<sub>2</sub>-Zertifikat nichts mit Energie zu tun hat sondern eine willkürliche Steuer darstellt, die ausschließlich den Kohlestrom verteuern und dem Staat mehr Einnahmen für seine Weltklimarettungsausgaben generieren soll.

**Flächenbedarf:** Die benötigte Fläche für "He Dreht" wird mit 63 km<sup>2</sup> angegeben. Es sollen 22 weitere Anlagen bis zum Jahr 2030 hinzukommen. Damit wird eine Fläche von knapp 1.400 km<sup>2</sup> benötigt. Das wäre ein Gürtel von Windgeneratoren entlang der deutschen Nordseeküste von der Emsmündung bis nach Dänemark mit einer Tiefe von ca. 10 km. 20 Kohlekraftwerke, die weitgehend vorhanden sind und abgeschaltet werden sollen, benötigen nur 13 km<sup>2</sup> und liefern planbaren Strom!

**Kosten:** Die Windstromkosten sind doppelt so hoch wie der Strom aus dem Kohlekraftwerk. Erst die politischen Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate machen den Kraftwerkstrom fiktiv teurer. Hierbei wird außerdem übersehen, daß der Windstrom teure Regelleistungen von den Kraftwerken braucht. Windstrom ist daher immer teurer, egal, wie hoch der Preis für CO<sub>2</sub>-Zertifikate getrieben wird.

Nach den Zeitungsberichten hat der zukünftige Betreiber von "He Dreht", EnBW, schon Kaufverträge für den Windstrom mit großen Konzernen abgeschlossen. Welche Vorteile ha-

ben diese Konzerne davon?

EnBW verkauft den "grünen" Strom zum Erzeugerpreis ab Einspeisung an der Konverter-Plattform. Der Strom ersetzt teure CO<sub>2</sub>--Zertifikate, die die Firmen sonst für ihre CO<sub>2</sub>--Emissionen aufgrund von nationalen und EU-Vorschriften erwerben müßten. Bei den Firmen kommt aber kein "grüner" Strom, sondern weiter Netzstrom an, ein wechselnder Mix aus Fakepower, Wasser- und Kraftwerkstrom.

Die Versorgung mit "grünem" Strom ist nach Energiewende-Vorschriften auch gegeben, wenn er irgendwann in das Netz eingespeist wird und zu einer anderen Zeit gebraucht wird. Die Deutsche Bahn ist dafür ein bekanntes Beispiel. Nach deren Aussagen fährt "grün", wer dafür extra bezahlt, während der Nachbar im gleichen Zug die CO<sub>2</sub>--Emissionen erhöht.

### **Folgerungen**

Die Daten zeigen, eine sichere und bezahlbare Stromversorgung ist mit Fakepower aus Wind (und auch aus Sonne) nicht möglich. Dies kann nur mit Kohlekraftwerken erreicht werden. Auch Gaskraftwerke würden wegen der begrenzten Lagerkapazitäten von Erdgas keine hinreichend sicher zu bevorratende Energiequelle sein.

Deutschlands Wirtschaft wird durch die Energiewende für die Weltklimarettung immer mehr geschwächt und ins Ausland getrieben. Unsinnige Vorschriften zugunsten von wenigen Profiteuren zerstören unsere Umwelt und treiben die Strompreise immer weiter in die Höhe. Es wird höchste Zeit zu einer Besinnung und Umkehr. Werden die kommenden Wahlen dazu beitragen?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 6. Juni 2024 (x1.383/...):

### **>>Bundestag beschließt schnellere Genehmigungsverfahren für Windräder**

Der Bundestag hat den Weg für schnellere Genehmigungsverfahren für Windräder auf den Weg gebracht. Für eine entsprechende Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes votierten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung 377 Abgeordnete. Auf der Gegenseite gab es 258 Nein-Stimmen und neun Enthaltungen. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung Genehmigungsverfahren nach dem Immissionsschutzrecht vereinfachen, damit zum Beispiel Windkraftanlagen schneller gebaut werden können.

Ziel ist es demnach, die Potentiale des Bundesimmissionsschutzgesetzes effektiver zu nutzen, um die Klimaziele zu erreichen. Bis 2030 erforderten diese "nahezu eine Verdreifachung der bisherigen Geschwindigkeit der Emissionsminderung", heißt es in dem Gesetzentwurf. Konkret ist unter anderem geplant, die Genehmigungsverfahren für Anlagen wie etwa Windenergieanlagen an Land und Elektrolyseuren für grünen Wasserstoff zu beschleunigen. Das soll nach einer Änderung im zuständigen Ausschuß auch für alle anderen Industrieanlagen gelten, die nach dem Gesetz genehmigt werden.

Eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde soll darüber hinaus nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Anlagenbetreibern soll zudem das Nachreichen von Unterlagen im Genehmigungsverfahren erleichtert werden. Ebenfalls vereinfacht werden sollen Genehmigungsverfahren für das Ersetzen älterer Anlagen durch moderne.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 6. Juni 2024 (x1.383/...):

### **>>Windkraft bleibt wichtigster Energieträger - mehr Stromimporte**

Im ersten Quartal 2024 sind in Deutschland 121,5 Milliarden Kilowattstunden Strom produziert und in das Stromnetz eingespeist worden. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen am Donnerstag mitteilte, waren das 7,5 Prozent weniger Strom als im ersten Quartal 2023 (131,4 Milliarden Kilowattstunden).

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Stromerzeugung stieg die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien im Vergleich zum ersten Quartal 2023 um 11,6 Prozent. Damit stammte der im ersten Quartal 2024 erzeugte Strom zu 58,4 Prozent aus erneuerbaren Quellen (erstes Quartal 2023: 48,5 Prozent).

Dies war der höchste Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien für ein erstes Quartal seit Beginn der Erhebung im Jahr 2018. Demgegenüber ging die Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern um 25,4 Prozent auf einen Anteil von 41,6 Prozent an der inländischen Stromproduktion zurück. Den größten absoluten Anstieg bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien verzeichnete die Windkraft mit einem Plus von 5,0 Milliarden Kilowattstunden (+12,0 Prozent).

Im ersten Quartal 2024 stammten 46,8 Milliarden Kilowattstunden Strom und damit 38,5 Prozent des gesamten inländisch produzierten Stroms aus Windkraft. Damit war die Windkraft wie bereits im ersten Quartal 2023 (31,8 Prozent) die wichtigste Energiequelle. Am zweitgrößten war der absolute Anstieg mit 1,4 Milliarden Kilowattstunden bei der Stromerzeugung aus Photovoltaik (+21,0 Prozent). Insgesamt wurden 8,1 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Photovoltaik erzeugt, das waren 6,6 Prozent der Stromproduktion.

Der starke Rückgang der Stromerzeugung aus konventionellen Energieträgern läßt sich vor allem auf die deutliche Abnahme der Stromproduktion aus Kohle zurückführen. Im Vergleich zum ersten Quartal 2023 sank die Stromeinspeisung aus Kohle im ersten Quartal 2024 um 11,0 Milliarden Kilowattstunden oder 28,2 Prozent. Mit einem Anteil von 23,0 Prozent an der gesamten Stromproduktion war Kohle im ersten Quartal 2024 aber weiterhin der zweitwichtigste Energieträger.

Da am 15. April 2023 die letzten drei Kernkraftwerke abgeschaltet worden waren, gab es im ersten Quartal 2024 keine Stromeinspeisung aus inländisch erzeugter Kernenergie mehr. Im ersten Quartal 2023 waren noch 5,8 Milliarden Kilowattstunden oder 4,4 Prozent des Stroms aus Kernenergie erzeugt worden. Zudem sank im ersten Quartal 2024 auch die Stromeinspeisung aus Erdgas gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,4 Milliarden Kilowattstunden oder 1,9 Prozent auf 19,2 Milliarden Kilowattstunden. Das entsprach einem Anteil von 15,8 Prozent an der gesamten Stromeinspeisung.

Im ersten Quartal 2024 verzeichnete Deutschland einen Anstieg der Stromimporte um 38,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal, so das Bundesamt weiter. Insgesamt wurden 16,8 Milliarden Kilowattstunden Strom importiert, verglichen mit 12,1 Milliarden Kilowattstunden im ersten Quartal 2023. Im Gegensatz dazu gingen die Stromexporte um 21,7 Prozent zurück auf 16,7 Milliarden Kilowattstunden, verglichen mit 21,3 Milliarden Kilowattstunden im ersten Quartal 2023.

Der Anstieg der Stromimporte und der gleichzeitige Rückgang der Exporte führte dazu, daß die tatsächlich in Deutschland verfügbare und nachgefragte Strommenge im Vergleich zum Vorjahresquartal nahezu unverändert geblieben ist.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 6. Juni 2024 (x1.382/...): >>**Be-richt seit zwei Jahren überfällig - Habeck verschweigt weiterhin die Folgen des Kohle-ausstiegs**

Das Bundeswirtschaftsministerium kann bisher die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf Strompreise und Versorgungssicherheit in Deutschland nicht benennen. Der Prüfbericht ist schon zwei Jahre überfällig. Ob der Kohleausstieg auch CO2 einspart, entscheidet am Ende Brüssel.

*Zan Blagojević*

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kann den Prüfbericht zu den Folgen des Kohleausstiegs weiterhin nicht vorlegen, teilte Michael Kellner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, an die Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Wirtschaft sowie für Klimaschutz und Energie in einem Schreiben mit, welches dem Handelsblatt vorliegt. Habecks Ministerium bitte um Verständnis für die Verzögerung des Berichts.

Wie im Kohleausstiegsgesetz vorgeschrieben, soll der Bericht die Auswirkungen der Stilllegung der Kohlekraftwerke auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise und die Klima-

schutzziele "auf wissenschaftlicher Grundlage" dokumentieren. Jetzt plant das Ministerium, den Bericht sogar erst "im Frühjahr 2025" vorzulegen. Das wäre eine Verspätung von fast drei Jahren, zumal die Frist laut Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) bereits am 15. August 2022 abgelaufen ist - und der nächste Bericht schon im übernächsten Jahr vorgelegt werden soll.

Laut Kellner gibt es verschiedene Gründe für die Verzögerung des Berichts, darunter die Energiekrise von 2022 und die laufenden Arbeiten an der Kraftwerksstrategie und an einem Kapazitätsmechanismus. Die Kraftwerksstrategie soll Anreize für den Bau von Reservekraftwerken schaffen. Sie sollen einspringen, wenn der Strombedarf nicht durch sogenannte grüne Energien gedeckt werden kann.

Der Kapazitätsmechanismus soll in Kürze vorgestellt werden und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten belohnen - übersetzt bedeutet dies: Der Staat bezahlt den Erzeugern das Drosseln der Produktion. Daß Robert Habecks Untätigkeit bei der Vorlage des Berichts übrigens zu Spannungen innerhalb der Ampelkoalition führt, ist unwahrscheinlich: Von Seiten der FDP äußerte sich Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gegenüber dem Handelsblatt und erklärte, Habeck "gefährde den Kohleausstieg ...".

### **Klimaschutz als Instrument der Planwirtschaft**

In der Europäischen Union kann ein Unternehmen nur CO<sub>2</sub> emittieren, wenn es dafür Zertifikate im europäischen Emissionshandelssystem kauft. Produziert ein Unternehmen zum Beispiel eine gewisse Anzahl an Bleistiften, welche im Rahmen des Produktionsprozesses unterm Strich eine Tonne CO<sub>2</sub> freigesetzt haben, dann muß dafür ein Zertifikat erworben werden. Somit stellt die Gesamtanzahl dieser Zertifikate mit dem jeweiligen Nennwert der erlaubten CO<sub>2</sub>-Emissionsmenge dabei die theoretische Maximalmenge an Kohlenstoffdioxid in der EU dar. Damit Europa "klimafreundlicher" wird, muß also die Anzahl der Zertifikate am Markt verringert werden.

Allerdings hat sich bisher die Abschaltung von Kohlekraftwerken noch nicht signifikant in einer Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im europäischen Emissionshandel niedergeschlagen. Ziel der Bundesregierung ist es, die entsprechende Menge an CO<sub>2</sub>-Zertifikaten dauerhaft vom Markt zu nehmen - in dem Umfang, in dem Kohlekraftwerke aufgrund des Kohleausstiegs stillgelegt werden.

Dies erfordert jedoch eine entsprechende Beantragung bei der EU-Kommission. Sollte die Menge der Zertifikate also nicht reduziert werden, ist der Kohleausstieg wirkungslos und nutzlos: Die Zertifikate würden einfach anderswo in anderen Industrien oder Unternehmen der EU verwendet werden. Da die Nachfrage der Kohlestromerzeuger wegfallen würde, könnte dies sogar zu einer Senkung der CO<sub>2</sub>-Preise führen - das ist selbstverständlich nicht im Interesse der Klimaagenda Brüssels.

Deutschland hat bereits im Dezember 2023 beantragt, die vorgesehenen Zertifikate vom Markt nehmen zu lassen. Jetzt muß jedoch erst durch ein Gutachten festgestellt werden, ob und in welchem Ausmaß eine nationale Löschung notwendig ist oder ob die sogenannte "Marktstabilitätsreserve" bereits alle überschüssigen Emissionszertifikate aufgrund des Kohleausstiegs absorbiert hat. Erst danach erfolge die "finale Notifizierung der zu löschenden Zertifikatmenge", so das Ministerium.

Die Marktstabilitätsreserve sorgt dafür, daß enorme Schwankungen der CO<sub>2</sub>-Preise verhindert werden. Diese Reserve ist ein Mechanismus im europäischen Emissionshandelssystem, der überschüssige Zertifikate temporär vom Markt nimmt und später teilweise wieder einführen oder dauerhaft löschen kann. Habecks Ministerium erklärte, daß die Menge an zu löschenden Zertifikaten durch eine "Strommarktmodellierung für die relevanten Kraftwerke ermittelt werde, um die Netto-Minderungswirkung der stillgelegten Kraftwerke zu bestimmen."

Die Deindustrialisierung Deutschlands am Beispiel des Kohleausstiegs zeigt die Primitivität

und zugleich die Komplexität der politischen Prozesse im Zusammenspiel der Machtzentren Berlin und Brüssel: Für die Bundesregierung und Robert Habeck scheint es recht einfach zu sein, den Kohleausstieg zu beschließen und auf Biegen und Brechen zu vollziehen - ein kaltblütiger Ablauf, oft getarnt mit dem Begriff des "Pragmatismus".

In Brüssel jedoch treffen verschiedene Anreizstrukturen wirtschaftlicher und politischer Akteure aufeinander, welche in gigantischer Komplexität und Bürokratismus münden und eine Funktionärswirtschaft erschaffen haben, die zentral und planwirtschaftlich den Ton angibt. Mit dem Emissionshandel (EU-ETS) hat die EU-Kommission ein Instrument der absoluten Steuerung in der Hand und kann damit willkürlich CO<sub>2</sub>-Emissionen selbst beeinflussen, denn klimafreundlich ist nur das, was Brüssel klimafreundlich findet - und das wird an Schreibtischen entschieden.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 6. Juni 2024 (x1.382/...):  
>**"Schiere Katastrophe" - "Sind auf dem Weg zum Entwicklungsland" - Deutschlands Börsenchef teilt gegen Ampel aus**

Der Chef der Deutschen Börse AG, Theodor Weimer, hält die Wirtschaftspolitik der Ampel und Habecks für eine "schiere Katastrophe". Was Deutschland treibe, sei "Wahnsinn". Ökonomisch befinde sich Deutschland "auf dem Weg zum Entwicklungsland".

*Jonas Aston*

"Ich habe inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck hinter mir. Und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe." Das erklärte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG Theodor Weimer anlässlich einer Rede im Münchener Hotel "Bayerischer Hof". Dort redete er sich regelrecht in Rage und holte zur Generalabrechnung mit der Bundesregierung und insbesondere Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck aus.

Die Rede von Theodor Weimer im Rahmen einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirates Bayern ist schon fast zwei Monate her. Erst jetzt wurde der Redebeitrag jedoch auf YouTube der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zu Beginn der Legislatur hätte man mit den Vertretern des Wirtschaftsministeriums zumindest noch sprechen können, führt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG dabei aus. Nun beiße man aber häufig auf Granit. "Inzwischen kommen die Fundamentalisten immer mehr durch", so Weimer.

Vor allem auf dem internationalen Parkett würde das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschlands massiv leiden. Weimer erklärt, daß er durch seine Kontakte und seine Arbeit "direkte Kenntnis" darüber habe, wie Geldgeber weltweit über die Bundesrepublik denken. "So schlecht wie jetzt war unser Ansehen in der Welt noch nie", so Weimer. Und weiter: "Die Gespräche mit den Investoren haben fatalistischen Charakter. Die Investoren sagen, wenn ihr so weitermacht, werden wir euch noch mehr meiden, werden wir noch weiter rausgehen aus Deutschland." Die noch immer recht gute Performance des deutschen Börsenindex Dax steht Weimer zufolge auf wackligen Füßen.

In der guten Datenlage sei das Hoch des Dax jedenfalls nicht begründet, so Weimer. Überwiegend seien die Investments in deutsche Aktiengesellschaften "nur noch opportunistisch geprägt". Investoren würden zunehmend "eine Risikoprämie" verlangen. "Früher hatten wir mal einen Risiko-Discount, weil doch alle Welt gesagt hat, Deutschland ist super", so der Börsenchef.

Die Dax-Unternehmen "machen nur noch einen Bruchteil des Umsatzes in Deutschland", so Deutschlands Börsenchef. "Sie machen aber noch einen viel kleineren Bruchteil des Gewinns hier. Das Problem ist, der Gewinn wird nicht mehr hier produziert."

Im Ausland würde Weimer zusehends auf Unverständnis bezüglich der deutschen Politik stoßen. Internationale Geldgeber würden ihm gegenüber äußern: "Ihr seid einfach nur noch bekloppt, nur noch bekloppt." Selbst aus Fernost seien inzwischen deutliche und kritische Worte

zu vernehmen, obwohl man dort "Gesichtswahrung ganz groß schreibt". Man sage ihm: "Was leistet ihr euch da eigentlich für eine Regierung? Ihr seid auf dem besten Weg, zu einer richtig alten Ökonomie zu werden."

### **"Was wir machen, ist Wahnsinn"**

Auch Weimer selbst macht sich offenkundig große Sorgen um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: "Wir sind ökonomisch gesehen auf dem Weg zum Entwicklungsland". Weiter erklärte er: "Wir machen uns klein vor Brüssel und Berlin" und wie "das Kaninchen auf die Schlange" starren und warten "wir darauf, daß die Schlange zubeißt". Einer der größten Fehler sei die Überregulierung der Automobilindustrie gewesen. "Wir haben die Autoindustrie kaputt gemacht", so Deutschlands Börsenchef.

Insgesamt habe man mit dem Vorgehen gegen die Automobilindustrie dem "Geschäftsmodell Deutschland" erheblichen Schaden zugefügt. Die Preise für Energie seien ideologisch getrieben in die Höhe geschossen. Die CO2-Vorgaben für die Autohersteller hätten ihr Übriges getan. Die Automobilindustrie wurde so "in die falsche Ecke gezwungen, aus der sie nicht mehr herauskommen". Die Umgestaltung der Automobilwirtschaft in Richtung Elektromobilität ist aus seiner Sicht der falsche Weg.

"Wir werden auch in den nächsten 35 Jahren noch Verbrenner haben. Was wir machen, ist Wahnsinn", so Theodor Weimer. Dabei habe er nicht aus einer übergeordneten wirtschaftlichen, sondern auch aus ganz persönlicher Sicht ein Problem mit den bestehenden Entwicklungen. "Wenn ich heute einen 7er BMW als Dienstwagen kaufe, dann kriege ich nur einen Sechszylinder, den ich als Hybrid kaufen muß". Diese Wagen seien zudem "superteuer", so der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse AG.

### **Man hat "nichts hingekriegt, gar nichts hingekriegt!"**

Europa und Deutschland befänden sich mit ihrer Industriepolitik auf einem Sonderweg. "In den USA kriege ich den Achtzylinder voll - ohne Hybrid." In seinem Berufsalltag erkläre ihm der Aufsichtsrat: "Wir müssen auf CO2 aufpassen und die Dienstwagen kleiner machen". Hierzu meint Weimer: "Das ist doch dummes Zeug! Wir müssen die Dienstwagen wieder groß machen. Das schafft nämlich Wachstum." Doch auch mit der Migrationspolitik rechnet Weimer ab.

"Diese wird allseits als vollkommen falsch empfunden", erklärt er. "Unsere Ausrichtung am Gutmenschentum wird nirgends geteilt". Migration mache Sinn, wenn tatsächlich Facharbeiter kommen, die in der Wirtschaft tatsächlich gebraucht werden. Fatal sei eine Einwanderungspolitik jedoch, wenn Menschen in ein Land migrieren, "die zu 50 Prozent das Bürgergeld abbassieren und das irgendwo hinschicken."

Am Rande geht Weimer sogar noch auf die Landesverteidigung sowie die Digitalisierung ein. Bei der Bundeswehr habe man dringend nötige Investitionen "verschlafen". Im Kriegsfall könne Deutschland sich faktisch nicht verteidigen. "Wir haben für anderthalb bis zwei Tage Munition", so Weimer. Nicht weniger versagt habe der Staat bei der Digitalisierung. Man habe "nichts hingekriegt, gar nichts hingekriegt!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Juni 2024 (x1.378/...):

### **>>Börsenchef-Wutrede: Wir werden Entwicklungsland!**

Welch ein Wutausbruch! Noch nie sei das Ansehen des Landes so schlecht gewesen wie heute, und Habeck sei "eine "Katastrophe". Das sagt Theodor Weimer, Chef der Deutschen Börse. Am 17. April hielt er nachfolgende Rede in München, die aber erst jetzt öffentlich wurde. Wir dokumentieren den Wortlaut leicht überarbeitet und gekürzt. Zum Verständnis: Die Rede wurde frei und emotionalisiert gehalten. ...

Ich habe inzwischen mein 18. Treffen mit unserem Vizekanzler und Wirtschaftsminister Habeck hinter mir, und ich kann Ihnen sagen, es ist eine schiere Katastrophe. Ja?

Am Anfang war ich ... voller Begeisterung, er hat super zugehört, er hat auch ein paar Dinge

richtig gemacht, aber inzwischen kommen die Fundamentalisten eben immer mehr durch. Ich habe direkte Kenntnis, meine Damen und Herren, was die internationalen Investoren über Deutschland sagen. Was ich heute Abend hier vortrage, ist O-Ton - das ist nicht eine Weimer-Interpretation, sondern das sagen die Investoren mir als dem Deutsche-Börse-Chef.

### **Wo sind deutsche Tugenden?**

Ich will Ihnen heute nicht den Abend verderben, aber eines ist klar: so schlecht wie jetzt war unser Ansehen in der Welt noch nie. Noch nie!

Ich sage Ihnen das, was die guten Investoren mir sagen, in Gesprächen, und ich kann Ihnen sagen, die schütteln nur noch den Kopf. Die sagen mir: "Wo sind denn eigentlich, lieber Theodor, die deutschen Tugenden geblieben? Wir wissen nicht mehr, wie wir euch in Deutschland lesen sollen."

Die Gespräche mit Investoren haben fatalistischen Charakter. Die Investoren sagen, wenn ihr so weiter macht, werden wir euch noch weiter meiden, werden noch weiter rausgehen aus Deutschland. Die Wahrheit ist die: Internationale Investoren investieren nur noch in Deutschland opportunistisch, weil sie sagen: "Ihr seid so günstig."

Wir sind zum Ramschladen geworden. Die Bewertung, der hohe DAX, den wir im Moment haben, der ist nicht getrieben von starken Fundamentdaten, sondern der ist opportunistisch getrieben, weil so viel Geld da ist, daß die Investoren sagen: Na gut, in Deutschland legen wir auch noch Geld hin.

### **Gespräch mit Schäuble**

Aber fundamental sagen die, was ihr macht, ist einfach bekloppt, ist einfach bekloppt. Politisch zeigt ihr überhaupt keine Führungsstärke mehr. Was ich mir anhören muß, selbst in Asien, in Asien, wo man ja Gesichtswahrung ganz groß schreibt...Inzwischen sagen die Leute in Singapur, sag mal, was leistet ihr euch eigentlich da für eine Regierung? Ihr seid auf dem besten Weg, O-Ton, zu einer richtigen alten Ökonomie zu werden. Ihr seid das Japan Europas. Ist euch das klar? Ihr lauft auf dem japanischen Pfad, ihr glaubt ja selbst nicht mehr an Wachstum. Ihr glaubt ja selbst nicht mehr an Wachstum.

Und ich erinnere mich, ich bin ja parteipolitisch übergreifend tätig, ich erinnere mich an Gespräche mit Wolfgang Schäuble, wir beide haben uns sehr geschätzt. Ich habe zum Wolfgang gesagt: "Wolfgang, du glaubst auch nicht mehr an Wachstum!" Und da sagt der mir: "Ja, wir wissen nicht mehr, alle Leute sagen, das geht nicht mehr."

Das ist dummes Zeug. Man kann wachsen! Aber wir sind in der neuen Welt angekommen. Die letzten 30 Jahre sind wir gewachsen durch Wachstum vom Welthandel, durch Globalisierung, und die letzten 10 Jahre, die nächsten 20 Jahre werden wir wachsen durch Technologie. Technologie ist der Treiber des Wachstums, und nicht mehr der Welthandel.

Wirtschaftspolitisch, sagen die Investoren, fehlt uns der Kompaß, der ordnungspolitische Kompaß. Wir sind längst im Big Government angekommen, wie mir gesagt wird. Die Regierung glaubt, uns vor allem schützen zu müssen. Verdammte, ich will gar nicht geschützt werden von dieser Regierung! Ja?

Ich muß mir sagen lassen, wo meine Frau und ich investieren dürfen. Meine Frau, die macht eben auch mal Investments, weil wir das unternehmerisch für richtig halten, und dann muß ich irgendwie 40 Seiten ausfüllen und nachweisen, dann erklärt mir ein Banker: "Herr Dr. Weimer, Sie können die Investitionen machen, Sie haben die Zertifizierung im Investment, Ihre Frau nicht."

Das ist doch bekloppt! Das ist doch bekloppt! In Amerika sagen die: Das kann doch überhaupt nicht wahr sein. Wir sind ökonomisch gesprochen auf dem Weg zum Entwicklungsland. Wir machen uns klein vor Brüssel und vor Berlin, und zwar wir Unternehmer, ja.

Und die Amerikaner sagen mir klipp und klar ins Gesicht: Hört auf, wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und darauf zu warten, daß die Schlange zubeißt.

### **Autoindustrie kaputt gemacht**

Der Unterschied ist doch inzwischen, in USA sagen die: "Ist uns doch egal, welcher alte Mann Präsident wird. Wir als Unternehmer, wir führen das Land, ist uns doch völlig egal."

Die Wirtschaftspolitik, die nächsten zehn Jahre werden eine Bonanza in USA, vollkommen klar, egal, welcher Präsident da ist. ... Wir haben die Automobilindustrie kaputt gemacht. Mir tut es in der Seele weh.

Und wir haben uns doch durch unsere fatale Diskussion das Geschäftsmodell Deutschland kaputtreden lassen, haben die Energie nach oben gezogen, haben damit durch die CO2-Vorgaben die Automobilisten in die falsche Ecke gezwungen, aus der sie nicht mehr rauskommen. Und jetzt heult der Bosch, jetzt heult mein Freund Stefan Hartung, Chef von Bosch, sagt, ja, wie soll das weitergehen. Und, by the way, die nächsten 35 Jahre werden wir noch Verbrenner haben. Was wir machen, ist Wahnsinn!

Und dann erklärt mir mein Aufsichtsrat noch: "Ja, ja, wir müssen auch CO2 und so weiter, wir müssen die Dienstwagen kleiner machen." Das ist doch dummes Zeug! Wir müssen Dienstwagen wieder groß machen. Das schafft nämlich Wachstum. Das sind doch die Investitionen, die wir brauchen.

Unsere Migrationspolitik, ich will nicht zu politisch werden, wird allseits als vollkommen falsch empfunden, vollkommen klar. Unsere Ausrichtung am Gutmenschentum wird nirgends geteilt.

Migration ökonomisch heißt, du holst, wenn du Facharbeitermangel hat, Leute rein, die arbeiten, die deine Sprache sprechen und die Sozialprodukt generieren - aber nicht, die zu 50 Prozent das Bürgergeld abkassieren und das irgendwo hinschicken.

### **Keine Gewinne mehr**

Bei der Digitalisierung haben wir nichts hingekriegt. Gar nichts hingekriegt! Gar nichts hingekriegt! Wenn Sie sich Estland angucken, was Estland geleistet hat, wo Sie in drei bis fünf Minuten eine Steuererklärung machen. Wo Sie jede Geschichte online machen können. Und bei uns muß der Weimer, der jedes Quartal zweimal ein irgendwie geartetes Führungszeugnis braucht, das ist eh schon Schwachsinn, muß ich jedes Mal nach Wiesbaden, in die Stadt Wiesbaden fahren, da kann ich noch nicht mal meinen Fahrer schicken, da muß ich selbst erscheinen, um ein Führungszeugnis zu beantragen und abzuholen. Ich mein', wo sind wir angekommen?!

Tatsächlich, die deutschen Unternehmen machen nur noch einen Bruchteil ihres Umsatzes in Deutschland, das ist ja okay, sie machen aber noch einen viel kleineren Bruchteil des Gewinns hier. Das Problem ist, der Gewinn wird nicht mehr hier produziert. Und durch den Inflation Reduction Act in USA sind alle Unternehmer nach USA gegangen.

### **"S'isch over"**

Wir sind an einem Punkt angekommen, meine Damen und Herren, wo die Unternehmer wieder sagen: "Wir machen nicht mehr mit." Der Staat wird es nicht richten, um es ganz deutlich zu sagen, er wird es nicht richten, die ausländischen Investoren ziehen sich zurück. Wir befinden uns nach allen Rankings nicht nur inzwischen weit unten, sondern die Tendenz geht weiter Richtung Süden, meine Damen und Herren. Und das muß dringendst geändert werden, und das geht nur, indem wir in solchen Runden wie diesen ganz klar die Dinge aussprechen.

Die Zeiten, wo man gesagt hätte: "Redet doch bitte Deutschland nicht schlecht", it's over, s'isch over, würde der Wolfgang Schäuble gesagt habe: "S'isch over." Ja? Wir müssen der Realität ins Auge blicken, und wir müssen uns auf unsere Tugenden wieder besinnen, und da gehört auch ein bißchen Fleiß dazu. Ja? Was wir angerichtet haben mit dieser Work-Life-Balance-Geschichte, was wir angerichtet haben mit Home-Office, darüber können wir gleich diskutieren. Ich danke Ihnen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 14. Juni 2024 (x1.383/...):

## >> **Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie**

Im Wohlstandsrausch will Deutschland das Weltklima mit der Energiewende retten. Physikalische Gesetze und ökonomische Vernunft werden nicht beachtet. Der wirtschaftliche Niedergang läuft.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Die Berichte werden erschreckender. Deutschlands Wirtschaft ist im Sinkflug. Der sinkende Bedarf an elektrischer Energie, der von den Grünen als Erfolg ihrer Politik sogar gefeiert wird, verdeutlicht dies drastisch. Doch die Bruchlandung kommt näher. Der sinkende Energiebedarf ist die Folge des Industrieabbaus. Hauptgrund ist der hohe Strompreis durch die Energiewende für die "Weltklimarettung".

Energieintensive Betriebe der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustrie müssen schließen, weil sie durch die hohen Strompreise unwirtschaftlich werden. Wirtschaftsminister Habeck will nun die Industrie mit Krediten stützen und so ein weiteres Abwandern verhindern. An der Energiewende soll aber ohne Abstriche festgehalten werden.

Das Ziel ist, die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas durch unberechenbaren Wind- und Solarstrom (Fakepower) zu ersetzen. Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz in einer Rede sollen dafür jährlich mehr als 100 Milliarden Euro aufgewendet werden. Ein wesentlicher Teil kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds, der maßgeblich von den CO<sub>2</sub>-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe gespeist wird.

Mit dem Fortschreiten der Energiewende sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dann verliert Deutschland die letzte heimische Energieversorgung, die Braunkohlekraftwerke, und wird leicht erpreßbar mit dem Hinweis, die Importe von fossilen Brennstoffen könnten gedrosselt oder gar gestoppt werden. Denn wir werden noch viele Jahrzehnte auf Kohle, Erdöl und Erdgas zur Deckung unseres Energiebedarfs angewiesen sein. Die Realität ist stärker als die beschlossenen Ausstiegsgesetze.

Besonders in Krisenzeiten brauchen wir eine sichere Energieversorgung. In erster Linie müssen wir die verfügbaren heimischen Energieträger nutzen. Die Braunkohleverstromung darf nicht eingestellt, sondern muß ausgebaut werden. Die Gewinnung von Gas und Öl durch Fracking muß in Deutschland in Angriff genommen werden.

Es gibt Lagerstätten für Jahrzehnte. Die Herkunftsländer für Kohle, Gas- und Ölimporte sollten breit gestreut sein, um Lieferengpässe zu vermeiden. Erdgaslieferungen aus Rußland sollten über die noch nutzbare Ostsee-Pipeline wieder aufgenommen werden. Das derzeitige Embargo schwächt Europa mehr als Rußland.

Für den Ernstfall müssen wir auf Energievorräte zurückgreifen können. Für Erdöl ist dies weiterhin der Fall. Vor gut 50 Jahren haben die Araber, die damals den Weltmarkt beherrschten, die Exporte eingestellt. Es gab autofreie Sonntage. Damals hat die Regierung beschlossen, Vorräte für 90 Tage anzulegen. Diese Vorräte gibt es heute noch. Es lagern 10 Millionen Tonnen Erdöl in Salzkavernen in Norddeutschland. Die Kosten bezahlen die Autofahrer mit 0,5 Cent pro Liter.

Auch für Erdgas gibt es Vorräte in Kavernen. Dies sind keine strategischen Vorräte, sondern Einlagerungen im Sommer für die hohe Nachfrage im Winter.

Kohle ist aus vielen Teilen der Welt zu günstigen Preisen verfügbar. Sie kann beliebig lange Zeit auf Halden gelagert werden. Behälter, Pumpen und Rohrleitungen werden nicht gebraucht. Das Lagern von Kohle ist die günstigste Bevorratung von Energie.

Eine Bewertung zeigt, die Stromerzeugung mit Importkohle kostet ca. 5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) und wird nur noch vom heimischen Braunkohlestrom mit 3 ct/kWh unterboten. Verteuert wird der Kohlestrom zurzeit um 6 ct/kWh durch die politisch motivierten Abgaben auf CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Weltklimarettung.

Würde mit der Energiewende Schluß gemacht, ließen sich jährlich mehr als 100 Milliarden

Euro an öffentlichen Ausgaben einsparen. Als Folge würde der Strompreis halbiert und die Stromversorgung wesentlich sicherer werden. Unsere Regierung hat die Chance, mit Hinweis auf die geänderten politischen Bedingungen ohne Gesichtsverlust die Energiewende aufzugeben. Wird sie diese Chance nutzen oder mit "weiter so" ihre Abwahl verschulden? Die Wahlen der nächsten Monate werden die Frage beantworten.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 16. Juni 2024 (x1.382/...):

>>**Skandinavier fürchten hohe Strompreise: Stromleitung zwischen Schweden und Deutschland kurz vor Baubeginn gestoppt**

Schweden stoppt eine Stromtrasse, die das Königreich mit Deutschland verbinden sollte. Die Sorge, mit der Stromleitung nicht nur Strom, sondern auch die hohen Strompreise zu importieren, war zu groß.

Von *Redaktion*

Die Regierung von Schweden stoppt die Stromleitung Hansa PowerBridge, die Mecklenburg-Vorpommern mit Südschweden verbinden sollte. Bisher haben sich beide Projektpartner um Genehmigungen gekümmert, ein Baustart war für dieses Jahr vorgesehen. Begründet wird dieser drastische Schritt damit, daß der deutsche Markt ineffizient sei und man mit dem Import des Stroms auch den Import der hohen Strompreise aus Deutschland befürchtet, wie das schwedische Energieministerium mitteilte.

Deutschland hat im Vergleich zu Schweden höhere Strompreise, die aufgrund des hohen Anteils wetterabhängiger Stromerzeugungsanlagen hohen Schwankungen unterliegen. Schweden hingegen setzt vor allem auf Kernenergie und Wasserkraft. Den wetterabhängigen Windstrom kann Schweden überdies in eigenen Pumpspeicherkraftwerken puffern, sodaß eine Flaute weniger Einfluß auf den Strompreis hat, als es in Deutschland der Fall ist.

Schweden ist im Vergleich zu Deutschland in mehrere Strompreiszonen unterteilt. Die dicht besiedelte Region Südschweden, die mit Deutschland verbunden worden wäre, hat jedoch ein Stromdefizit. Damit bestand die Sorge, daß teurer deutscher Strom importiert wird und die Preise in der Region steigen. Deutschland hingegen hat nur eine Strompreiszone, wodurch beispielsweise ein Strommangel in Baden-Württemberg auch die Preise in Mecklenburg-Vorpommern in die Höhe schießen lassen kann.

Ursprünglich sollte die Stromleitung, die eine Kapazität von 700 Megawatt haben sollte, bis 2026 in Betrieb gehen. Die Projektkosten wurden auf 600 Millionen Euro beziffert, wobei sich die Kosten die Netzbetreiber 50 Hertz und Svenska Kraftnät geteilt hätten. Die Stromleitung Baltic Cable, mit einer Leistung von 600 Megawatt, die seit 1994 Deutschland mit Schweden verbindet, ist von den Maßnahmen nicht betroffen.

Für Wirtschaftsminister Robert Habeck dürfte diese Ankündigung aus Schweden ein herber Rückschlag sein. Deutschland setzt bei der Energiewende auf eine Vernetzung des heimischen Stromnetzes mit anderen europäischen Staaten, insbesondere den skandinavischen Ländern, um so auch eigene Stromengpässe ausgleichen zu können: Durch den hohen Anteil an Wasserkraft besteht die Hoffnung, daß diese Länder Deutschland unterstützen können, wenn Sonne und Wind nicht genug Strom erzeugen.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 17. Juni 2024 (x1.386/...):

>>**Schweden sagen Stromleitungen nach Deutschland ab, weil es zu teuer wird**

Schwedens Energieministerin Ebba Busch sagt das Projekt "Hansa Power Bridge" ab.

*Redaktion*

Schweden stoppt den Bau des Projekts "Hansa PowerBridge", einer 300 Kilometer langen Stromleitung nach Deutschland.

Begründung: Instabilität des deutschen Strommarktes und schwankende Preise.

Das Projekt sollte, so hat Wirtschaftsminister Robert Habeck es gedacht, zur Stabilisierung und Integration erneuerbarer Energien beitragen.

Die geplante Hansa PowerBridge, eine bedeutende Stromverbindung zwischen Schweden und Deutschland, wird nicht realisiert. Die schwedische Regierung hat entschieden, das Projekt zu stoppen, da Bedenken hinsichtlich der Stabilität des deutschen Strommarktes bestehen. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Deutschland massiv von Strom-Importen abhängig ist.

Schweden-Ministerin: Deutscher Strom-Markt nicht effizient

Die Schweden erteilen dem Projekt eine Absage, weil der deutsche Markt nicht effizient genug sei. "Wir können Südschweden, das ein großes Defizit in der Stromproduktion hat, nicht mit Deutschland verbinden, wo der Strommarkt heute nicht effizient funktioniert", sagte Energieministerin Ebba Busch. Dies berge die Gefahr höherer Preise und eines instabilen Strommarktes in Schweden.

Die Unsicherheit über den deutschen Energiemarkt ist ein zentraler Faktor für diese Entscheidung. Die hohen und schwankenden Strompreise sowie die Sorgen über die Netzstabilität haben die schwedischen Behörden veranlaßt, das Vorhaben zu überdenken. "Das deutsche Stromnetz funktioniert nicht effizient genug", betonte ein Sprecher des schwedischen Energieversorgers "Svenska kraftnät".

Die Hansa PowerBridge sollte eine 300 Kilometer lange Verbindung sein, die es ermöglichen würde, Strom aus erneuerbaren Energien effizient zwischen den beiden Ländern zu transportieren. Dieses Projekt wäre ein wichtiger Baustein für die Sicherstellung der Energieversorgung und die Stabilisierung der Strompreise in Deutschland gewesen. Die Absage der Hansa Power Bridge durchkreuzt die Pläne der Ampel-Regierung, das europäische Netz noch stärker zu verzahnen und ist gleichzeitig ein deutliches Zeichen an Wirtschaftsminister Robert Habeck, daß man energiepolitisch nicht immer die gleichen Pläne verfolge.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 20. Juni 2024 (x1.382/...):

>>**Habecks Lieblingsprojekt scheitert: Deutschland kann sich Stromtrasse nicht leisten**

Wegen der Haushaltskrise hat die Ampelregierung die Übernahme niederländischer Stromtrassen auf bundesdeutschem Gebiet gestoppt. Der geplatzte Deal zeigt: Das Ausland meidet Investitionen in Deutschland und die Bundesregierung kann die Wirtschaft nicht mehr instand halten.

*Zan Blagojević*

Er ließ den Deal platzen: Robert Habeck will trotzdem dafür sorgen, daß die Trasse "in guten Händen bleibt."

Die Verhandlungen um den Bundeshaushalt für das kommende Jahr haben das erste Opfer gefunden: Die Stromtrassen der niederländischen Firma Tennet, die sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik befinden, können jetzt nicht wie geplant vom deutschen Staat übernommen werden. Der Deal ist geplatzt. Grund dafür ist der knappe Bundeshaushalt, der aktuell intensiv von den drei Ampelparteien beraten wird.

Tennet betreibt Stromanlagen und -trassen, die den in der Nordsee aus Windkraft produzierten Strom nach Zentraleuropa befördern sollen. Der Großteil des Netzes befindet sich dabei in Deutschland. Bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte Tennet - eine Tochtergesellschaft im Besitz des niederländischen Finanzministeriums - bekanntgegeben, daß ihre Infrastrukturanlagen auf deutschem Boden zum Verkauf stehen.

Denn die Trassen seien einfach zu teuer geworden: Laut Tennet sind Investitionen von insgesamt über 160 Milliarden Euro nötig - größtenteils in Deutschland, und das in einem Zeitraum von zehn Jahren.

Die Bundesregierung hatte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW-Bank) beauftragt, die Stromtrassen zu übernehmen - mit Mitteln, die vermutlich aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) kommen sollten. Doch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im

Herbst 2023 sind knapp 60 Milliarden Euro gestrichen worden.

Der niederländische Finanzminister Steven van Weyenberg zeigte sich enttäuscht: Die Verhandlungen seien "auf Ersuchen des deutschen Staates gestartet worden" und haben "nicht zu einem erfolgreichen Ergebnis geführt" - und das nach fast anderthalb Jahren Verhandlungen. Durch den geplatzten Deal entsteht jetzt für die Niederländer eine Haushaltslücke von 1,6 Milliarden Euro. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck halte es jedoch nach wie vor für "sinnvoll, daß der (deutsche) Staat bei einer so wichtigen Infrastruktur sicherstellt, daß sie in guten Händen bleibt."

Wie genau so eine Gesellschafterstruktur aussehen soll, ist noch unklar. Laut Tennet sollen auch Optionen geprüft werden, die einen Börsengang oder private Investoren beinhalten. Da Stromtrassen jedoch zur kritischen Infrastruktur gehören, wird die Bundesrepublik den Mehrheitsgesellschafter stellen wollen. Habeck betont, daß eine solch wichtige Infrastruktur "in guten Händen" bleiben soll, aber wäre sie das auch? Der geplatzte Deal zeigt der Bundesregierung nämlich den Spiegel vor: Das schlechte Investitionsklima in Deutschland kann nur mit immens hohen Subventionen ausgeglichen werden. Große Konzerne, wie beispielsweise Intel, holen sich Angebote aus allen möglichen Ländern - am Ende fließen über 9 Milliarden deutsches Steuergeld an Intel. Für private Investitionen aus der Wirtschaft jedoch sind die Regulierungen zu stark und die Steuern zu hoch.

Der riesige Investitionsbedarf an den Tennet-Stromtrassen zeigt auch, daß es immer schwieriger wird, selbst die volkswirtschaftlichen Abschreibungen zu bedienen. Eine Wirtschaft wächst, wenn sie Nettoinvestitionen tätigt - die Investitionen müssen also größer sein als die Instandhaltungskosten einer Volkswirtschaft. Daß die deutsche Wirtschaft nahezu gar nicht wächst, ist also auch darauf zurückzuführen, daß die marode Infrastruktur in den vergangenen Cinstandgehalten wurde und jetzt ein enormer Nachholbedarf besteht.<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.01.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

## Internet

x1.332	<a href="https://afdkompakt.de/">https://afdkompakt.de/</a> - November 2023
x1.333	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - November 2023
x1.334	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> - November 2023
x1.343	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - Dezember 2023
x1.344	<a href="https://afdkompakt.de/">https://afdkompakt.de/</a> - Dezember 2023
x1.345	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - Dezember 2023
x1.346	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> - Dezember 2023
x1.351	<a href="https://afdkompakt.de/">https://afdkompakt.de/</a> - Februar 2024
x1.352	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - Februar 2024
x1.353	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> Februar 2024
x1.356	<a href="https://www.nius.de/">https://www.nius.de/</a> - Februar 2024
x1.360	<a href="https://afdkompakt.de/">https://afdkompakt.de/</a> - März 2024
x1.361	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - März 2024
x1.362	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> März 2024
x1.365	<a href="https://www.nius.de/">https://www.nius.de/</a> - März 2024
x1.366	<a href="https://www.kla.tv">https://www.kla.tv</a> - Mai 2024
x1.367	<a href="https://afdkompakt.de/">https://afdkompakt.de/</a> - Mai 2024
x1.368	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - Mai 2024

x1.369	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> Mai 2024
x1.372	<a href="https://www.nius.de/">https://www.nius.de/</a> - Mai 2024
x1.376	<a href="https://deutschlandkurier.de">https://deutschlandkurier.de</a> – Mai 2024
x1.377	<a href="https://www.compact-online.de">https://www.compact-online.de</a> – Mai 2024
x1.378	<a href="https://www.compact-online.de">https://www.compact-online.de</a> – Juli 2024
x1.382	<a href="https://apollo-news.net/">https://apollo-news.net/</a> - Juli 2024
x1.383	<a href="https://www.mmnews.de/">https://www.mmnews.de/</a> Juli 2024
x1.386	<a href="https://www.nius.de/">https://www.nius.de/</a> - Juli 2024
x1.387	<a href="https://jungefreiheit.de/archiv/">https://jungefreiheit.de/archiv/</a> - Juli 2024